

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. Mai 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Sachkundige Militärverwaltung.

Es wird uns geschrieben:

Wer in den militärischen Verhältnissen genauer Bescheid weiß, muß manchmal über das Gehören der Vertreter der Militärverwaltung im Reichstage staunen. Ein Beispiel bietet hier die Reichstags-Verhandlung vom 11. Mai, in der der Erlaß zur Sprache kam, nach welchem den mit der Erlaubnis zum Tragen der Uniform verabschiedeten Offizieren unter Androhung des Entzuges dieser Befugnis die schriftstellerische Kritik militärischer Dinge verboten worden sein soll. Der Vertreter des Kriegsministers, Generalmajor Gallwitz, antwortete nach ausführlichen Zeitungsberichten in jener Sitzung:

„Der Herr Vorredner (nämlich Genosse Webel) ist dann nochmals auf den angeführten Erlaß eingegangen, wonach den verabschiedeten Offizieren jede publizistische Tätigkeit bei Verlust der Uniform verboten sein soll. Der Herr Kriegsminister hat das Vorhandensein eines solchen Erlasses bestritten. Herr Webel hat behauptet, er sei doch vorhanden und hat über den Inhalt des Erlasses nähere Mitteilungen gemacht. Er hat aber unerwähnt gelassen, daß die Punkte, wogegen sich der Kriegsminister gewendet hat, die Drohung mit dem Verlust der Uniform gewesen ist. Das ist die einzige Tatsache, die der Herr Kriegsminister dementiert hat. Daß der Herr Kriegsminister darin Recht gehabt hat und Recht haben muß, geht schon daraus hervor, daß der Verlust der Uniform nicht von der Verwaltung und auch nicht vom obersten Kriegsherrn, sondern nur durch ein Ehrengericht ausgesprochen werden darf.“

Da liegt nun vor uns ein Heft, das den Titel trägt: „Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preussischen Heere vom 2. Mai 1874 nebst Allerhöchster Einführungsordre vom 2. Mai 1874 und Allerhöchster Bestimmungen vom 1. Januar 1897“. Der § 60 dieser Verordnung lautet:

„Die Entscheidung, welche ich auf Grund des mir vorgelegten Spruchs des Ehrengerichts treffe, ist dem Angeeschuldigten gleichzeitig mit demselben bekannt zu geben.“

Die Entscheidung über das Schicksal eines vor dem Ehrengericht angeklagten Offiziers ruht also allein beim obersten Kriegsherrn, während der Spruch des Ehrengerichts nichts ist als ein Vorschlag, den der oberste Kriegsherr nach Belieben beachten kann oder nicht. Wie der Herr Generalmajor Gallwitz angeführt dieser schwarz auf weiß niedergelegten Bestimmungen behaupten kann, der Verlust der Uniform könne nur vom Ehrengericht ausgesprochen werden, ist uns nicht begreiflich. Im Gegenteil ist es allein der oberste Kriegsherr, der den Verlust der Uniform, sei es durch Anerkennung des ehrengerichtlichen Spruchs, sei es durch seine Anordnung, anordnen kann. Erst wenn der oberste Kriegsherr gesprochen hat, ist die Angelegenheit erledigt.

Wir wollen dem Herrn Generalmajor Gallwitz an einem Beispiel aus der Praxis zeigen, wie auf Grund der Ehrengerichtsvorschriften die schärfste Kabinettsjustiz gegen schriftstellernde Offiziere angewendet werden kann. Es sind jetzt gerade neun Jahre her, daß der bayrische Premierlieutenant a. D. Rudolf Krafft seine damals vielgenannte Broschüre „Glänzendes Glend“ veröffentlichte. Obwohl die Schrift keine Skandalgeschichten, sondern nur eine Kritik des preussischen Militärsystems, soweit es auf die Offiziere Bezug hat, enthielt, wurde sofort das Ehrengericht mobil gemacht. Dieses erkannte auf den Entzug der Erlaubnis zum Tragen der Uniform, dem bayrischen obersten Kriegsherrn aber, dem Prinzregenten, war der Spruch zu mild und darum verschärfte er ihn selbst in den Entzug der Erlaubnis zum Tragen der Uniform und den Verlust des Offizierstitels! Wir glauben hiermit hinlänglich bewiesen zu haben, daß Herr Generalmajor Gallwitz sich über die Kompetenz der Ehrengerichte nicht ganz klar ist.

Da der oberste Kriegsherr pensionierten Offizieren mittels Kabinettsjustiz die Erlaubnis zum Tragen der Uniform, ja sogar den Titel entziehen kann, wenn nur vorher ein ehrengerichtliches Verfahren eingeleitet wird, so ist es klar, daß ein Erlaß, der pensionierten Offizieren die Kritik an militärischen Einrichtungen verbietet, zwischen den Zeilen immer die Drohung mit dem Verlust der Uniform, ja des Titels enthält. Mag auch kein Wort eine solche Drohung andeuten, die Offiziere werden sich sofort denken: „Aha, wenn Du den Mund nicht hältst, schickt man Dir das Ehrengericht auf den Hals und dann bist Du so oder so geküffert. Auch wenn das Ehrengericht Dich milde behandelt, im Kabinett wird das Nötige nachgeholt.“

Ferner sagte der Herr Oberst Balette du Bar in der nämlichen Reichstags-Sitzung, als die plötzliche Verabschiedung der Militärminister des Vilse-Prozesses kritisiert wurde: „Das Recht der Anstellung und Verabschiedung von Offizieren gebührt der Krone. Das Kriegsministerium wirkt dabei nicht mit.“ Wenn also ein Offizier irgendwas abgefäht wird, so ist das Kriegsministerium daran so unbedeutend, wie an der Erschaffung der Welt. Der Kaiser kennt die 18 000 Offiziere, die ihm unterstehen, natürlich alle persönlich, er weiß von allen selbst ganz genau, ob sie ihre Pläne, ihre Compagnien, Bataillone etc. richtig führen und braucht daher niemanden, der ihn darüber informiert, wer avancieren und wer ins Land der Ehrlöhner und Regenstürme verbannt werden soll. So läßt die Sache aus, wenn der Herr Oberst Balette du Bar Recht hätte. In Wirklichkeit ist es aber so, daß die zur Qualifikation berechtigten Vorgesetzten darüber entscheiden, ob ein Offizier befördert oder pensioniert wird. Qualifizieren sie ihn für die nächst höhere Stelle, so avanciert er, qualifizieren sie ihn nicht, so wird er verabschiedet. Und das Kriegsministerium ist, so viel wir wissen, jene Behörde, die auf Grund der Qualifikationen die Offiziere

zur Beförderung oder Verabschiedung vorschlägt. Da das Volk die Pensionen bezahlen muß, ist das Kriegsministerium für sie auch der Vollverantwortung verantwortlich. Möglich, daß in Preußen bei den Verabschiedungen auch das Militärkabinett mitspielt, aber das Kriegsministerium wird sich hier doch nicht gänzlich ausschalten lassen! Mit der Behauptung, daß die Anstellung und Verabschiedung der Offiziere ein Kronrecht sei, hat der Herr Oberst den Herren vom „ersten Stand“ keinen Dienst erwiesen, denn er hat ihnen damit eine Stellung à la Hofkapal zugewiesen. Einen Hofkapal kann der König auch fortjagen, sobald es ihm beliebt. —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Mai.

Südwestafrika.

Gouverneur Denton ein meldet aus Windhuk: Etorff ist am 21. von Oshondu auf Omalangara vorgezogen, dabei ist von Oberleutnant Dittlin eine Hereroverst überfallen und ihr Vieh und ein Teil der Waffen abgenommen worden.

Major v. Etorff scheint gegen Waterberg vorgehen und den Hereros den Weg zum See verlegen zu wollen.

Neue Unruhen im Söden?

Kapstadt, 23. Mai. („Laffan“-Welding.) Im Befehlgebenden Rat teilte der Kolonialsekretär der Kapkolonie mit, die Regierung habe Nachrichten erhalten, daß die Bondelwarts wieder in unzufriedener Stimmung sind und entweder eine neue Erhebung gegen die deutsche Herrschaft oder einen Zuzug auf britisches Gebiet planen. Es habe sich daher für die Kapregierung die Notwendigkeit ergeben, eine Bewachung der Grenze anzuordnen, die große Kosten verursache.

Ueber die Lage im Aufstandsgebiet

schreibt Generalmajor v. François im „Militär-Wochenblatt“: „Die langen Reisen, die der südafrikanischen Kriegführung eigen sind, haben etwas Einschläferndes und Beruhigendes. In der Heimat gewinnt man hier und da vielleicht den Eindruck, daß zu wenig getan werde. Diese Ansicht ist indes nicht zutreffend: wir hatten nur bisher kein Glück mit unsern Operationen. Jetzt, in der Mitte des Mai, standen unsere inzwischen bedeutend verstärkten Truppen fast genau in denselben Stellungen, wie zwei Monate vorher. Die Hereros dagegen haben ihre Stellungen so verändert, daß sie schwerer wie damals zu fassen sind. Die Verstärkung der deutschen Truppen bei Oshandja Ende April scheint ihnen unheimlich geworden zu sein. Sie haben ihre Lager in dem dichten Busch bei Katjapia Anfang Mai aufgegeben. Die Oshandja-Hereros unter Samuel und Afa scheinen nach der Gegend vier Meilen östlich von Omaruru und Duito gezogen zu sein. Es ist möglich, daß sie noch weiter nach Norden wandern. Das Gerücht ist verbreitet, daß Samuel zu den Ovambo will. Vielleicht geht er in das menschenleere Karakofeld, oder er macht eine Schleife über Otawi zu den Waterberg-Hereros, oder er ist nur in der Absicht nach Norden gezogen, um unsere Truppen nach dem Norden zu ziehen, und kehrt dann wieder nach den Onjati-Bergen zurück. Wer hindert ihn daran? Die Ovambanderu unter Tjeto, Kojata und Nambo sind nach Nordosten gewichen. Niemand wird es ihnen wehren, sich den Waterberg-Hereros anzuschließen, mit Teilen des Olowango anzuschließen oder im Sandfeld zu verschwinden. Neben den Onjati- und Ondruhungen-Bergen sind kleinere Bänder der Oshandja-Leute und Ovambanderu zurückgeblieben, während die Masse in lauter einzelnen Bänden auf allen Wegen und neben diesen in stets zunehmender Breite den Marsch nach Norden ausgeführt hat. Die andern Herero-Stämme haben ihr vor Mitte Februar an beobachtetes passives Verhalten auch in der zweiten Hälfte des April und der ersten Hälfte des Mai beibehalten. Ihre Krieger befinden sich noch immer in der Nähe ihrer früheren Hauptorte in Lagern und denen das Weideland für ihr Vieh. Die Hereros von Diumbingue stecken zum Teil noch im Thomas-Gebirge; die Hereros von Omaruru befinden sich in den Omalalo- und Otrongo-Bergen; die Ovambanderu-Hereros sind im Karakofeld und die an Zahl mächtigen Waterberg-Hereros sitzen am Waterberg und mittleren Omarumba. Alle diese Stämme haben durch Spione Fühlung an unsere Truppen. Kleinere Bänder suchen in der Nähe der Aufstellungen zu rauben, was noch zu rauben ist. Verstärkt werden diese Bänder durch das Raubgesindel aller umwohnenden Stämme. Räuberbanden von Sottentotten, Buschmännern und Bergdamara machen das Grenzgebiet zum nördlichen Nama-Lande und den Osten und Westen des Herero-Landes unsicher. Im Norden droht die Ovambo-Gefahr. Seit dem Angriff auf die Station Kamuloni haben die Ovambo nichts mehr unternommen. Im April und Mai sind sie mit der Ernte beschäftigt. Danach sind sie vielleicht wieder krieglustiger, Unruhen unter den portugiesischen Ovambo geben zu denken. Trotzdem halte ich die Ovambo-Gefahr für fernliegend.“

Die parlamentarische Lage in Frankreich.

Paris, 21. Mai. (Fig. Ver.) Die Wiedereröffnung der Kammer steht im Zeichen des Konfliktes mit dem Vatikan. Dieser Umstand allein würde schon genügen, um die ministerstützenden Oppositionen der Opposition im Reime zu vernichten. Die fünf Gruppen des Blocs (seit der Spaltung der Linkradikalen in treue und Auf-Ministerielle zählt der Bloc eine Gruppe mehr) haben sich in der Abwehr des gemeinsamen Feindes zusammengeschlossen. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Abberufung des französischen Botschafters am Vatikan bezw. dessen Beurteilung auf unbestimmte Zeit eine notwendige und hinreichende Antwort auf die päpstliche Herausforderung wäre. Der außerordentliche Ministerrat hatte einen Tag vorher dasselbe beschlossen.

Der französische Botschafter am Vatikan ist heute abberufen worden. Und was nun? Die Maßnahme bedeutet noch nicht einmal einen vollständigen diplomatischen Bruch mit dem Vatikan, da an Stelle des Botschafters ein Botschaftssekretär mit der Geschäftsführung betraut ist. Es handelt sich vorerhand lediglich um eine formale und zeitweilige Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen. Von da bis zum definitiven und wirklichen diplomatischen Bruch, bis zur Abschaffung der Botschaft, die die Kündigung des Kontrats voraussetzt, liegt ein weiter Weg. Wird sich nun der Konflikt bis zu

seinem logischen Ende fortentwickeln? Die Haltung der Bloc-Gruppen spricht dagegen. Der erwähnte Beschluß der Regierungsmehrheit bedeutet die absichtliche Eindämmung des Konflikts. Tonangebend war dabei der rechte Flügel des Blocs, die „Demokratische Union“, die die Trennung zwischen Kirche und Staat nach wie vor ablehnt. Ja, selbst der jaurésische Abgeordnete Briand, der Urheber und Berichterstatter des „Borentourbes“ betreffend die Trennung zwischen Kirche und Staat, warnt in der „Humanité“ vor — „ungebildigen Schritten“ und mahnt zur „Kaltblütigkeit“. Diejenigen, die in der Aufregung, die die Veröffentlichung des päpstlichen Dokuments in der Kammer und im Laude hervorgerufen hat, ein Mittel zu erblicken glauben, die Ereignisse zu überstürzen und sogleich mit einem Schläge die Trennung zwischen Kirche und Staat zu verwirklichen, sind offenkundig der Spielball einer Illusion... Die Trennung ist wohl das zu erstrebende und zu erlangende Ziel, aber es wäre ein Wahn zu glauben, daß sie gegenwärtig durchführbar ist. Der endliche Erfolg kann nur sein die Krönung aufeinanderfolgender und methodischer Anstrengungen... Briand erinnert die „Ungebildigen“ daran, daß die trennungsfreundliche Mehrheit der Kammerkommission bloß eine Stimme betrage. Er hätte hinzuzufügen können, daß die Kammer selbst keine Mehrheit für die Trennung aufweist. Wenn aber der Urheber des Trennungsentwurfes die Gunst der augenblicklichen Situation von vornherein staatsmännisch zu verschätzen entschlossen ist, so ist eine solche Taktik der Anspannung an die Forderungen der prinzipiellen Gegner der Trennung freilich nicht geeignet, die „Krönung“ befugter Anstrengungen herbeizuführen.

Auf den nächsten Freitag ist die Beratung einer linksradikalen und einer revolutionär-socialistischen Interpellation über den Konflikt mit dem Vatikan angesetzt worden. Briands kaltblütige Auffassung wird dann desto sicherer recht behalten, als ihre offene Formulierung im voraus die Position der Trennungsgegner verstärkt.

Der Konflikt mit dem Vatikan macht das Ministerium wie gefagt bis auf weiteres unantastbar. Die unsicheren Antonisten des Blocs haben es sich jedoch nicht nehmen lassen, im Punde mit der kerikal-melancholischen Opposition wieder einmal eine regierungseindliche Kundgebung zu veranstalten. Die Gelegenheit dazu lieferte die Wahl der Budgetkommission. Die Auf-Ministeriellen rächten sich in dieser geheimen Zettelwahl für ihre öffentlichen ministeriellen Unstimmungen. So kam zu Stande eine Budgetkommission, die eine antiministerielle Mehrheit von 18 gegen 15 Mitglieder aufweist. Bei der Wahl der einzelnen Berichterstatter wurden dann die kerikal-melancholischen Bundesgenossen mit mehreren Berichten bedacht, wenn auch persönliche Momente die Wahl von 11 ministeriellen Berichtstattern, darunter der bisherige Generalberichterstatter, gegen 10 antiministerielle bewirkt haben. Zum Vorsitzenden wurde der antiministerielle Radikale Doumer wiedergewählt, der sich schon ganz offen als der Nachfolger Combes geberdet.

Am Vorabend der Wiedereröffnung der Kammer hat Doumer eine regelrechte Oppositionsrede gehalten auf einem Bankett der im bürgerlichen Fahrwasser schwimmenden Arbeiter-Produktivgenossenschaften. In jener Rede zeigt er sich klarer denn je mutatis mutandis — als ein französischer Chamberlain, zu jedem demagogischen Kniff bereit, um das Ziel seines Ehrgeizes zu erreichen. Mit Millerand bekämpfte er den Combeschen Antikerikalismus namens der sozialen Reformen. Mit den bourgeoisen heuchlerischen Freunden dieser Reformen betonte er andererseits die finanziellen Schwierigkeiten, die sich den Reformen entgegenstellen. Dagegen verlangte er mit den „Patrioten“ die Förderung des Militarismus und besonders der Kolonialpolitik ohne Rücksicht auf die Finanzlage. Mit den Franco-Russen aller Schattierungen verführte er den heiligen Krieg gegen die „gelbe Gefahr“. Und seine Rede klang aus in den echt nationalistischen Ruf: „Wir sind Republikaner, aber vor allem Patrioten!“ Diese Gegenüberstellung von Republikanismus und Patriotismus im Munde eines offiziellen Radikalen“ spricht Bände.

Man begreift, daß Doumer nun zum verhäßtesten Liebling der gesamten Opposition geworden ist. Sie hofft, daß seine formal demokratische Parteizugehörigkeit ihr den Ministersturz erleichtern wird. Sie braucht den Doumer desto nötiger, als sie an der eigenen Kraft vollständig verzweifelt. Haben doch die Nationalisten die Bereitschaft in den Ferien eingebracht Interpellation über die „allgemeine Politik“ auf den Rat der Melancholiker wieder zurückgezogen, um nicht dem Ministerium einen sicheren und leichten Sieg zu verschaffen, nachdem die Gemeindevätern trotz der teilweise ministeriellen Niederlagen in den großen Provinzstädten im ganzen der Regierung günstig waren.

Indes kommt Doumer als Ketter der Reaktion jedenfalls zu früh. Der Konflikt mit dem Vatikan führt ihm durch die Parade. Und dann steht auf der Tagesordnung der Kammer zunächst der vom Senat bereits votierte Entwurf betreffs der zweijährigen Dienstzeit, der den Rest der Session ziemlich ausfüllen wird. —

Deutsches Reich.

Ein Künstler. Vor Jahren hat der Kaiser den italienischen Komponisten Leoncavallo, dessen Produktivität nach den „Bajaziti“ verfiel, zur Ausarbeitung einer Oper „Der Roland von Berlin“ angeregt. Leoncavallo ist mit vieltem Fleiß dem kaiserlichen Wunsch nachgekommen; er hat sich in die dem Italiener gänzlich fremde Welt des norddeutschen sechzehnten Jahrhunderts eingeleben und hat sich wirklich die mühsame Arbeit abgerungen. Am Montag hat er dem Kaiser das Werk überreicht. Mitten in einer Parade in Potsdam wurde die Ueberreichung inszeniert. Leoncavallo nahm an dem im Anschluß an die Parade eingenommenen Frühstück teil und nun entwickelte sich, nach der Schilderung eines hiesigen Lokalblattes, diese Episode:

Nach dem Frühstück reichte der Kaiser dem Dichterkomponisten die Hand und fragte ihn: „Und der Roland?“ Ein Diener überbringt die kostbar ausgestattete Partitur, die der Komara mit dem Ausruf in Empfang nimmt: „Ah, wie wunderbar! Aber das ist ja prächtig!“

Der Kaiser: Ich sehe, daß das Werk mir gewidmet ist, und ich betrachte es als eine große Ehre, meinen Namen mit dem eines solchen Werkes verbunden zu sehen.

Leoncavallo: Kein, Majestät. Den größten und den einzigen Ruhm giebt diesem Werke der Name Eurer Majestät. Der Kaiser (zu Excellenz v. Hülse): Jetzt ist es Ihre Sache, das Werk so in Szene zu setzen, daß der Maestro vollkommen zufrieden ist.

Leoncavallo scheint der Ansicht zu huldigen, daß seine neue Oper musikalisch Ruhm nicht bringen wird. Er tröstet sich am Ruhm der Fälschungsmist. —

Der mysteriöse Todesfall.

Der plötzlich verstorbene junge Herzog Paul Friedrich von Mecklenburg wird nun mit allem Trauerpomp in die Heimat überführt und dort beerdigt. Sein Ableben hat keinerlei geschichtliches Interesse und es wäre darüber ebensowenig zu reden, wie beim Ableben zahlreicher anderer Sterblicher geredet wird, wenn der Fall nicht zeigte, wie einfach an den Höfen bis in den Tod hinein das Wirkliche verhallt und die Wahrheit des Scheins verjagt wird. Der nach Kiel entsandte Bevollmächtigte des mecklenburgischen Staatsministeriums hat diesen Bericht erstattet:

Die von mir an Ort und Stelle angestellten Ermittlungen, mit denen das Ergebnis der militärgerichtlichen Untersuchung übereinstimmt, haben ergeben, daß der Tod Seiner Hoheit des Herzogs Paul Friedrich (Sohn) zu Kiel in der Nacht vom 10. auf den 20. Mai d. J. vor 2 Uhr eingetreten ist, Seine Hoheit am Morgen des 20. Mai um 7 Uhr als Leiche aufgefunden wurde und mit größter Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, daß der Tod auf einen Unfall bei gymnastischen Übungen, die Se. Hoheit vor dem Schlafengehen angestellt hat, zurückzuführen ist. Diese Feststellung hat durch die heutige Section volle Befähigung gefunden.

Kiel, den 21. Mai 1904. gez. Langfeld.
Der Bericht ist nur geeignet zu beweisen, daß Ministerial-Bevollmächtigte nicht die geeigneten Personen sind, um Todesursachen festzustellen. Es müssen eigenartige gymnastische Übungen gewesen sein, die den Tod herbeigeführt haben. Und wie kam es denn, daß eine militärgerichtliche Untersuchung angestellt wurde? —

Die Reichs-Justizkommission, welche die Strafrechts-Reform vorbereitet, nahm am 16. Mai ihre Beratungen wieder auf. Sie erledigte den Abschnitt über die Abgrenzung der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte. Es wurden, der „Köln. Ztg.“ zufolge, Beschlüsse gefaßt über die Zuständigkeit der Strafkammer und des Schöffengerichts bezw. der mittleren und der großen Schöffengerichte. Die wichtigsten Streitfragen, die den Reichstag beschäftigten, waren bekanntlich, ob Strafkammer oder Schwurgericht den Meistteil, das Verbrechen der Unzucht in den Fällen des § 176 Nr. 1 und 2 des Strafgesetzbuchs, der Urkundenfälschung in den Fällen des § 268 Ziffer 2 und § 272 und 273 des Strafgesetzbuchs und des Bankrotts in dem Falle der §§ 230 und 242 der Konkursordnung aburteilen sollen. Die Kommission trat sodann in die Beratung der wichtigen Frage der Einföhrung der Berufung und der Ausgestaltung der zu bildenden Berufungsinstanzen, insbesondere ob das Berufungsgericht bei den Landgerichten oder Oberlandesgerichten zu bilden ist. Diese Materien wurden erledigt und damit auch der wichtigste Teil der Beratung. Es ist in der ersten Lesung außer dem Reste des Abschnitts Berufung nur noch die Beratung der über den Titel Revision gestellten Fragen zu entscheiden. Hierzu ist die am 5. Juli beginnende Tagung bestimmt. Mit der Tagung im Juli endigt die erste Lesung. Die zweite Lesung beginnt im Oktober d. J. —

Ein reaktionäres Wasserparlament.

Man schreibt uns aus Stuttgart: In ihrer Freitagssitzung befaßte sich die Kammer der Standesherren mit der von der Regierung eingebrachten und von der Kammer der Abgeordneten in den Grundzügen angenommenen Novelle zum Schulgesetz. Wie vorausgesehen war, fanden die feudalen Herren zwar Wohlgefallen an der Novelle, soweit sie eine Stärkung der kirchlichen Schulaufsicht bedeutet, frondierten aber gegen die unwesentlichen Konzessionen, die die Novelle in einem Punkte an die in Württemberg seit Jahren vergeblich erhobene Forderung nach weltlicher, sachmännischer Schulaufsicht macht. Die Vorlage behält die geistliche Ortschulaufsicht unverändert bei und überträgt die Oberaufsicht über das Schulwesen an zwei konfessionelle Körperschaften: für die katholischen Volksschulen dem katholischen Kirchenrat, für die evangelischen dem evangelischen Oberkirchenrat. In Bezug auf den Religionsunterricht wird die Leitung dem Evangelischen Konsistorium bezw. dem bischöflichen Ordinariat in Rottweil zugewiesen. Nur in der Bezirkschulaufsicht bringt die Novelle eine zaghafte und halbe Verbesserung: es wird bestimmt, daß zu Bezirkschulinspektoren (unmittelbaren Vorgesetzten der Ortschulinspektoren) sowohl Geistliche als auch Schulmänner bestimmt werden können. Vergeblich versuchte bei Beratung der Novelle in der zweiten Kammer Landtags-Abgeordneter Genosse Hildenbrandt die Wehrheit und die Regierung dazu zu bewegen, den Axiomismus der geistlichen Schulaufsicht radikal zu beseitigen. Die Regierung hatte hundert vor den katholischen Standesherren, die nach der Pfeife des Rottweiler Bischofs tanzten, und die Süddeutsche Volkspartei half die weitergehenden socialdemokratischen Anträge niederstimmen, weil man nur das „Erreichbare“ fordern dürfe. Es blieb auch fruchtlos, daß die in ihrer großen Mehrzahl volksparteilichen evangelischen Lehrer sich mühten, ihren parlamentarischen Vertretern den Rachen zu steifen. Selbst daß der katholische Volksschullehrer-Verein es wagte, anzukommen, und in einer Eingabe an den Landtag die Aufhebung des geistlichen Aufsichtswesens in den „weltlichen“ Fächern nach der technischen Seite hin verlangte, hatte keine Wirkung. Regierung und Volkspartei zeigten wieder einmal, daß sie nicht gelernt und alles vergessen hatten. Die Erste Kammer Württembergs kann nur eingeschüchtert werden, nimmermehr aber überzeugt. Dieser Skandal eines Parlaments läßt sich allerdings nur noch der mecklenburgische Landtag vergleichen. Das preussische Herrenhaus ist im Vergleich zu ihm eine lebensfrohe Körperschaft voll frischer Säfte und grünender Triebe. Diese privilegierte Stellung dieses merkwürdigen feudalen Ueberbleibfels findet auch in Reden und Antworten ihren Ausdruck. — Der Präsident der Ersten Kammer erhält eine Bezahlung von 18 000 M. jährlich, der der Zweiten nur von 8000. Die Abgeordneten der Zweiten Kammer müssen sich mit einem Tagegeld von einem Dufaten begnügen, während die 24 Standesherren mit 1 1/2 Dufaten pro Tag entschädigt werden. Dabei sind die Herren Grafen und Fürsten faul und unfähig, die Arbeiten selbst zu erledigen, so daß die Regierung ihnen immer eine Anzahl (jezt sechs) Beamte, die zu „Lebenslänglichen“ Mitgliedern der Ersten Kammer ernannt werden, für die Erledigung der Geschäfte zur Verfügung stellen muß. Viele der Standesherren ziehen es vor, ihre gesetzgeberische Thätigkeit in absentia auszuüben. Sie treiben sich auf den Spiel- und Nennplätzen in aller Welt umher, aber ihre Stimme geht deshalb nicht verloren: sie dürfen ihr Stimmrecht an einen ebenbürtigen Kollegen übertragen und diese „Geisterstimmen“ entscheiden bestimmd über das Schicksal der wichtigsten Gesetzesvorlagen! Die in der Schulfrage befandete Jaghaftigkeit der Regierung ließ den adeligen Gesetzgebern den Kamm gewollt schmelzen. Die Regierung muß wieder die Erfahrung machen, daß es nicht gut ist, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. In der Abgeordnetenkammer mußte Kultusminister v. Weizsäcker gegenüber den Socialdemokraten die geistliche Schulaufsicht verteidigen. Mit seinen eigenen Argumenten konnten ihm die katholischen Fürsten der Ersten Kammer entgegenzutreten. Hohndoll betont der Kommissionsbericht, daß die Regierung in der Zurückdrängung der auch ihr nicht erwünschten Bestrebungen bisher durch die Rücksicht auf das bei der Ersten Kammer „Erreichbare“ wirksam unterstützt wurde. So kam der Kultusminister in die able Lage, in der Ersten Kammer das Gegenteil dessen „beweisen“ zu müssen, was er in der Zweiten Kammer bewiesen hatte und spielte eine recht klägliche Rolle. Man kann es dem Grafen Hildner nicht verargen, wenn er

den Minister verurteilt und mit ernsthafter Miene den Antrag stellte, man solle die Ernennung von Lehrern zu Bezirkschulinspektoren nicht principieell ablehnen, sondern die Entscheidung vertrauensvoll in die Hände der beiden — Ober- und Unterbehörden legen! Zur Veratung dieses Antrages wurde die Vorlage wieder an die Kommission zurückverwiesen, wo sie nun unbestimmte Zeit ruhen wird. Welches ihr endliches Schicksal sein wird, läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit sagen. Den sechs evangelischen Standesherren und sechs evangelischen von der Regierung ernannten Mitgliedern stehen 14 katholische Standesherren und die vier katholischen Prinzen des Königshaus gegenüber. Da der Hauptwiderstand gegen das Gesetz von katholischer Seite ausgeht, wird die Entscheidung davon abhängen, ob die königlichen Prinzen — wie sie es früher schon oft gethan haben — mit den katholischen Standesherren gegen die königliche Regierung gehen. Die tiefe Abneigung gegen diese förmliche Körperlichkeit wird aber aus ihrem Verhalten in der Schulfrage neue Nahrung ziehen, und die Socialdemokratie wird nicht unterlassen, ihre Agitation gegen die Erste Kammer unter Hinweis auf diesen neuen Beweis reaktionärer Hartnäckigkeit zu vertiefen. —

Für die Ersatzwahl in Strahburg-Land ist der Stichwahltermin auf den 2. Juni anberaumt. Nach dem amtlichen Wahlergebnis erhielten im ersten Wahlgang Hauß (Meritale Landespartei) 8225, Rechtsanwalt Dr. Blumenthal (Demokrat) 7876 und Weyer, Schreiner in Strahburg (Soz.) 1479 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug wie im vorigen Jahre über 90 Proz. der Wahlberechtigten. Hauß erhielt 75 Stimmen weniger als am 16. Juni. Unser Parteigenosse Wegen hatte damals 3007 Stimmen, wovon die Hälfte jezt schon im ersten Wahlgang auf den Demokraten übergegangen ist, da ein socialdemokratischer Sieg nicht in Frage kam. Rechtsanwalt Blumenthal erhielt am 16. Juni v. J. 6398 Stimmen. Es versteht sich, daß die socialdemokratischen Wähler in der Stichwahl für den Demokraten stimmen werden. —

Der internationale Kongreß für gewerblichen Rechtsschutz wurde am Dienstag im Reichstagsgebäude eröffnet. Graf P. S. J. h. hielt die erste Begrüßungsansprache, in der er u. a. ausführte: „Das älteste Patentgesetz vom Jahre 1623 verdankt seine Entstehung dem Lande, in welchem sich zuerst eine industrielle Entwicklung im Sinne der Neuzeit zeigte, nämlich England. Erst Ende des 18. und im Laufe des 19. Jahrhunderts wurden Hand in Hand mit der aufblühenden Massenherzeugung von Gütern ähnliche Grundzüge auch von anderen Staaten gesetzlich festgelegt. Gleichzeitig mit dem Streben nach verstärktem Schutze geistigen Eigentums überhaupt gehen in unserer Zeit, wo neue Erfindungen häufig auf jahrzehntelangen, sehr umfangreichen und kostspieligen Versuchen beruhen, die Wünsche auf einen wirksameren völkerrrechtlichen Schutze von Erfindungen, Gebrauchsmustern und Geschmacksmustern, und es wird meines Erachtens mit Recht ein solcher Schutze insbesondere für Erfindungen auch dann verlangt, wenn dieselben wie alle chemischen Erfindungen durch Modelle nicht darstellbar sind. Demgegenüber bewegen sich die Wünsche der großen Masse der Verbraucher zum Teil im entgegengelegten Sinne; es ist die besonders schwierige Aufgabe, zwischen diesen widerstreitenden Interessen einen Ausgleich zu finden, der die Früchte geistiger Arbeit in gerechter Weise schützt und doch deren Genuß der Allgemeinheit unter billigen Bedingungen ermöglicht. Die völkerrrechtlichen Verträge, welche bisher zum Schutze gewerblichen Eigentums abgeschlossen sind, liefern den erforderlichen Beweis, daß sich auf diesem neuen Gebiet allmählich ein allgemeines Rechtsbewußtsein bildet, welches in der landesstaatlichen Gesetzgebung Verwirklichung sucht.“ —

Ausland.

Ein Dokument des Kampfes wider den Zariismus.

Aus Anlaß des bewaffneten Widerstands in der socialdemokratischen Druckerei in Warschau am 27. April hat der Vorstand der Socialdemokratie Rußisch-Polens eine Proklamation herausgegeben, die über die politische Bedeutung dieses Ereignisses Aufschluß giebt und zugleich ein Dokument des Kampfes mit dem Zariismus bildet. Der Aufruf schildert erst den Sachverhalt der bekannten Vorgänge und fährt dann fort: „Arbeiter! Wir sind keine Anhänger des Terrors. Die Socialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens betrachtet die Attentate auf den Zaren wie auf einzelne seiner Helfershelfer als unnütze Strafvergeubung, denn an Stelle jedes beseitigten Zaren oder geringeren Satrapen findet sich ein neuer. Unsere Aufgabe ist nicht, die Personen zu beseitigen, sondern das System selbst der absoluten Regierung. Diese aber läßt sich nur aufheben, wenn die Masse des russischen und polnischen arbeitenden Volkes die Notwendigkeit der Befreiung vom Absolutismus wird begreifen lernen und einen unermüdblichen Kampf mit ihm aufnehmen wird.“

Der bewaffnete Widerstand in unserer Druckerei war auch kein Akt des Terrors. Unsere Genossen verteidigten lediglich ihre Freiheit vor dem Ueberfall der bewaffneten Schergen, und in politischen Verhältnissen, wo für jede Bewegung, für jedes freiere Wort Sibirien, Gefängnis, Zwangsarbeit droht, da ist die Notwehr ein heiliges Menschen- und Bürgerrecht! Die fünf Gendarmen und Polizisten, die bei dem bewaffneten Widerstand am 27. April ihr Leben verloren haben, sind als Opfer der zarischen Regierung gefallen, deren Werkzeuge sie waren in der niederträchtigen Bestrebung, die Arbeiterbewegung zu erdrosseln.

Genossen! Die Vorgänge in unserer Druckerei haben wieder die irdischen politischen Verhältnisse grell beleuchtet, in denen wir leben. Ueberlegen wir uns einmal: auf was saßten gerade die socialistischen Druckereien? In der ganzen Welt beinahe, nicht bloß in Europa, sondern selbst in dem Japan, das die Tintenfäule der Zarenregierung als „asiatisches Land“ verhöhnen, selbst dort herrscht heutzutage Redefreiheit, Koalitions- und Vereinsrecht, Pressefreiheit. Bei uns in Rußland herrscht noch mittelalterliche Alleinherrschaft. Die despotische Regierung, die sich zur Schildwache der kapitalistischen Ausbeutung gemacht hat, verhindert jede Bewegung des arbeitenden Volkes, des russischen wie des polnischen, sie zermalmt jede Brust, die nach Freiheit lechzt. Und während die leibliche Existenz und die persönliche Freiheit der „Untertanen“ der allmächtigen Faust der Gendarmen ausgeliefert sind, herrscht über den Geistern der tausendmal schlimmere Censur, der den freien Gedanken, das gedruckte Wort erdrosselt, der auf der Lauer liegt, damit die polnische und russische Presse ja nichts anderes verbreitet als niederträchtigen Slavengeist und Kadabergehorjam.

Und nun zum Kampfe mit der Herrschaft der nackten Gewalt schafften sich die Massenbewußten Arbeiter geheime Druckereien. Bedenken wir: was ist eine socialistische Druckerei in unseren Verhältnissen? Nicht etwa in einem Brunnengebäude, nicht bei hellem Schimmer elektrischer Bogenlampen, nicht bei triumphierendem Geräusch der Rotationsmaschinen, wie in modernen Unternehmungen, sondern irgendwo in der Dachkammer bei einem armen Schuhmacher, gehüllt in nächtliches Dunkel, mit großer Mühe, mit primitivsten Werkzeugen schmieden die Arbeiter ihre geistige Waffe zum Kampfe um die Befreiung — das freie gedruckte Wort, das das Evangelium des Socialismus in die Massen tragen soll. Und eben diese Herde der Aufklärung, diese dem Bürgelcensur entschlüpfen freien Worte verfolgenden Diener des absoluten Regimes mit ihrem größten Hass!

Jeder bestechliche Beamte, der das Publikum brandschlagt und betrügt, ist hier seiner Straflosigkeit sicher. Die diebischen Revisionen der Intendantur, die die Soldaten aushungern, um ihre Taschen mit gestohlenem Geld zu füllen, sie alle bleiben straflos. Aber wehe den Socialdemokraten, die in Polen und in Rußland, der Gewaltherrschaft tropend, den unterdrückten Volksmassen den Weg zur Befreiung weisen! Dieselbe Kotte der Regierungsbandiden, die jezt im Kriege mit Japan durch eignen Leichtsinnum und Diebereien Tausende von Menschen an die Schlichtbank schleppen, bereiten jezt eine fürchterliche Rache für ihre fünf getöteten Schergen. Welches Schicksal harret unserer festgenommenen Genossen? — Wer vermag die blutige Lösung der

Berichtsfarre im Zarenreiche zu erraten? Dort, wo als Recht und Rechtsprechung die ungelagelte Willkür der Alleinherrschaft gilt, dort müssen die Freiheitskämpfer auf alles gefaßt sein: auf Sibirien, Zwangsarbeit, Schlüsselburg, ja selbst auf den Galgen. . . .

Genossen! In dem kleinen Drama des bewaffneten Widerstands in unserer Druckerei hat sich das ganze furchtbare historische Drama wiederpiegelt, das den Inhalt des heutigen socialen Lebens im russischen Reiche bildet. Es ist dies ein Ringen der Finsternis mit dem Licht, der nackten brutalen Gewalt mit der Befreiungsidee. Solchen ungeheuren Verhältnissen darf das Gros der polnischen Arbeiter nicht gleichgültig und untätig gegenüberstehen. Wir müssen der despotischen Regierung zeigen, daß sie mit der Faust und der Kante die Idee des Socialismus nicht zu unterdrücken vermag. Die weitesten Kreise unseres Proletariats müssen sich jezt bewußt werden, daß es ihre Pflicht ist, in Reich und Glied der Socialdemokratie zu marschieren, die bereit ist, die Arbeiterfrage mit ihrer Brust zu beden, die ihrer Massenbefreiung den Weg bahnt, ohne die Opfer zu zählen, ohne auf die Marten zu achten, die ihrer warten. So möge denn der Kampfruf der Socialdemokratie: Nieder mit dem Absolutismus! zum unaufhörlichen Auf der ganzen großen Masse der Ausgebeuteten und Unterdrückten von einem Ende zum andren des russischen Reichenreiches werden!

Und nun noch einige Worte an jene Kreise der polnischen bürgerlichen Intelligenz, die nicht unmittelbar von der Ausbeutung der Arbeiterfrage leben und sie nicht als unantastbaren normalen Zustand betrachten. Bis jezt war die einzige Schicht unserer Gesellschaft, die Hand in Hand mit den russischen Revolutionären um die Befreiung von dem Druck des asiatischen Despotismus kämpfte, die ärmste und social am meisten entrechtete Klasse — die Klasse des polnischen Proletariats. Wie gering ist hingegen bis jezt die Zahl derjenigen Mitglieder der polnischen Intelligenz, die verstanden haben, daß es heutzutage Pflicht jedes ehrlichen, rechtlich denkenden Bürgers im Zarenreiche ist, sich den Reihen der revolutionären Kämpfer anzuschließen, nicht aber in dem engen Interessenzirkel der persönlichen Karriere und des Strebertums aufzugehen. Wird es denn die polnische Intelligenz auch fernerhin dulden, daß das polnische und russische Proletariat allein die furchtbaren Kosten des Kampfes um die politische Freiheit im russischen Reiche tragen, um die Freiheit, von der doch die Intelligenz gewiß zu allererst profitieren wird? Wird sie denn fernerhin ruhig zusehen, den ungeheuerlichen Willkürakten der Regierungsschergen, den Massenverhaftungen, dem Jammer der Frauen und der Mütter, denen die brutale Gendarmenfaust ihre Gatten und Söhne aus der Mitte der Familie reiht, der Entweihung der Begräbnisse durch polizeiliche Ausschreitungen, dem Massacrieren des ruhigen Publikums durch Regierungsdienste?!

Wir hoffen, daß nach all den erschütternden Momenten und Schaulpielen, deren Zeuge Warschau in der letzten Zeit war, die besten Elemente der polnischen Intelligenz zahlreicher als bisher zum Kampflager des Proletariats herbeieilen, daß sie ihre Kräfte und ihr Leben in den Dienst der großen Sache stellen werden, die zugleich die Sache der Befreiung der ganzen Menschheit von der schmachvollen heutigen politischen und socialen Ordnung ist.

Nieder mit der Alleinherrschaft! Es lebe die politische Freiheit! Es lebe der Socialismus! Der Vorstand der Socialdemokratie Rußisch-Polens und Litauens.“ —

Frankreich.

Protestaktion gegen die Russenausweisungen.

Paris, 23. Mai. (Fig. Ver.) Die Seine-Föderation der P. S. de F. hat zusammen mit dem Verteidigungsausschuß der socialistischen Organisationen Außlands eine Protestversammlung gegen die Ausweisung Durtzews und Krafows veranstaltet. Der geräumige Versammlungssaal war drückend voll. Den Vorsitz führten die Genossen Bailant und Brade. Die Reden der französischen und russischen Redner fanden großen und einmütigen Beifall. Genosse Abg. Sembat gab in seiner wirksamen Rede bekannt, daß die revolutionäre-socialistische Kammerfraktion beschloßen habe, die Regierung wegen des Willküraktes und ihrer Liebesdienerei gegenüber dem Zariismus zu interpellieren. Die impotente Versammlung schloß mit dem einstimmigen Votum einer Protestresolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, die Ausweisungen rückgängig zu machen.

Die Protestaktion soll energisch weitergeführt werden. Man darf darauf gekannt sein, ob auch die ministeriellen Socialisten ihrerseits an der Aktion teilnehmen werden, nachdem ihre Versuche bei Combes, die Ausweisungen zu verhindern, schlagversagen waren. —

Zur französischen Militär- und Bündnispolitik.

Aus Arras, 23. Mai, wird gemeldet: Präsident Loubet ist heute hier eingetroffen und wurde von einer zahlreichen Menschenmenge mit Hochrufen auf ihn, auf Combes und auf die Republik begrüßt. Beim Empfange einer Abordnung von Offizieren bemerkte der Präsident, die Umgebung und der Pflichten der Armee würden in dem Maße wachsen, wie die militärische Dienstzeit verkürzt würde. Auf der Stärke des Heeres seien die Bündnisse und Sympathien begründet, deren sich Frankreich bisher erfreut habe und die, wie er hoffe, auch in Zukunft zunehmen würden.

In Erwiderung auf eine Rede des Bürgermeisters führte der Präsident aus, die auswärtige Politik Frankreichs sei in ihrem Ziele unverändert geblieben. Sämtliche Ministerien seien von demselben Gefühle befeelt, dem der Aufrechterhaltung des Friedens, der Befestigung von Bündnissen, Freundschaften und Beziehungen, die Frankreich mit Rußland, England, Italien und vielleicht einmal noch mit andren Staaten verbinden. Dieses Werk reigne sich die Republik zur Ehre an, er habe sein Bestes daran gesetzt. —

Eine neue Spionage-Angelegenheit macht in Paris großes Aufsehen. Ein englischer Artillerie-Oberst ist in der Nähe der Batterien des sogenannten Großen Helsen bei Vesille verhaftet worden. Der Oberst wurde überführt, als er im Laufe des Tages alle strategisch wichtigen Punkte besuchte und Aufzeichnungen machte. Er erklärte, er heiße Eduard Schmidt-Gordon und sei Oberst a. D. des englischen Royal-Artillerie-Regiments. Er scheint davon überzeugt zu sein, daß er gerichtlich nicht belangt werden könne, wurde jedoch in Haft behalten, da sich herausgestellt hat, daß er seit längerer Zeit an der Spitze Spionage betrieben hatte. Seit 19. März wird er schon von Geheimpolizisten beobachtet. —

Schweden.

Stockholm, 24. Mai. Der verantwortliche Redakteur des Blattes „Bedans nyheter“, Högberg, wurde wegen Verleumdung des Kaisers von Rußland und russischer höherer Beamten zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. —

Türkei.

Konstantinopel, 23. Mai. Es verlautet, Cemal-Pascha, der Sohn des verstorbenen Gasi-Osman-Pascha und Schwiegersohn des Sultans, sei am Sonnabend mit mehreren Würdenträgern des Hildiz verhaftet, und einige der Verhafteten seien nach summarischer Untersuchung sofort verurteilt worden. —

Asien.

Die Engländer in Tibet. Dem Reuterschen Bureau wird aus Lhasa vom 20. d. Mts. gemeldet: Bei der Vertreibung der Tibetaner aus den Dörfern in der Nähe des englischen Lagers fielen zwei Sikhs; ein Offizier und drei Mann wurden verwundet. Die Tibetaner hatten 20 Tote. —

Der Krieg in Ostasien.

Auf dem Haupt-Kriegsschauplatz Fongwanjichung—Manfang scheinen die Operationen der beiden gegnerischen Armeen einigermaßen zu stocken. Ueberaus schlechte Witterung, die die Wege unpassierbar macht, erschwert den Marsch. Nach einer russischen Meldung soll allerdings russische Kavallerie die erste japanische Armees bei Fongwanjichung zu umgehen versuchen und sie mit der Gefahr der Abkündigung bedrohen. Ueber die Lage der Dinge an dieser Stelle liegen die folgenden Nachrichten vor:

Petersburg, 22. Mai. Wie ein Telegramm des Generaladjutanten Kurapatkin meldet, beobachteten russische Streifwagen und berittene Abteilungen hinter dem Jintschulin-Gebirge die Truppen der ersten japanischen Armee. Die in der Umgebung Jöngwangtschöngs vereinigten japanischen Truppen suchen ihre Stellung durch keine Vorhutabteilungen zu decken, die aus etwa einem Regiment Infanterie mit Artillerie und Kavallerie bestehen. Die japanische Reiterei zeigt sich selten. Aus gestern eingegangenen Berichten läßt sich schließen, daß die erste japanische Armee zusammengezogen worden ist. Zwei Divisionen stehen in Chabalin auf dem Wege Sjujan-Jöngwangtschöng. Jöngwangtschöng wird besetzt.

London, 24. Mai. Vom Hauptquartier der japanischen ersten Armee wird telegraphiert, daß die Russen bei Jöngwangtschöng erhöhte Tätigkeit an den Tag legen, während die Japaner still stehen. 2000 Russen stehen bei Sjujan (westlich von Jöngwangtschöng), und Skafalen wurden auf der Straße nach Stauliman, fünf Meilen südlich von Jöngwangtschöng, im Rücken der ersten japanischen Armee gesehen. Den Russen ist es daher gelungen, einen Keil zwischen die erste und die zweite japanische Armee zu treiben und dadurch die Lage der ersten Armee zu gefährden.

Die Ansicht des Obersten Gädle.

Oberst a. D. Gädle telegraphiert dem „V. L.“ aus Moskau: Das Vorgehen der Japaner gegen Liaung ist ins Stocken geraten. Die Ereignisse vor Port Arthur und die von den Japanern nicht geahnte Stärke der Russen ist darauf wohl von Einfluß gewesen. Die Aussichten der Japaner sind von jetzt an gering.

Schweres Gefecht bei Port Arthur?

Ein Telegramm, welches der russische Konsul in Tschifu nach Petersburg an den Minister des Aeußeren richtete, meldet, daß in Tschifu angelommene Chinesen erklärten, daß die Truppen des Generals Stökel ein schweres Gefecht mit den Japanern gehabt hätten. Die Japaner sollen hierbei Verluste in Höhe von 1500 Mann gehabt haben, während die Russen 300 Tote und Verwundete verloren.

Auch die Pariser „Temp“ berichtet von diesem Gefecht; General Stökel habe einen siegreichen Ausfall aus Port Arthur gemacht. Bei dem sich entwickelnden Gefecht hätten die Japaner über 1000 Mann an Toten und Verwundeten verloren, während auf russischer Seite sich die Verluste nur auf 150 Mann beläßen. Der Ausfall war unternommen worden, um einen Probiantzug, der dem General Stökel mittels drahtloser Telegraphie angezeigt war, zu sichern. Der Kampf war kurz, aber von großer Heftigkeit. Hernach zogen sich die Russen nach Port Arthur zurück.

Kauffällig aber ist, daß eine japanische Meldung aus Kintschwang vom 23. Mai noch nichts von diesem Gefecht weiß. Es wird von dort lediglich gemeldet: Die japanischen Truppen fahren fort, die Hügel zwischen den Buchten von Taitienwan und Kintschou zu besetzen. Sie stellen zahlreiche Schnellfeuergeschütze auf und errichten Verhauungen mit Sandsäcken um einem etwaigen Ausfall der Garnison von Port Arthur zu begegnen.

Die Mobilisierung der baltischen Flotte.

Petersburg, 23. Mai. Die Vorbereitungen zur Ausrückung der baltischen Flotte werden mit größtem Eifer betrieben. Das Geschwader wird in zwei Abteilungen auslaufen und auf zwei verschiedenen Routen nach dem Kriegsschauplatz gehen. Der Ort, wo die beiden Abteilungen sich vereinigen werden, wird nicht bekannt gegeben.

Der Unfall des „Drel“.

Petersburg, 24. Mai. In das neue, noch nicht vollständig fertiggestellte Panzerschiff „Drel“, welches vor einigen Wochen hier aufgelaufen war und darauf nach Kronstadt gebracht wurde, war während der vorliegenden Nacht plötzlich Wasser eingedrungen, so daß das Schiff zu sinken begann. Den ganzen Tag über arbeiteten gestern die Pumpen eines Eisbrechers und mehrerer Hafensfahrzeuge, wodurch es gelang, das Schiff vor dem Untergang zu bewahren. Man glaubt, daß das Eindringen des Wassers auf Fahrlässigkeit von Arbeitern, welche Panzerplatten ausschraubten, zurückzuführen ist. Man nimmt an, daß durch die Ausbesserung die Entsendung des baltischen Geschwaders nach dem Stillen Ocean keine Verzögerung erleiden wird.

Japanische und russische Seeverluste.

Tokio, 22. Mai. Während einer Rekognoscierung, die der Admiral Togo am Freitag vor Port Arthur unternahm, schlug eine Granate auf dem Torpedobootzerstörer „Alaisuli“ ein und tötete einen Offizier und 24 Mann.

London, 23. Mai. „Daily Chronicle“ meldet aus Tokio: Beim Untergang der beiden Kriegsschiffe „Jochino“ und „Hatsuse“ sind insgesamt 900 Offiziere und Mannschaften umgekommen.

London, 23. Mai. Das Reutersche Bureau erfährt aus Petersburg, die Russen hätten den bei Wladimiroff gezeichneten Kreuzer „Bogatyr“ in die Luft gesprengt, da es unmöglich sei, das Schiff wieder flott zu machen. Die Geschütze seien vorher von Bord geschafft worden.

Neue japanische Kriegsanleihe.

Tokio, 22. Mai. Infolge mehrerer Besprechungen zwischen den Ministern, den alten Staatsmännern und Bankiers haben letztere die Bedingungen für eine neue Staatsanleihe im Betrage von 100 Millionen Yen angenommen. Die Anleihe soll zum Kurse von 92 ausgegeben werden, mit 5 Proz. verzinslich und in 7 Jahren rückzahlbar sein.

Tokio, 24. Mai. (Amtliche Mitteilung.) Die Kaiserlich Japanische Regierung hat zum Zwecke der Ausbringung der Kriegskosten den Betrag von 100 Millionen Yen Schatzscheine emittiert, rückzahlbar nach 7 Jahren. Der Zinsfuß ist auf 5 Proz. und der Emissionspreis auf 92 Yen festgesetzt. Der Totalbetrag der emittierten Schatzscheine, nämlich 100 Millionen Yen der früheren internen Anleihe im Februar 1904, ferner die äußere Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling, welche in London im Mai emittiert wurde, und die jetzige Anleihe wird zusammen ungefähr 300 Millionen Yen ausmachen. Dieser Betrag zusammen mit dem Ertragnis der Kriegssteuern, die im März 1904 durch das Parlament bewilligt wurden, und deren Einziehung sich erfolgreich vollzieht, wird in ausgiebiger Weise die Mittel zur Führung des Krieges liefern. Man erwartet, daß die aufgelegte Anleihe voll gezeichnet wird.

Partei-Nachrichten.

An das Ergebnis der Wahl in Frankfurt-Leban knüpft hr. in der „Magdeburger Volksstimme“ eine Betrachtung, die davon ausgeht, daß der Dresdener Parteitag die Schuld an dieser wie an den übrigen Wahlniederlagen trage. Es heißt darin:

„Nicht allein, daß die unglückselige Septembertwoche unsern Gegnern billige und zugkräftige Angriffswaffen geliefert hat; viel schwerer wiegt, daß die Massen der Partei vor den Kopf, die Wähler zurückgestoßen und daß vor allem die exponierten Genossen für geraume Weile matt gesetzt worden sind. Nicht die Wähler sind mitleidig, sondern diejenigen Genossen sind ermattet, die in erster Reihe berufen sind, die Begeisterung unter die Wähler zu tragen. Die Parteigenossen mit der „gehobenen Lebensstellung“ können es so leicht nicht verschmerzen, daß ihnen von oben herab als Anerkennung für ihre Wahlleistungen in Wausch und Wogen das Massenbewußtsein abgeprochen worden ist.“

Nach unseren Erfahrungen trifft gerade der letzte Satz auf den Wahlkampf in Frankfurt-Leban am allerwenigsten zu. Die Genossen, denen die eigentliche Wahlarbeit obliegt, haben sie in dem genannten Kreise mit demselben Eifer und derselben Kampffreudigkeit geleistet, wie je. Verstehen sie doch ihre Arbeit nicht um Anerkennung, sondern aus Parteiliebe, als Freie und Gleiche, die mit Bewußtsein für ihre eigene Sache kämpfen.

Zur Schiedsgerichtsangelegenheit citiert die „Freie Presse“ in Elberfeld unsere Äußerung, daß es wünschenswert sei, den Streit lösen zu lassen und bemerkt dazu:

„Dieses Bedürfnis haben auch wir, aber wir fürchten, daß auch bei einer beiderseitigen Anerkennung des Urteils die Sache nicht zur Ruhe kommen wird. Nach unserer Meinung handelt es sich hier nur äußerlich um taktische Fragen, das treibende Element bilden principielle Differenzen. Die Wahrung zur Ruhe ist ja sehr gut, aber sie zu befolgen ist schwer, wenn von der andern Seite das, was bisher als unser erstes geistiges Rüstzeug galt, in einer Weise verpöttekt wird, wogegen die Tiraden Eugen Richters gar nichts sind. Schippel hat dies in seinen Artikeln über die Handelspolitik, die er jetzt in dem Chemnitzer Parteiblatt veröffentlicht, fertiggebracht.“

Wir erwähnen diese Äußerung, weil sie von einer irtümlichen Auffassung unserer Stellungnahme ausgeht, die wir richtig stellen möchten. Im Falle Schippel liegen sachliche Differenzen vor, die ausgetragen werden müssen und sobald Schippel die angekündigte Darlegung seines Standpunktes zur Frage der deutschen Agrarverhältnisse gegeben haben wird — was in den bisher vorliegenden Artikeln noch nicht geschehen ist —, wird man dazu Stellung nehmen können. Dagegen erscheint es uns vollkommen unerlässlich, in der Parteipresse einen Streit fortzuspinnen, dessen etwaige sachliche Momente durch die Schiedssprüche ihre Erledigung gefunden haben, der aber im übrigen nur noch persönlichen Inhalt hat.

Berichtigung. Meine in Nr. 118 des „Vorwärts“ gebrachte Erklärung enthält einen sinnentstellenden Druckfehler. Es muß heißen: Die dort angenommene Resolution führte bekanntlich mit dazu, daß Genosse Göhre sein Reichstagsmandat niederlegte.

G. Freiwaldt.

Ein Manifest der dänischen Socialdemokratie.

Der Hauptvorstand des Socialdemokratischen Verbandes Dänemarks, der aus 48 von den Parteigenossen aller Landesstellen gewählten Männern und Frauen besteht, hielt am 15. Mai seine regelmäßige Frühjahrssitzung ab. Der Parteivorstand P. Knudsen gab Bericht über die Tätigkeit der Partei und der Reichstagsfraktion im letzten Halbjahr, worauf eine Diskussion folgte, in der die politische Situation besprochen wurde. Alle waren der Meinung, daß die gegenwärtige Situation für die Parteitagitation günstiger als je zuvor sei. Es wurde ein Ausschuß gewählt zur Ausarbeitung eines Manifestes an die Bevölkerung, das dann später einstimmig angenommen wurde. Als Delegierte zum Internationalen Kongreß in Amsterdam wurden die Folkething-Abgeordneten P. Knudsen und Borgbjerg gewählt.

In dem Manifest wird die gegenwärtige in Dänemark herrschende politische Situation treffend gekennzeichnet. Es beginnt so: „Indem der Hauptvorstand die Tätigkeit der socialdemokratischen Gruppe in der verflochtenen Reichstagsfraktion gut heißt, erklärt er folgendes:

Die politische Situation, aus der das Brügelgesetz entspringen ist, befiehlt fortwährend, obgleich das Gesetz gefallen ist, und soll — so sagen seine Urheber — ausgenutzt werden bis auf den Grund. Die Allianz zwischen der regierenden Linken, den Freisondemokraten und der großen Mehrzahl der Rechten beherrscht fortwährend die dänische Reichstagspolitik, erzeugt reaktionäre Gesetze und erstift so gut wie alle Fortschritte. Die Linke treibt Rechtepolitik und die Rechte unterstützt insgedessen die Linke. Es ist nun allen freigeistlichen Mitgliedern klar, daß der Ministerwechsel vom 23. Juli 1901 nicht die demokratische Politik gebracht hat, für welche die große Mehrzahl der Bevölkerung dreißig Jahre lang gekämpft hat, sondern im Gegenteil einen neuen Vergleich mit den alten Mächtigen. Die Socialdemokratie hat im vollsten Maße recht behalten in der Kritik, die sie übte, sobald die undemokratischen Tendenzen des Ministeriums sich zeigten, und die im selben Grade schärfer wurde, wie sich diese Tendenzen verschlimmerten.“

Hieran schließt sich eine Kritik der verschiedenen reaktionären Thesen und der Unterlassungssünden des Ministeriums, wie z. B. die Erhöhung des Militäretats von 19 auf 28 Millionen Kronen, ein direkter Widerspruch zu der liberalen Programmforderung „Herabsetzung der Militärausgaben“, der ein der Linken angehörendes Finanzauschussmitglied zu den Worten: „Wir sind betrogen und genarrt von diesem Minister“ veranlaßt; dann die neuen Steuergesetze, die den Großgrundbesitzern zum Vorteil, den Kleinbauern und Arbeitermännern zum Schaden gereichen und jetzt, wo man ihre Wirkung spürt, in Land und Stadt Entrüstung hervorrufen; ferner der Mangel an ernstem Willen beim Ministerium zur Durchführung des allgemeinen kommunalen Wahlrechts, des Ehestandsgesetzes, der Gerichtsreform, wofür das Ministerium nicht gethan hat, um den Widerstand des Landstings zu brechen; und schließlich als Krone der Reaktion das Brügelgesetz. — „Laßt uns so arbeiten“, sagt das Manifest weiter, „daß aus den nächsten Wahlen ein Folkething hervorgeht, das unter keinen Umständen die Aufrechterhaltung der Festsitzung gutheißt, und nur ein Ministerium unterstützt, das alle Kraft auf die Durchführung des gleichen und allgemeinen Wahlrechts einsetzt.“ — Des weiteren wird zum Anschluß an die Partei aufgefordert: „Wer die Socialdemokraten und bekämpft mit uns gemeinsam den Kapitalismus, der der Hauptfeind der Bevölkerung ist, der die Lohnarbeiter in ökonomischer Abhängigkeit erhält, Kräfte, Arbeitslosigkeit und allgemeine Unzufriedenheit hervorruft, die Existenz des Mittelstandes untergräbt und das ganze Volk ausbeutet und knechtet. Seine ernsthafte politische und sociale Befreiungsarbeit ist heutzutage möglich, wenn sie nicht die Schwächung und schließlich die Abschaffung des Kapitalismus erstrebt.“ — Das Manifest schließt mit folgenden Sätzen:

„Es genügt uns nicht, daß wir mit dazu beigetragen haben, der Linken zur Macht zu verhelfen, denn wäre die Partei ihrer Vergangenheit treu geblieben, so wäre das gleichbedeutend mit der Demokratisierung von Staat und Kommune gewesen, die die Vorbedingung des Socialismus ist. Aber wenn die Linke unreu ist, so bedeutet das nur, daß die Mehrzahl der Wähler sich um so schneller direkt unserer Partei anschließen, welche auch die Mission zu erfüllen wissen wird, die der historische Verus der Linken war, gleichzeitig damit, daß wir die Lösung unserer besonderen Aufgabe: Socialisierung der Produktion, Einführung von Gesellschaftszuständen, die allen Recht auf Arbeit und auf den vollen Arbeitsvertrag gewährleisten, vorbereiten.“

Also Hand an den Pflug! Die Zeit ist da, über Dänemarks Acker und Weiden die Furchen zu ziehen. Nun wird das Volk der Sitten aufgerufen, um einträchtiglich mit dem der Reichstagsfraktion der Städte das letzte große Aufgebot im Kampfe der Gleichheit der Gegenwart zu bilden, zur Durchführung der Freiheit und Gleichheit für alle, die die Bürger von 1848 und die Bauern von 1870 nur für ihre eigene Gesellschaftsordnung durchführten.

Arbeiter, Parteigenossen, Demokraten von Land und Stadt! Auf zur Agitation unter der Fahne der Brüderlichkeit! Es lebe der Socialismus!“

Deutsche Lehrerversammlung.

Königsberg, 23. Mai. (Eig. Ber.)

Zur Deutschen Lehrerversammlung sind zahlreiche Vertreter der deutschen Volksschullehrer aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Mit den Delegierten der Zweigvereine sind insgesamt über 3000 Teilnehmer angemeldet. Die Hauptberatungen finden im „Tiergarten“ statt. Eine Reihe von Nebensitzungen sind bereits heute nachmittags vor Eröffnung der eigentlichen Lehrerversammlung statt; so tagten der Vorstand des Preussischen Lehrervereins, die engeren und weiteren Ausschüsse und die Vertreter der Deutschen Lehrerversammlung, der Lehrerverein für Naturkunde, die Freie Vereinigung für philosophische Pädagogik und die Generalversammlung der vereinigten deutschen Prüfungsausschüsse für Jugend-schriften.

Von Beschlüssen der letzteren Versammlung, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, verzeichnen wir: Die im Laufe eines Jahres

von den Prüfungsausschüssen einstimmig abgelehnten Bücher werden am Ende eines jeden Jahres in der „Jugendchriftenliste“ veröffentlicht; bei Veröffentlichung von Urteilen über Jugendchriften sollen die Urteile der unterlegenen Minorität auch in Zukunft nicht veröffentlicht werden; Bücher, die sich für das Alter unter 16 Jahren noch nicht eignen, werden nicht in das Weihnachtsverzeichnis aufgenommen; als Vorort der Jugendchriftenauschüsse wird Hamburg wiedergewählt.

Abends findet eine allgemeine Begrüßungsversammlung in der Festhalle des „Tiergartens“ statt.

Ueber die Verhandlungen am Dienstag wird vorläufig telegraphiert:

Gemäß dem gestrigen Beschlusse des geschäftsführenden Ausschusses und der Vertreter der deutschen Lehrervereine fungiert als erster Vorsitzender der Deutschen Lehrerversammlung Lehrer Clausniger-Berlin, als zweiter Oberlehrer Vades-Darmstadt, als dritter Taufstamm-Lehrer Ludloff-Königsberg. Es sind 385 gewählte Vertreter der deutschen Lehrervereine erschienen, welche 106 000 Volksschullehrer vertreten; nur Esch-Vohringen ist nicht vertreten. Am Pressetische arbeiten einige 80 Journalisten. Provinzialschulrat Geh. Rat Dr. Bode begrüßt die heutige erste Hauptversammlung im Namen des Oberpräsidenten, Ober-Regierungsrat Dr. Schaubert im Namen des durch eine Reise verhinderten Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister Körte überbrachte die Grüße der Stadt und Geh. Regierungsrat Arnulf diejenigen der hiesigen Universität. An den Kaiser gelangte ein Telegramm zur Abendung. Hierauf nahm die Versammlung die Vorträge entgegen. An erster Stelle sprach Universitätsprofessor Dr. Boffe-Königsberg über Kant, indem er die Bedeutung Kants für die Pädagogik hervorhob und die Lehrerschaft zum Festhalten an den Kantischen Lehren ermahnte. Es folgte dann der zweite und Hauptvortrag des Tages über die allgemeine Volksschule. Referent Lehrer Gutmann-München.

Mit dem Deutschen Lehrertage ist diesmal, wie eine Korrespondenz berichtet, eine Schul- und hygienische Ausstellung verbunden, die in der großen Ausstellungshalle des Königsberger Tiergartens und ihren Nebenträumen untergebracht ist und die, sowohl was ihren Umfang als auch ihre Bedeutung anlangt, der großen schulhygienischen Ausstellung des Internationalen Kongresses für Schulhygiene in Nürnberg durchaus ebenbürtig ist. Wie dort so sind auch hier die Ausstellungsobjekte in erster Linie der Gesundheitspflege in der Schule gewidmet und wie dort so haben auch hier zahlreiche deutsche Städte Pläne und Modelle ihrer neuesten Schulbauten ausgestellt, um damit ihr Interesse und ihre Fürsorge für die Volksschule darzutun. Es seien unter anderem Köln, Düsseldorf, Hannover, Augsburg, Magdeburg, Straßburg, Wiesbaden, Halle a. S., Braunschweig, Chemnitz, Danzig, Plauen i. V., Leipzig, Darmstadt und Strassburg i. E. genannt, die zum Teil wahre Schulpaläste geschaffen haben. Eine besondere Fürsorge ist den meisten dieser Schulen auch in Bezug auf die der inneren Einrichtung zu teil geworden, indem man sie mit den modernsten Schulmöbeln, in erster Linie den immer mehr bevorzugten zweiflügeligen, mit praktischen Wandtafeln, Karten, Globen, Einrichtungsgegenständen u. a. m. versah. Infolgedessen nimmt denn auch die Lehrmittel-Abteilung in der Ausstellung einen großen Raum ein. Als schönsten Schultafeln stellt unter anderem die Firma Voigtländer in Leipzig ihre bekannten Karlsruher Künstlerbund-Steinzeichnungen aus, während eine ganze Anzahl Lehrer als Aussteller praktischer Rechenmaschinen, Mineralien-, Insektenansammlungen, Aquarien usw. in Betracht kommt. Auch kleine Reformvorschläge in Bezug auf das Tintenfaß, die Schulkreide usw. werden an der Hand zahlreicher praktischer Erfindungen gemacht. Viel Interesse erregen ferner die Döckerischen und Brümmerischen Schulbaracken, die namentlich für das platte Land immer mehr an Bedeutung gewinnen, da ihre Verwendung in materieller wie hygienischer Beziehung für die Landgemeinden sehr profitabel ist. Ein breiter Raum ist schließlich den Nebenbeschäftigungen der Schulkinder, dem Turnwesen, dem Sport und der Fürsorge für schwachbegabte oder mit Sinnstörungen und Fehlern behafteten Schülern auf der sehenswerten Ausstellung eingeräumt. Der Besuch derselben seitens der auswärtigen Lehrer ist fortgesetzt ein starker.

5. Internationaler Handschuhmacher-Kongreß.

Stuttgart, 22. Mai 1904.

Die Organisationen der Handschuhmachergehilfen sind zu einem internationalen Bund vereinigt, der im Jahre 1892 in Brüssel auf Anregung der dortigen Föderation gegründet wurde. Der Leitung des Bundes fiel die Aufgabe zu, die einzelnen Organisationen einander näher zu bringen, deren gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen in die Wege zu leiten, eine internationale Statistik über die Lage der Berufsangehörigen aufzunehmen und zu veröffentlichen. An die Spitze der „Internationalen Vereinigung“, welche Bezeichnung der Bund heute führt, wurde ein besoldeter Sekretär gestellt, welcher unter der Aufsicht eines Exekutivkomitees die Bundesgeschäfte leitete und für die romanischen Organisationen das Fachblatt „Le Gantier“ herauszugeben hatte. Als Sitz des Bundes wurde Brüssel bestimmt, wo er sich zur Zeit noch befindet.

Die Tätigkeit des Exekutivkomitees hat wenig Befriedigung hervorgerufen, wie überhaupt die ganze Internationale Vereinigung wenig zur Ausbreitung der Organisation unter den Handschuhmachergehilfen beitragen konnte. Schließlich war es im Jahre 1898 Deutschland, das auf dem 4. internationalen Handschuhmacherkongreß in Zürich die Aufhebung der besoldeten Sekretärstelle und die Verlegung des „Gantier“ von Brüssel nach Paris beantragte. Gegen das damalige Exekutivkomitee herrschte eine allgemeine Mißstimmung. Der Sekretär selbst blieb dem Kongreß fern, er verteilte jede Nachricht und behielt das vorhandene Bundesvermögen und Inventar in seinem Besitz. Alle Verhandlungen um Herausgabe waren vergeblich, so daß dieses heute noch in Händen des ehemaligen Sekretärs E. Grange ist. Der Genannte wurde für sein Verhalten im „Handschuhmacher“, dem Verbandsorgan Deutschlands, und im „Gantier“ hart aber berechtigt angegriffen; die Folge davon war aber nur, daß Grange gegen den Redakteur des „Gantier“ eine Klage wegen Beleidigung anstregte, die dazu führte, daß der Verleger wegen formeller Beleidigung zur Bezahlung der Prozeßkosten und einer Geldbuße von 1000 Franc an Grange verurteilt wurde; eine Intervention bei der belgischen Arbeiterpartei, der Grange angehört, hatte ebenfalls keinen Erfolg. Dieser Vorgang muß mit hier erwähnt werden, weil er den Kongreß eingehend beschäftigt wird. Als nämlich Grange den Prozeß zu seinen Gunsten durchgeführt hatte, fühlte sich das gesamte Exekutivkomitee von vor 1895 ebenfalls durch den „Gantier“ beleidigt und reichte dasselbe Klage gegen den Redakteur und den jetzigen internationalen Sekretär Wardall-Brüssel ein. Diese Prozesse haben bereits eine hohe Summe Geldes verschlungen, die weder das persönliche noch das sachliche Streitobjekt wert ist. Der gegenwärtige Kongreß wird sich vornehmlich mit der Niederlegung dieser Prozesse zu beschäftigen haben. Jedenfalls steht dieser Fall einzig in der internationalen Arbeiterbewegung da.

Eine schlimmere Folge als der Verlust des Bundesvermögens ist die unter den Brüsseler Gehilfen durch Grange und Genossen nach ihrer Abetzung mit Absicht herbeigeführte Zerspaltung.

Der Sekretär Wardall konnte beim besten Willen keine wirkungsvolle Tätigkeit für die internationale Vereinigung entfalten. In Brüssel Uneinigkeit unter den Berufsgenossen, in den übrigen Ländern eine mehrere Jahre anhaltende außerordentlich schlechte Konjunktur der Industrie.

In Frankreich, der Wiege der Handschuhindustrie, steht die Organisation auf schwachen Füßen. Grenoble, das allein fast soviel Gehilfen aufweist als im ganzen Deutschen Reich beschäftigt werden, hat gar keine Organisation, und in den übrigen Industrieorten Frankreichs sind die Vereine nicht sonder-

Nach Widerstandsfähigkeit; der Beitrag beläuft sich auf 0,50 bis 1 Fr. monatlich. Der Geist der französischen Arbeiter ist revolutionär, sie wollen immer ihr Blut vergießen, aber Geld opfern, das scheint ihnen weniger nützlich. So äußert sich der Redakteur des „Gantier“, Verhaert, ein der Arbeiterklasse treu ergebener Genosse. Trotz seinem Eifer, seinem unausgesetzten Drängen, kann er den Organisationsgedanken bei den Handschuhmachern Frankreichs nur mühsam vorwärts bringen. Wehmüthig liegen die Dinge in Italien. Insgesamt dürften in Europa ca. 15 000 Handschuhmacher vorhanden sein. Organisiert sind in den romanischen Ländern, einschließlich Luxemburg, ungefähr 40 Proz., in Oesterreich 20 Proz., in Skandinavien und Deutschland dagegen rund 80 Prozent der männlichen Berufsge nossen. Außer dem „Gantier“ besteht noch das deutsche Verbandsorgan „Der Handschuhmacher“ (Stuttgart), und für den österreichischen Verband das „Fackelblatt“ (Wien). Für die internationale Vereinigung wurde früher ein fester Beitrag von den einzelnen Verbänden erhoben. Deutschland hatte bis 1898 19 000 M. für internationale Zwecke aufgebracht und trägt auch jetzt vermöge seiner größeren Mitgliederzahl den Löwenanteil zu den Unkosten bei. Statt dem festen Beitrag werden gegenwärtig nur noch die direkten Unkosten im Verhältnis zur Mitgliederzahl von den Organisationen gedeckt. Frankreich, das nicht im Stande ist, den „Gantier“ aus eignen Mitteln zu halten, bekommt von der Internationalen Vereinigung einen entsprechenden Zuschuß. Die Passivität des jetzigen Sekretariats in Brüssel hat Deutschland veranlaßt, die Abhaltung des Kongresses, der heute seine Verhandlungen beginnt, zu beantragen. Deutschland fordert die Sitzverlegung des Sekretariats nach Deutschland, während die französischen Vereine — es besteht dort kein Centralverband — die Verlegung nach Paris wünschen.

Aus Industrie und Handel.

Aus der Baumwollindustrie. Der erste internationale Kongreß der Baumwollindustriellen trat heute in Zürich in seine Verhandlungen ein und nahm die Berichte der Vertreter Deutschlands, Englands, Frankreichs, Portugals, Italiens, Belgiens und Australiens über die Bestrebungen für die Ausbreitung der Baumwollkultur entgegen. Im Anschluß daran stimmte der Kongreß einer Resolution zu, welche die Notwendigkeit internationaler Organisation betont. Ueber den Stand der deutschkolonialen Baumwollunternehmungen des Kolonialwirtschaftlichen Komitees in Berlin erstattete Th. Wilsens Bericht, der ausführte, es sei eine erhebliche Ausbreitung der Baumwollkultur in Togo und Ostafrika durch Ausfuhrung der geplanten Bahnbauten zu erwarten.

E. S. Koehl und C. S. Koehls Fabrik. Die Folgen der noblen Passionen des Herrn Alphon Koehl, speziell seiner galanten Liebesaffären, haben heute, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, die Inhaber beider obigen Firmen dazu gezwungen, die Eröffnung des Konkurses zu beantragen. Auf die Meldung von der bevorstehenden Konkursanmeldung wurden noch Wechsel über den Betrag von 210 000 M. vorgewiesen, sodas der Gesamtbetrag der auf die Firmen gezogenen Wechsel sich nunmehr auf 1 010 000 M. beläuft. Die Firmeneinhaber rechnen damit, daß noch weitere Verpflichtungen, die Alphon Koehl für die Firmen eingegangen hat, zum Vorschein kommen werden.

Deutsche Roheisenproduktion. Auch im Aprilmonat hat die Roheisenzeugung wieder zugenommen. Nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betrug die Produktion an Roheisen in Deutschland, einschließlich Luxemburg, im Monat April 833 298 Tonnen gegen 824 452 Tonnen im April 1903; die Gesamtproduktion an Roheisen vom Jahresbeginn bis Ende April belief sich auf 3 295 151 Tonnen (1903: 3 215 474 Tonnen).

Der deutsche Stahlwerks-Berband hat, nachdem seine Versuche, mit den englischen Stahlwerken zu einer Verständigung zu gelangen, gescheitert sind, seine englischen Vertreter zur Abschließung einer Art Kartellverbandes veranlaßt, damit wenigstens diese sich nicht auf dem englischen Markt unterbieten. Die Londoner Hochzeitung „Ironmonger“ berichtet darüber: Der von den englischen Vertretern der deutschen Werke, die in dem Stahlwerks-Berband vereinigt sind, ausgearbeitete Plan für die Verkaufsenten in England liegt jetzt dem Stahlwerks-Berband zur Genehmigung vor. Man nimmt an, daß er mit wenigen Veränderungen angenommen wird. Es ist für die Verkaufsenten eine Aktiengesellschaft geplant, deren ganzes Kapital von den Agenten aufgebracht wird. Die bisherigen Agenten der Werke waren: Carlstedt u. Putschelow (Hörder Verein), S. Dick (de Wendel), Otto Goffel (Dornmunder Union), S. u. G. Roemig (Bochumer Verein), Korten (Phönix), Ed. Lomen (Moesling), Aug. Reichwald (Krupp), Cecil Sanders (Dudley), W. E. Bellington u. Co. (Thyssen), S. Wedekind (Gutehoffnungshütte), Gebr. Witting (Mehring'sche Stahlwerke), Rudolf Wolf, Krueger u. Co. (Zülfeder Hütte), Zeig u. Co. (Vurbaeh).

Saatensand in Bayern. Nach dem amtlichen bayerischen Saatensandbericht für Mitte Mai ist der Stand der Wintersaaten durchweg gut, zum Teil sehr gut. Besonders stehen der Winterweizen und der Winterroggen, Acker, Luzerne und Wiesengras günstig.

Stand der Wintersaaten in Rußland. Nach den Nachrichten in Rußland kann in dessen mittleren Gouvernements der Stand des Wintergetreides im ganzen „über mittel“ genannt werden. Einen guten Saatensand weisen auf die Gouvernements Orel, Tambow, der größte Teil des Gouvernements Saratow, ferner einzelne Gegenden der Gouvernements Njasen, Kaluga, Simbirsk und Pskow, Nowo, Wlma, zum Teil die baltischen und die Weichselgouvernements. Unbefriedigend ist der Stand der Wintersaaten in den Gouvernements Tschernigow, Staratow, ferner in dem südlichen und südöstlichen Aulda, Orel und Tambow. In den übrigen Gegenden ist der Stand der Wintersaaten befriedigend.

Die neue japanische Kriegsanleihe. Etwas spät fällt endlich die japanische Regierung sich veranlaßt, das Land amtlich von der Aufnahme einer neuen Kriegsanleihe zu unterrichten. Die kaiserlich japanische Regierung, heißt es in dieser Ankündigung, „hat zum Zweck der Aufbringung der Kriegskosten den Betrag von 100 Millionen Yen Schatzscheine emittiert, rückzahlbar nach sieben Jahren. Der Zinssatz ist auf 5 Proz. und der Emissionspreis auf 92 Yen festgesetzt. Der Totalbetrag der emittierten Schatzscheine, nämlich 100 Millionen Yen der früheren internen Anleihe im Februar 1904, ferner die äußere Anleihe von 10 Millionen Pfund Sterling, welche in London im Mai emittiert wurde, und die jetzige Anleihe wird zusammen ungefähr 300 Millionen Yen ausmachen. Dieser Betrag zusammen mit dem Erträgnis der Kriegsteuern, die im März 1904 durch das Parlament bewilligt wurden, und deren Einziehung sich erfolgreich vollzieht, wird in ausgiebiger Weise die Mittel zur Führung des Krieges liefern. Man erwartet, daß die neu aufgelegte Anleihe voll gezeichnet wird.“

Lange werden diese neuen Mittel sicherlich nicht vorhalten.

Ueber den Rückgang der amerikanischen Eisenproduktion unter dem Einfluß der Krise wird dem „Börsen-Courier“ aus New York geschrieben: Die offizielle Statistik der Bewegung der Hochofenprodukte für das erste Quartal des laufenden Jahres, sowie der am 31. März d. J. zu Ende gegangenen sechs Monate zeigt folgende interessante Daten: Die amerikanische Herstellung an Hochofenprodukten betrug für das erste Quartal 1904 3 713 648 Tonnen (840 048 Tonnen weniger als im entsprechenden Zeitraum 1903), die sichtbaren Hochofenprodukte zeigten in diesen drei Monaten eine Abnahme um 128 294 Tonnen. Der amerikanische Gesamtimport an Hochofenprodukten betrug 102 688 Tonnen (— 407 851 Tonnen); die Gesamtwerte stellten sich somit auf 3 944 510 Tonnen (— 1 649 247 Tonnen). Der amerikanische Export der betreffenden Produkte belief sich auf 443 570 Tonnen (— 189 106 Tonnen). Der Konsum der ersten drei Monate des laufenden Jahres betrug 3 500 934 Tonnen (— 1 281 353 Tonnen) und der 6 Monate vom 1. Oktober bis zum 31. März 1904 6 048 480 Tonnen, was gegen die entsprechende Periode des Vorjahres eine Abnahme um 2 988 255 Tonnen bedeutet.

Gewerkchaftliches.

Die „Annahmen“ der Polizei und das Streikpostenlehen. Der Streikposten E. zu Berlin hatte die Aufforderung eines Polizeibeamten, sich aus der Gegend der Fabrik zu entfernen, wo er seine Pflicht hat, nicht in vollem Umfange befolgt. Er wurde deshalb auf Grund der Straßenpolizei-Verordnung angefaßt, weil er einer zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergangenen polizeilichen Anordnung nicht gefolgt sei. Das Landgericht Berlin als Berufungsinstanz sprach ihn jedoch frei, indem es unter anderem ansah: Der Polizeivorstand des Reviers habe, weil ihm von vorgekommenen Ruhestörungen Kenntnis gegeben war, seine Beamten angewiesen, das fernere Streikpostenlehen zu verhindern. Das Gericht nahm an, daß sich diese Maßnahme gegen die Streikposten als solche richtete. Das Streikpostenlehen an sich sei aber eine gesetzlich zulässige Handlung und könne an sich nicht unterlagert werden. Darum hätte Angeklagter die Anordnung nicht beachten brauchen und müsse freigesprochen werden. Das Kammergericht gab aber der hiergegen eingelegten Revision der Staatsanwaltschaft statt, hob das Urteil des Landgerichts wieder auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Das landgerichtliche Urteil sei widerspruchsvoll. Erst werde gesagt, weil Ruhestörungen vorgekommen seien, habe der Reviervorstand geboten, den Aufenthalt von Streikposten an fraglicher Stelle zu verhindern. Unter solchen Umständen läge nun aber nach Ansicht des Kammergerichts zweifellos in der Begreifung der Streikposten eine verletzende Anordnung vor, und die Streikposten hätten folgen müssen. Denn wenn Ruhestörungen vorgekommen seien, oder wenn „angenommen“ werde, daß solche vorgekommen sind, dann habe die Polizei das Recht, an jener Stelle das weitere Streikpostenlehen zu verbieten. In solchem Fall handele es sich um eine zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlicher Straße ergangenen polizeilichen Anordnung. Obgleich nun das Landgericht von vorgekommenen Ruhestörungen spreche, komme es doch zu dem Schluß, daß die polizeiliche Anordnung sich gegen das Streikpostenlehen an sich richtete, und es komme so zur Freisprechung. Diese Widersprüche müßten zur Aufhebung des Urteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Landgericht führen.

Berlin und Umgegend.

Zum Streik der Werkstättenarbeiter der Großen Berliner. Die unterzeichneten Organisationen geben hiermit der weiteren Öffentlichkeit bekannt: Mittwoch, den 25. Mai cr., nachmittags 4 Uhr, findet eine Versammlung der streikenden Werkstätten- und Bahnhofsarbeiter der Großen Berliner Straßenbahn mit ihren Frauen im Lokale Brauerei Friedrichshain statt. Der 25. Mai ist von der Direktion als der Tag bezeichnet, den der Streik nicht überdauern darf. Die Direktion hat bekannt gegeben, wer nach dem 25. Mai zur Arbeit nicht zurückkehrt, gilt als entlassen. Da nun die Feiertage vorbei sind, hält es die Streikleitung für ihre Pflicht, sich auch an die Frauen der Streikenden sowie an die Öffentlichkeit zu wenden.

Für den Gewerbeverein S.-O.: J. Krabert.
Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.
Karl Biesenhal.
Centralverband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen,
Verwaltung der Jahnhalle Berlin. W. Siering.
Deutscher Metallarbeiter-Gewerkschaft. R. Fedler.
Deutscher Holzarbeiter-Verband. Th. Glode.

Die gestrige Versammlung der Ausständigen war wieder vollzählig besetzt. Weiterleit erregte ein Anschlag der Direktion, worin sie bekannt gab, daß in Anbetracht der vielen (?) vorgekommenen Arbeitswilligen am gestrigen Tage niemand der sich meldenden streikenden Arbeiter eingestellt werden könne. Die Streikenden erwiderten in dem Anschläge nichts weiter, wie einen gewöhnlichen Unternehmerrücktritt, mit dem der Anschlag erdwert werden sollte, als ständen Arbeitskräfte im Ueberschuß zur Verfügung, während es in Wirklichkeit ganz anders aussieht. Eine gebührende Kritik fand auch die von der „arbeiterfreundlichen“ Direktion bewerkstelligte Ausgabe von schwarzen Listen an die Arbeitnehmer. Beschlossen wurde, den Streik mit Energie fortzusetzen und zum heutigen Mittwoch eine große öffentliche Versammlung der Werkstättenarbeiter nach der Brauerei Friedrichshain einzuberufen, um die weitere Stellungnahme zum Ausstand festzulegen.

Die Parkettbodenleger nahmen in ihrer gestrigen Versammlung abermals Stellung zu dem Angebot der Arbeitgeber, das dahin ging, den neuen Tarif nicht sofort, sondern erst zum 1. Juli in Kraft treten zu lassen. Nach lebhafter Debatte wurde sodann mit knapper Mehrheit beschlossen, den vorigen Beschluß betreffend Durchsetzung der sofortigen Wirksamkeit des Tarifs zu annullieren und sich mit dem Vorschlage der Unternehmer, den 1. Juli als Anfangstermin des Tarifs gelten zu lassen, einverstanden zu erklären. Jedoch soll die Arbeit nur bei den Firmen wieder aufgenommen werden, die diesen Termin nun auch ausdrücklich anerkennen.

Deutsches Reich.

Die Bauhandwerker Würzburgs hielten am Freitag abermals eine Versammlung ab, um über ihre an die Unternehmer gerichteten Forderungen zu berichten. Diese betreffen hauptsächlich in der Herbeiführung der zehnstündigen Arbeitszeit und Gewährung eines Stundenlohnes von 40 Pf. Die Unternehmer haben bis jetzt noch nicht das geringste Lebenszeichen auf die an sie gestellten Forderungen von sich gegeben. Wie es heißt, wollen sie, falls es zum Streik kommt, Italiener einstellen. Bis zum 28. Mai müssen sich die Unternehmer entscheiden. — Auch die Maler- und Anstreichergehilfen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre an die Meister gerichteten Hauptforderungen sind: Beseitigung der Ueberstunden, Erhöhung der feineren oder jetzigen Löhne um 4 Pf. pro Stunde, so daß Gesellen unter 20 Jahren nicht unter 40 Pf., Gesellen über 20 Jahre nicht unter 48 Pf. pro Stunde entlohnt werden.

Zum Bierbockst in Hamburg. Die Verhandlungen der streikenden Brauerei-Arbeiter mit dem Versicherungs-Verein der Brauereien, die am Sonnabend stattfanden, sind resultatlos verlaufen, indem die Vertreter der Brauereien auf Annahme des am Freitagabend von der Plenarversammlung des Versicherungsverbandes gestellten Ultimatums bestanden, dessen Anerkennung eine bedingungslose Unterwerfung der Brauerei-Arbeiter unter die Fuziel der Brauereikapitalisten bedeuten würde. Der vollständig vom Schwärmergeiste besetzte Versicherungsverband verlangt, ganz abgesehen von den sonstigen Differenzpunkten, nichts weniger als die Anerkennung des neuen, in dem Bureau der Marienhaler Brauerei am Adolphsplatz etablierten Arbeitsnachweises, des dritten „Kraientamps“, wie er in der letzten Kartellversammlung genannt wurde, und die Einstellung der ausständigen Brauerei-Arbeiter nach Bedarf. Aus der Stellungnahme der Brauereien geht klar hervor, daß es ihnen von Hause aus darum zu thun war, den in zehnjährigem Kampfe mit den Vierkapitalisten errungenen Arbeitsnachweis der Brauerei zu vernichten und an dessen Stelle der Gesamtarbeiterchaft der Brauereien ein Zwang-Itzi zu oktroyieren.

Ausland.

Die Arbeiter der New York-New-Jersey-Hartford-Eisenbahn sind ausständig geworden. Mehrere tausend Angehörige verwandter Berufsstände, darunter 8000 Angehörige von New York, drohen, um ihrer Sympathie für die Ausständigen Ausdruck zu geben, ebenfalls mit dem Ausstand. Der Sonderwagen des Präsidenten Roosevelt mußte einen großen Umweg machen, um nach Groton (Massachusetts) zu gelangen, wo der Sohn Theodor des Präsidenten die Schule besucht.

Die Diamantarbeiter von Antwerpen, die sich 15 Wochen im Streik befinden, hielten am Pfingstsonntag eine große Versammlung

ab, um den Verächtern entgegenzutreten, daß ihre Frauen des Streiks mißde seien. Von 475 Frauen hätten 464 für die Aufrechterhaltung des Streiks gestimmt.

Wiener Bauarbeiterstreik. Eine vorgestrigte Versammlung von 10 000 Bauarbeitern beschloß die Aufrechterhaltung familiärer Forderungen und die Herbeiführung neuer partieller Streiks.

Soziales.

Die Leipziger Distriktdärzte haben sich in einer Versammlung mit dem Stande der Kassenarzfrage beschäftigt und einstimmig beschlossen:

„Die Generalversammlung der neuen Kassenärzte hält unbedinglich an ihrem unter dem Schutze der Gesetzgebenden Vertretungen mit der Ortsklasse fest und verpflichtet sich, auf eine Umwandlung oder Abänderung ihrer Verträge nicht einzugehen.“

Bei der Gewerbeprüfungswahl in Langenbuelau wurden die Kandidaten des Gewerkschaftskartells bei starker Wahlbeteiligung ohne Gegenkandidaten gewählt.

Aus der Frauenbewegung.

Ober-Schöneeweide. Der Bildungsberein für Frauen und Mädchen zu Ober-Schöneeweide hielt am 16. Mai eine außerordentliche Generalversammlung ab. Fräulein Ida Altman gab einen kurzen Ueberblick über die Stellung der Frau in der Arbeit, im Mittelalter und in der Gegenwart. In der Diskussion erwähnte Frau Haase die Mitglieder, sich an den heutigen Bildungsbereitungen rege zu beteiligen; das erfordert ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft sowie auch als Mutter und Erzieherin ihrer Kinder. Hierauf erfolgten die Wahlen der ersten und zweiten Vorsitzenden. Als erste Vorsitzende wurde Frau Haase, als zweite Frau Stahlberg gewählt. Die nächste Versammlung wird noch bekannt gegeben.

Verfammlungen.

Ladierer. Mittwoch, den 18. d. Mis., hielt die Ladierer-Sektion der Filiale Berlin der Vereinigung der Maler usw. ihre Monatsversammlung ab. In derselben hielt zunächst Genosse Graf Engelbert einen Vortrag über japanische Kultur. Alsdann führte Hoefs betreffs des Bäderstreiks aus, daß es nicht mehr möglich gewesen sei, die heutige Versammlung zu Gunsten der an demselben Tage stattfindenden Protestversammlungen abzusagen. Er schilderte die schlechte Lage der Bäder und wie dieselben durch das Behalten der Zimmungen zum Ausstand getrieben worden sind. Jeder organisierte Arbeiter müsse die Bäder in ihrem Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen unterstützen. Eine Resolution, in welcher die Ladierer den streikenden Bädern ihre volle Sympathie aussprechen und erklären, nur in Bädereien zu laufen, die bewilligt haben, fand einstimmige Annahme. — Zum Streik der Werkstättenarbeiter bei der Großen Berliner Straßenbahn gab der Vorsitzende bekannt, daß an demselben auch die dort arbeitenden Ladierer, etwa 50 an der Zahl, beteiligt seien. Leider wären jedoch nur drei oder vier Kollegen davon organisiert. Nunmehr hätten sich zwar 25 Kollegen bereit erklärt, der Sektion beizutreten und für die Unterstüzung eine Unterstüzung zu versichern, aber dieses augenblickliche Feuer würde wohl kaum vorhalten. In der Diskussion wurde denn auch den Straßenbahnern der Vorwurf gemacht, daß sie zu spät zur richtigen Einsicht gekommen seien, jedoch solle im Notfall die Organisation mit Unterstützungen eingreifen. Ein Antrag, die Ortsverwaltung zu beauftragen, beim Hauptvorstande wegen der Unterstüzung vorliegend zu werden oder aus der Ortsklasse etwas zu bewilligen, wurde einstimmig angenommen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für Tempelhof hielt am 17. d. M. im Lokale von Martin Müller seine Vereinsversammlung ab. Von dem angesagten Vortrage wurde Abstand genommen. Beschlossen wurde, die Versammlungen regelmäßig jeden Dienstag nach dem 15. eines jeden Monats stattfinden zu lassen, ferner jeden ersten Montag im Monat einen Les- und Diskutierabend stattfinden zu lassen. Als Bezirksführer für den 1. Bezirk wurde Genosse Vertram, für den 2. Bezirk Genosse Brauer gewählt. Der irrtümlich aus dem Wahlverein für Mariendorf ausgeschlossene Genosse Kleist wurde einstimmig in den Wahlverein aufgenommen, da die Ausschließungsgründe für null und nichtig erklärt wurden und die ganze Sache von einer Privatfahse herrührt. Nachdem Genosse Triel die Genossen aufgefordert hatte, für einen regeren Versammlungsbesuch zu sorgen und die Bäder in ihrem Kampfe zu unterstützen, schloß der Vorsitzende mit einem kräftigen Hoch auf die Sozialdemokratie die Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 24. Mai. (B. G.) Ein schweres Verbrechen wurde in einem neu erbauten Hause der Trojanstraße ausgeführt. Das Dienstmädchen einer dort wohnenden Herrschaft, namens Margarethe Kurt, wurde in ihrer Kammer auf gräßliche Weise ermordet. Sie war an Händen und Füßen gebunden und mit einer zusammengefallenen Schürze im Rande an das Bett gebunden tot aufgefunden worden. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 500 M. ausgesetzt.

Wien, 24. Mai. (B. Z. B.) Wie die „Wiener Abendpost“ mitteilt, hat das Justizministerium einen umfassenden Erlaß über die Abforderung, besondere Behandlung, Arbeit und Verordnung tuberkulöser und tuberkulose verdächtiger Sträflinge an die Oberlandesgerichts-Präsidenten und Oberlandesamtspräsidenten veröffentlicht. In demselben wird eine Reihe besonderer Anordnungen vorgesehn, welche den Zwecken einer wirksamen Bekämpfung der Tuberkulose auch in den Gefängnissen dienen sollen.

Wien, 24. Mai. (B. Z. B.) Der große Ausschuß der Bau- und Steinmetzmeister-Genossenschaft beschloß heute, in Folge des gestern gefaßten Beschlusses der Bauarbeiter, in den partiellen Streik zu treten, einstimmig, an sämtlichen Bauten am 28. d. M. die Arbeiter zu entlassen.

Lissa, 24. Mai. (B. G.) Heute früh 7 Uhr zeigten die Instrumente der hiesigen Erdbebenwarte ein Erdbeben. Es begann um 6 Uhr 8 Minuten 44 Sekunden und dauerte mehrere Sekunden.

Bern, 24. Mai. (B. Z. B.) Durch eine amtlichen Mitteilung des eidgenössischen Handelsdepartements sind die schweizerisch-italienischen Handelsvertrags-Verhandlungen in Rom suspendiert worden.

Sofia, 24. Mai. (B. G.) Heute früh 8 Uhr wurde hier ein mehrere Sekunden dauerndes Erdbeben verspürt. Der Stoß ging in nordöstlicher Richtung.

Irakel, 24. Mai. (B. Z. B.) Auf dem Balkan beginnt das Eis aufzubrechen.

Babus, 24. Mai. (B. G.) Zwischen hier und Treviso wütete gestern ein furchtbarer Orkan. In Campo Sanpietro wurden 20 Häuser zerstört, 30 Personen wurden verumdet, alle Kulturen vernichtet. Auch an anderen Orten sind Häuser eingestürzt.

Lissia, 24. Mai. (B. Z. B.) General Kurski berichtet, daß eine Abteilung Infanterie am 21. Mai mit einem aus 200 Mann feindlicher Kavallerie bestehendem Detachement acht Meilen nordöstlich von Kuantien handgemein wurde. Der Feind floh in nordwestlicher Richtung und ließ 20 Tote zurück. Die Japaner hatten keine Verluste.

Montevideo, 24. Mai. (Meldung des „Reutersches Bureau.“) Der Präsident der Republik giebt einen Sieg der Regierungstruppen unter General Ramirez bekannt; es seien insgesamt 80 Mann gefallen und 200 verwundet.

Parteigenossen!

Am 31. Mai d. J. finden die Ersatzwahlen im 32. und 40. Kommunal-Wahlbezirk statt. Zu allen Schwierigkeiten, die bei jeder Nachwahl zu überwinden sind, fällt diesmal noch der Umstand erschwerend ins Gewicht, daß die Wahlen auf Grund der im vorigen Jahre aufgestellten Wählerlisten vor sich gehen. In der Zwischenzeit erfolgten zwei Umzüge, und da naturgemäß gerade die Arbeiter hierbei am stärksten beteiligt sind, ist es nicht verwunderlich, wenn in manchen Wahlbezirken bis zu 25 Proz. der Wahlberechtigten verzoogen sind, von denen ein ganzer Teil überhaupt nicht mehr aufzufinden ist. Die Folge ist, daß bei ihnen eine Agitation nicht entfaltet werden kann, wir sie also auch nicht an ihre Wahlpflicht erinnern können.

Wir richten deswegen an alle Parteigenossen die dringende Bitte, in ihren Bekanntenkreisen, bei den Arbeitskollegen usw. nachzufragen, ob jemand im Juni vorigen Jahres in den in Betracht kommenden Wahlbezirken gewohnt hat, ihn dann auf die Wahl aufmerksam zu machen und ihn an seine Wahlpflicht zu erinnern. Aus unentgeltlichem Tableau ist ersichtlich, wer hierbei in Betracht kommt.

Parteigenossen! Bei der Wichtigkeit der diesmaligen Wahl glauben wir der maßkräftigen Unterstützung der Genossen sicher zu sein. Will es doch zu zeigen, daß der sozialistische Gedanke noch immer seine alte Werbekraft hat. Im 32. Bezirk aber gilt es noch besonders, dem Urteil des Gerichtshofes, das unsern Parteigenossen Karl Leid wegen Majestätsbeleidigung auf lange Zeit ins Gefängnis brachte und ihm das Mandat nahm, das Urteil des Volkes gegenüber zu stellen. Da darf kein freizeitlebender Mann des Bezirks an der Wahlurne fehlen. Jetzt haben die Wähler das Wort. Sie haben durch ihre Beteiligung an der Wahl zu zeigen, daß der Genosse Leid nach wie vor ihr volles Vertrauen genießt, sie haben ihm, der auf lange Zeit hinter Kerlmauern die schon so fragwürdige Freiheit Preußen-Deutschlands entbehren muß, ihre vollste Sympathie darzubringen. Unsern Genossen Leid ist es leider nicht vergönnt, an dem Wahlkampfe teilzunehmen und sich persönlich an seine Wähler zu wenden; thun wir daher alle um so mehr unsere Pflicht, — das ist die einzige Gemüthsruhe, die wir ihm vorläufig bieten können.

Wir alle haben aber auch dafür zu sorgen, daß in den beiden Wahlbezirken wenigstens dieselbe Stimmenzahl für unsere beiden Kandidaten abgegeben wird wie bei der Hauptwahl, damit die Gegner — allerdings unter Verschweigung der Schwierigkeiten bei den Nachwahlen — nicht wieder behaupten können, die sozialdemokratische Stimmenzahl wäre zurückgegangen.

Somit wenden wir uns an alle Parteigenossen, ihr möglichstes zu thun, daß am 31. Mai alle Wahlberechtigten des 32. und 40. Kommunal-Wahlbezirks an der Wahlurne erscheinen und ihre Stimme für unsere Kandidaten abgeben.

Nachstehend das Tableau der beiden Bezirke:

32. Kommunal-Wahlbezirk.

Kandidat: Redakteur Karl Leid, Briesenerstr. 9.

1. Teil.

Wahllokal: Süddeutsche Brauerei, Anklamerstr. 29 umfaßt die Häuser: Anklamerstr. 10-48, Brunnenerstr. 32, 159 und 160, Fehrbellinerstr. 25-57, Briesenowstr. 1-22, Briesenauerstr. 15, Stionskirchplatz (ausschließlich Nr. 4), Stionskirchstr. 1-11 u. 46-55.

2. Teil.

Wahllokal: 80./96. Gemeindefschule, Schwedterstr. 232/234 (Turnhalle) umfaßt die Häuser: Bernauerstr. 50, Crenmenerstr. 1-7 und 9-16, Fürstenbergerstraße (ganze), Gransferstraße (ganze), Briesenowstr. 23 und 23a, Kallamien-Allee 36 und 70, Oberbergerstraße 33, Rheinsbergerstr. 30-45, Schwedterstr. 29-52 und 222-245, Stwinemünderstr. 1-10 und 118-126, Wollinerstr. 1-9 und 60-71.

3. Teil.

Wahllokal: 25./103. Gemeindefschule, Ruppinerstr. 47/48 (Turnhalle), umfaßt die Häuser: Arkonaplatz (ganze), Bernauerstr. 26, Brunnenerstr. 32-49 und 180-158, Crenmenerstr. 8, Rheinsbergerstraße 2-29 und 46-79, Ruppinerstr. 1-10 und 40-49, Schönholzerstraße (ganze), Stwinemünderstr. 11-23 und 107-117, Wollinerstraße 10-21 und 47-58.

40. Kommunal-Wahlbezirk.

Kandidat: Dr. Leo Arons, Brücken-Allee 8.

1. Teil.

Wahllokal: Meyer, Boyenstr. 12, umfaßt die Häuser: Augustahospital und Invalidenhaus, Boyenstr. 1-45, Dörschstraße (ganze), Invalidenstr. 37-49 und 84-110, Kleiserstr. 1-24, Platz am Neuen Thor (ganze), Scharnhorststr. 1-41.

2. Teil.

Wahllokal: Norddeutsche Brauerei, Chauffeeerstr. 58 (hinterer Saal), umfaßt die Häuser: Boyenstr. 49, Chauffeeerstr. 57-81, Doldorferstraße 1-8 und 88-41, Gerichstr. 10-16 und 71-78, Hochstraße 47-49, Biesenstr. 1-5a und 16-20, Neue Hochstraße 1-56, Schulzendorferstr. 9-19.

3. Teil.

Wahllokal: Milbrodt, Müllerstr. 7 (Saal) umfaßt die Häuser: Am Nordhafen 1-8, Doldorferstr. 9-37, Fennstr. 1-61, Gerichstraße 58, Kanteisstraße (von Schulzendorfer bis Rabenstraße), Lindowstraße (ganze), Müllerstr. 1-4, 6-11 und 169-185, Ketteledplatz (ganze), Nordufer (von der Ringbahn bis zum Nordhafen), Rabenstraße (ganze), Reiniandorferstr. 1-8 und 92-70, Schulzendorferstr. 1-8 und 20-27, Sellenstraße (ganze), Tegelestraße 1-7 und 55-58, Weddingplatz (ganze).

Wir bitten alle Parteigenossen, welche sich am Wahltag den ganzen Tag zur Verfügung stellen können, morgens 8 Uhr in nachbezeichneten Wahlbüreaus anwesend zu sein. Außerdem ersuchen wir alle Parteigenossen, die sich nicht den ganzen Tag frei machen können, sich wenigstens am Nachmittag den Büreaus zur Verfügung zu stellen, um die säumigen Wähler noch einmal an ihre Pflicht zu erinnern.

Wahlbüreaus der Partei im 32. Bezirk:

- 1. Teil bei Stadler, Anklamerstr. 22 (Amt III, 5092)
2. " " Bessen, Crenmenerstr. 1.
3. " " Rosin, Ruppinerstr. 42.

Wahlbüreaus der Partei im 40. Bezirk:

- 1. Teil bei Dialscha, Boyenstr. 40.
2. " " Bleg, Pflanzstr. 8.
3. " " Krause, Müllerstr. 7a.

Mit Parteigrüß

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

15. Generalversammlung des Verbandes deutscher Bergarbeiter.

Vom 22. bis 25. Mai in Stadthagen.

Erster Verhandlungstag.

Freitag, den 22. Mai um 11 Uhr tritt die Generalversammlung im Saale des „Schaumburger Hof“ zusammen. Der Verbandsvorsitzende Reichstags-Abgeordneter Sachsse eröffnet den Kongress, indem er die Delegierten im Namen des Verbandes und der Schaumburg-Lippischen Kollegen willkommen heißt. Er widmet dann dem verstorbenen Expedienten der „Bergarbeiter-Zeitung“, Gladeberg, einen warm empfundenen Nachruf. Ferner teilt der Vorsitzende mit, daß der seit langer Zeit nebenher als Kassierer des Verbandes, Meyer, sich so weit erholt hat, daß er an der Generalversammlung teilnehmen kann. Er wird herzlich willkommen geheißen.

Von der Union der Bergarbeiter Deutschlands ist folgendes Begrüßungstelegramm eingelaufen: Wir wünschen unsern Brüdern zu den Verhandlungen besten Erfolg. Möge der Verband Tausende neuer Kämpfer gewinnen: Uns zum Ruh, unsern Feinden zum Trug. Der Vorsitzende der östereichischen Bergarbeiter-Union Franz Ebert ist auf der Generalversammlung erschienen und begrüßt sie mit folgender Ansprache: Ich kann Ihnen versichern, daß wir uns über den Fortschritt Ihres Verbandes von Herzen freuen. Auch uns ist es endlich gelungen, eine Centralorganisation zu gründen. (Bravo!) Sie ist jetzt sechs Monate in voller Tätigkeit, hat aber mit den allergrößten Schwierigkeiten zu kämpfen. Ihre Mitglieder sprechen nicht weniger als fünf Sprachen, in unserer Zahlstelle in Istrien sind mehr als die Hälfte der 500 Mitglieder Analphabeten. (Hört! hört!) Trotzdem haben wir die Bruchstücke der früheren Organisationen in ein Ganzes zusammengeschmiebet und mehr als 3000 Mitglieder gewonnen, so daß wir jetzt mit einem Mitgliederbestand von 10 000 rechnen können. (Lebhafter Bravo!)

Nach Festsetzung der Geschäftsordnung, nach der über alle Anträge, auch über solche auf Statutenänderung, mit einfacher Majorität entschieden werden soll, erhält zum Vorstandsbericht für 1903 Verbandsvorsitzender Sachsse das Wort. Er verweist auf den in der „Bergarbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Jahresbericht, der auch dem Kongress als starke Broschüre von 70 Seiten vorliegt. Nach dem Bericht ist für den Verband so günstig gewesen wie das verfloßene; hatte er im Jahre 1902 noch schon einen Mitgliederzuwachs von ca. 10 000, so beträgt dieser im Geschäftsjahre 1903 gleich 20 700, und in den ersten vier Monaten des Jahres 1904 ist der Verband bereits wieder — trotz der Beitragserhöhung — um 5575 Mitglieder gewachsen. (Lebhafter Beifall.) Ueber die unmittelbare Wirkung der Beitragserhöhung hat der Vorstand ein Rundschreiben mit der Frage verschickt: „Ob und wieviel Mitglieder sind wegen der Beitragserhöhung seit ihrem Inkrafttreten aus dem Verband ausgeschieden?“ Die ermittelte Zahl von 1007 sei bei einer Mitgliederzahl von 70 000 gewiß gering. In den Bescheiden über die Geschäftsführung lehren zwei regelmäßig wieder, aber die Nichterrichtung von Unterrichtskursen und den Mangel an Referenten. — Die Bemühungen des Vorstandes, Unterrichtskurse zu gewinnen, seien leider nur in sehr geringem Maße erfolgreich gewesen. Die beiden Kassierer, Horn und Böhm, hätten, wie schon früher in Jwidau, dieses Jahr in Pöck und Essen Buchführungskurse abgehalten, ein dritter in Mühlheim habe eben begonnen. Ueber die anderen vorgeschlagenen Gegenstände sei nur ein einziger Kurzus zu stande gekommen, den Genosse Rechtsanwalt Heine in Dortmund über Aufgaben und Pflichten der Berggewerkschafts-Mitglieder abgehalten habe. — Referenten seien für über 100 Versammlungen besorgt worden. Der Hauptvorstand ist trotz Einstellung zweier neuer Kräfte stark überlastet; haben sich doch mehr als 100 neue Zahlstellen im laufenden Jahre gebildet.

Den Kassenbericht erstattet Horn: Der Erwerb des eignen Grundstücks wie der Bau einer eignen Druckerei hätten eine Abtrennung der Finanzen dieser Unternehmungen von der allgemeinen Verbandskasse notwendig gemacht. Die für diese Zwecke begründete offene Handelsgesellschaft habe ein Kapital von 74 000 M., das in der Verbandskasse als Ausgabe gebucht sei. In den vier Monaten des neuen Jahres ergebe die Bilanz einen Ueberschuß von 58 000 M., obwohl nur die Einnahmen von drei Monaten verrechnet seien und noch viele Restanten vorhanden wären. Insgesamt habe der Verband seit vorigem Jahre sein Vermögen um 250 000 M. vermehrt. Es beträgt jetzt über eine halbe Million Mark. Wenn der Verband weiter so wächst, wird bald ein Mangel an tüchtigen Kräften sich in den Zahlstellen wie in der Centralverwaltung fühlbar machen. Deshalb müssen wir in Bezirks- und Revierkonferenzen die Kameraden viel gründlicher im Verwaltungsfach ausbilden. Der Verband ist zu groß geworden (Woh!), um alles von einer Centralstelle aus bewältigen zu können. (Heiterkeit.) Nicht nur für die Agitation, auch für die Verwaltung werden wir Haupt-, Bezirks- und Revierleiter anstellen müssen.

Gimmermann und Wolorny ergänzen diesen Bericht für das Zweigbüreau Jwidau. Sie sprechen mit dem Vorredner den Wunsch nach rascherem Eingang der Abrechnungen aus. Das Zweigbüreau habe 96 000 M., 30 000 M. mehr als im Vorjahre, vereinnahmt, 20 neue Zahlstellen begründet und löste für das nächste Jahr nur einen gleichen Fortschritt wünschen. Danach tritt die Mittagspause ein.

Mittags-Sitzung.

Eine Reihe von Begrüßungs-Telegrammen, u. a. aus Sentenberg, Hohenberg, Schedenitz, Jwidau sind eingelaufen und werden mit Beifall aufgenommen.

Für den Kontroll-Ausschuß berichtet Götte. Bei 21 Revisionen der Hauptkasse hat sich nichts Tadelnswertes gezeigt. Die eingelaufenen sechs Bescheiden sind zur Vertheidigung gerechtfertigt worden. Gingen gegen die Verwaltungen der Zahlstellen oft nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe; dadurch sind dem Vorstand schwere Arbeitslosigkeiten entstanden. Als zweiter Referent des Kontroll-Ausschusses teilt Schreiter mit, daß auch bei der Firma Hausmann u. Co. und im Zweigbüreau Jwidau vorgeschlagene Revisionen vollständige Ordnung und Richtigkeit der Kasse ergeben hätten.

Danach tritt die Generalversammlung in die allgemeine Besprechung der Berichte ein, die auch die des gedruckten Jahresberichts umfaßt. Dieser zerfällt in einen allgemeinen Teil, der die wirtschaftlichen Verhältnisse im Bergbau, insbesondere der Bergarbeiter, darstellt, und in den besonderen Teil über den Verband und dessen Angelegenheiten. In der „allgemeinen wirtschaftlichen Uebersicht“ wird hervorgehoben, daß die Besserung der wirtschaftlichen Lage bedeutende Fortschritte gemacht habe, daß aber infolge des russisch-japanischen Krieges und ganz besonders infolge der Syndikatspolitik allgemeine Unsicherheit die Signatur der Wirtschaftslage sei. Die Produktion und ihr Wert ist im vergangenen Jahr allgemein gestiegen. Aber während die Unternehmungen ständig gestiegen sind, die 19 größten Bergwerksgesellschaften 30 Proz. Dividenden zahlen und 25 Proz. aller Unternehmungen mehr als 14 Proz. im Jahre abwerfen (noch im Vorjahre 15), ist der Arbeitslohn ständig gesunken. Jetzt droht ihm wie der gesamten deutschen Produktion durch die Politik der Syndikats eine neue, außerordentlich große Gefahr. Der Bericht erwähnt dann die neuesten „Wohlthaten des gemeinnützigen Wirkens der Syndikats“, die Monopolisierung des Kohlenhandels durch das Kohlencomptoir, und vor allem die Stilllegung der Gruben sowie die Gründung der Hauptstelle für Arbeitgeberverbände.

Der Verband hat im letzten Jahre um 20 700 Mitglieder zugenommen, die Mitgliederzahl hat die 70 000 überschritten und er-

wartet für dieses Jahr die 100 000. In gleicher Weise hat sich die Preise und das Kassenwesen entwickelt. Für die Zeitung errichtet der Verband eine eigne Druckerei in Pöckum (Wienelhauserstraße). Das hierfür erworbene Grundstück hat 89 Meter Straßenfront und ist 190 Meter tief. Außer dem Druckereigebäude enthält es drei große Wohnhäuser, ein Hofgebäude und großes Gartenland, das noch später bebaut werden soll. Im Juli oder spätestens August soll die Druckerei in Betrieb genommen werden. — Unter den Leistungen des Verbandes sind am stärksten gestiegen: der Rechtschutz, der in 19 206 Fällen (im Vorjahre 16 472) gewährt wurde, die Gemahregelten-Unterstützung, die 17 695 M. (im Vorjahre 16 404 M.) erfordert, und das Sterbegeld, das von 21 865 M. auf 27 706 M. gestiegen ist.

Mit der Generaldiskussion soll die Spezialberatung der einzelnen Anträge verbunden werden. Zunächst erhalten zu diesen die Antragsteller das Wort.

Krämer begründet den Antrag, das im Saargebiet begonnene Werk, den Saarbergmann durch Zuführung zur Organisation aus seiner unwürdigen Lage zu befreien, mit voller Kraft fortzuführen und ihm alle erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Er verweist auf die Prozesse Hilger-Dehnen, die Saarabien als halb mittelalterliches Land charakterisieren. Von dem ersten Flugblatt, das der Vorstand zur Verfügung gestellt habe, habe die Polizei gleich 14 000 Exemplare konfisziert, aber das zweite Flugblatt sei von 20 Kollegen an einem Tage über das ganze Revier verbreitet worden; die Polizei habe von den 20 000 Exemplaren nichts mehr erwischt. Der gegen den Redner angestrengte Verleumdungsprozess werde zweifellos zu seinem Gunsten ausfallen. Die Bergarbeiter hätten die Pflicht, den Saarrevier-Arbeitern endlich aus dem Sumpf zu helfen. (Lebhafter Beifall.)

In den übrigen Anträgen werden neben keinen Verwaltungs-erleichterungen wie Sammelbücher für Quittungsmarken, Plappen für Zeitungen usw. hauptsächlich folgende Forderungen aufgestellt: Anstellung von Kerzten zur Ausstellung von Gutachten für Unfallverletzte, da es jetzt infolge der Weigerung der Kerzte oder infolge deren ungebührlich hohen Forderungen nahezu unmöglich sei, ein Gutachten zu erhalten. Ferner: Bei Auszahlung des Sterbegeldes nicht eine amtliche Sterbe-Urkunde zu verlangen, sondern sich mit einer Bescheinigung der Ortsverwaltung zu begnügen. Weiterhin wird im Interesse des demokratischen Ausbaues der Verwaltung Veröffentlichung der Protokolle des Hauptvorstandes verlangt. Der Rechtschutz, die Unterrichtsliste, die Verbreitung populär-wissenschaftlicher Bücher soll ausgedehnt werden, der Anschlag an die Gewerkschaftskarteile soll freigestellt, nicht vorgeschrieben werden.

Während der Verhandlungen sind noch eine Reihe von Anträgen eingelaufen, die ebenfalls begründet werden. Einer von ihnen fordert den Vorstand zu lebhafterer Beteiligung an den Verhandlungen mit den Unternehmern und zu häufigerer Einberufung von Konferenzen auf.

Ein anderer von der Geschäftskommission eingereichter Antrag will die auf der vorjährigen Jwidauer Tagung beschlossene Gehaltskala, die den Forderungen des Statutarer Kongresses entspricht, durch ein Anfangsgehalt von 1660 M., jährlich um 50 M. steigend bis 2500 M., ersetzen.

Am 6 Uhr wird die Beratung abgebrochen, weil der Ortsauschuß die Delegierten zu einem Kommers eingeladen hat.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittags-Sitzung.

Nach 9 Uhr eröffnet der Vorsitzende Sachsse wieder den Kongress.

Die Mandatsprüfungs-Kommission hat ihre Arbeiten beendet. Sie teilt mit, daß 128 Delegierte mit 132 Mandaten und 18 Mitglieder des Gesamtvorstandes, davon 5 mit Mandaten, anwesend sind. Danach tritt die Versammlung in die Debatte über den Geschäftsbericht und die dazu gestellten Anträge ein. In Bezug auf die Sammlungen zum Grimmitzhauser Streik wird die grenzenlose Opferfreudigkeit der Bergarbeiter rühmend hervorgehoben, aber getadelt, daß in diesem Falle, wo schnelle Hilfe doppelte Hilfe war, viele Zahlstellen ihre Abrechnung zu lange verzögert hätten.

Zur Frage der Verbandsangelegten Gehälter machte Sachsse darauf aufmerksam, daß der Vorstand die in Jwidau 1903 beschlossene Säge (Anfangsgehalt 2000 M., in den ersten fünf Jahren um 100 M. jährlich, dann um 50 M. steigend bis zu 3000 M.) nicht habe in Kraft treten lassen, weil die Konjunktur schlecht und die Löhne der Grubenarbeiter so sehr gering gewesen seien. Er bittet aber, jetzt von einer anderweitigen Regelung der Frage abzusehen, damit es nicht scheine, als ob der Verband einen Rückschritt mache.

Die Ansetzung für das Saarrevier größerer Mittel bereit zu stellen, findet bei allen Rednern Beifall. Schwarz-Reddinghausen verpricht sich besonders viel von der Tätigkeit des Arbeitersekretariats, das in Saarabien endlich am 1. Juli ins Leben treten soll.

Wolorny-Jwidau wendet sich gegen den Antrag auf Anstellung von Kerzten für Unfallverletzte. Er fürchtet, daß diese sich nicht der Gehaltskala des Verbandes unterwerfen würden. (Große Heiterkeit.)

Scholtzfel, Bezirksleiter für Obersachsen, schildert die Schwierigkeiten der dortigen Agitation. Ein ganz raffiniert eronnenes Accorbslohnssystem dient zur Ausbeutung der Arbeiter. Der Verband hatte im Vorjahre dort 925 Mitglieder, nahm im Laufe des Jahres 850 neu auf, hatte aber an seinem Schluß nur noch 800 Mitglieder. Am schlimmsten ist der Mangel an Versammlungskassalen, für deren Beschaffung Vorstand und Generalkommission mehr als bisher aufwenden müßten.

Ulmsreit-Berlin: Weisig hat sich die Mitgliederzahl stark gehoben; gewiß gerührt es Ihnen zur Ehre, zu der Million deutscher Gewerkschaftsmitglieder wesentlich beigetragen zu haben. (Bravo!) Aber in gleichem Maße sind auch die Aufgaben des Verbandes gewachsen. Wenn man sagt, der Kassenbestand habe sich sehr günstig entwickelt, so muß ich davon etwas abziehen. An sich ist das Wachstum ja bedeutend, aber pro Kopf ist das Vermögen nur von 5,36 M. in 1902 auf 6,35 M. gestiegen. Für dieses Mehr von 98 Pfennigen hat aber der Verband Verpflichtungen übernommen, deren Umfang sich gar nicht übersehen läßt; er hat eine Arbeitslosen-Versicherung mit einem Unterhaltungslohn von 57 M. im Höchstbetrage eingeführt. Heute ist die Arbeitslosigkeit nicht sehr groß. Aber diese droht infolge der Syndikatspolitik, die mit der Stilllegung der Gruben vielleicht 30 000 Bergarbeiter brotlos machen wird. Zu ihrer Unterstützung muß sich der Verband rufen. Er hat im Vorjahre den Beitrag nicht, wie vorgeschlagen, auf wöchentlich 25 Pfennig, sondern nur auf 20 erhöht, d. h. um 1,20 M. pro Jahr, 3/4 Pf. pro Woche. Erst durch eine bedeutende Beitragserhöhung kann der Bergarbeiter-Verband den Anforderungen seiner Mitglieder gerecht werden. (Bravo!) — Redner wendet sich dann zu den einzelnen Anträgen: Beamtenräte anzustellen empfiehlt sich schon deshalb nicht, weil deren Gutachten in Reutenstreitverfahren nicht genügend geschätzt werden würden. Man solle vielmehr Gutachterkollegien zu bilden suchen; das sei ein wichtiger Zweig des Rechtschutzes. — Die folgenden Redner beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Nutzen der Gewerkschaftskarteile für die Bergleute. Die Karteile werden von der einen Seite ebenso lebhaft angegriffen, wie von der andern verteidigt. Ein Schlußantrag wird angenommen; es sind noch 26 Redner eingezeichnet.

Bei der Abstimmung über die vorliegenden Anträge werden diejenigen, die eine stärkere Agitation, eine Vermehrung der Rechtschutzbüreaus und der Unterrichtsliste fordern, dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen, alle We-

Schwerden werden gemäß dem Antrage der Kommission zurückgewiesen. Die Zivildauer Gehaltstafel wird mit 66 gegen 67 Stimmen aufgehoben, die von der Kontrollkommission vorgeschlagene gegen 29 Stimmen unter großer Mehrheit abgelehnt. Dann werden verschiedene Entscheidungen beschlossen: bei Auszahlung des Sterbegeldes soll nicht der Ablauf, sondern nur die Bezahlung der 28. Woche erforderlich sein, auch keine amtliche Sterbe-Urkunde, sondern nur eine Bescheinigung des Ortsvorstandes verlangt werden. Den Beamten soll keinerlei Rente auf das Gehalt angerechnet werden. Der Anschlag an die Gewerkschaftskarte wird den Jahrsstellen freigestellt. Alle übrigen oben erwähnten Anträge werden abgelehnt. — Dann wird einstimmig Entlassung erteilt.

Es folgt als Punkt 6 der Tagesordnung: Unsere Presse. Den Bericht erstattet Redakteur Leimpecker: Die Zeitung hat sich im vergangenen Jahre außerordentlich entwickelt, die Auflage ist um 24 000 gestiegen. Aus allen Teilen des Landes ist die Redaktion durch Einwendungen unterstützt worden, nur Schlesien hat es, trotzdem dort Gewerkschaftsbeamte angestellt sind, an sich fehlen lassen. Mit allen Arbeiterzeitungen sei ein freundschaftliches Verhältnis aufrecht erhalten worden. Klagen über die Redaktion seien nur in verschwindend geringer Zahl von den Mitgliedern eingelaufen. Um so öfter habe der Staatsanwalt gegen die Redaktion geklagt. Zu einer Zeit hätten nicht weniger als acht Klagen gegen den Redner gelangt. Leider sei in mehreren Fällen der Wahrheitsbeweis unmöglich gewesen. Redner mahnt, nur strikte nachweisbare Fälle einzusenden.

Die eingelaufenen Anträge werden kurz begründet, zunächst der, die Gewerbevereinigungen mit Verichterstaten zu beschiden und ihre Urteile wie die der Schiedsgerichte und des Reichsversicherungsamtes vierteljährlich gesammelt herauszugeben, weiter wird mit Hinsicht auf die Empfindlichkeit der Hüttenarbeiter vorgeschlagen, den Titel der „Vergarbeiter-Zeitung“ in „Verg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“ zu ändern. Die Versammlungsberichte sollen möglichst kurz gehalten, Danklagen von Hinterbliebenen verstorbenen Verbandsmitglieder umsonst aufgenommen werden, die österreichische Vergarbeiter-Bewegung mehr als bisher berücksichtigt werden. Eine ganze Reihe von Anträgen beschäftigt sich mit der „polnischen Seite“ des Blattes. Teils werden zwei Seiten, teils Befreiung der einen und Herausgabe einer besonderen polnischen Zeitung empfohlen.

Que bittet, den Namen der Zeitung unverändert zu lassen. Nachdem man ihn gegen einen Hüttenarbeiters, Widerspruch vor drei Jahren in Wienburg so festgesetzt, und solle sich nicht lächerlich machen. Uebrigens sei die sachlich gebotene selbständige Organisation der Hüttenarbeiter näher als man glaube. — Bisher sei es oft nicht möglich gewesen, die Zeit der Gewerbevereinigungen zu erfahren. Die ganze Diskussion hätte sich ersparen lassen, wenn unsere Besucher auf dem Posten wären. (Sehr richtig!) Die Sammlung der Gewerbevereinigungs-Beiträge wäre übrigens sehr schwierig, die Generalkommission strebe sie seit langem vergeblich an. Ihre Vorbedingung sei die Bildung von Arbeitervertretervereinen.

Bei der Abstimmung werden die Anträge auf Beschickung der Gewerbevereinigungen mit Verichterstaten, sowie auf Abänderung der Versammlungsberichte angenommen. Die Anträge betreffend die „polnische Seite“ werden dem Vorstand überwiesen. Er soll sobald wie möglich ein eignes Blatt in polnischer Sprache herausgeben. Alle anderen Anträge werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Danach tritt die Mittagspause ein. Der Kongress beschließt oocmittags von 9—1 und nachmittags von 3—6 Uhr zu tagen.

Nachmittags-Sitzung.

Punkt 6 der Tagesordnung behandelt, die nächsten Aufgaben des Verbandes. Referent ist der Vorsitzende H. Sasse. Für den inneren Ausbau des Verbandes zu sorgen ist die Hauptaufgabe dieser Tagung; liegen doch auch zu diesem Punkt nicht weniger als 66 Anträge vor. Wie alle Verbände war auch der der Vergarbeiter ursprünglich als reine Kampforganisation gedacht — mit 30 Pf. Monatsbeitrag. Noch auf der Helmstädter Tagung, selbst noch auf der Generalversammlung im Jahre 1898 konnte über Einführung irgend eines Unterstützungsstystems noch keine Einigung erzielt werden. Erst 1899 in Halle wurde ein Sterbegeld, 1901 das Streikreglement und die Gemahregelten-Unterstützung eingeführt. Entgegen allen ungünstigsten Prophezeiungen dauerte von da an der lebhafteste Aufschwung des Verbandes. Selbst die Gegner erkennen an, daß wir mit der Gemahregelten-Unterstützung einen sehr guten Griff gethan haben; man hört häufig: „Wozu soll ich den Mann mahregeln; er wird ja doch vom Verband unterstützt und macht uns dann als Verbandsagitator noch mehr zu schaffen.“ In Erkenntnis der Bedeutung der Gemahregelten-Unterstützung beantragen jetzt sogar Kollegen, sie bis auf 20 Mark zu erhöhen. Auch für die in Zwickau vom 1. Januar 1905 an beschlossene Arbeitslosen-Unterstützung liegen bereits Anträge auf Erhöhung vor. — Auch für den Reichsbeitrag ist eine weitere Ausdehnung gewünscht; die ärztlichen Atteste für Unfallverletzte sollen durchweg vom Verband bezahlt werden. Aber auf diesem Gebiet ist Vorzicht notwendig. Schon werden von Rechnungen über 20 M. vorgelegt, ohne daß wir uns im geringsten über die Notwendigkeit der Unterstützung oergewissert haben. Das Sterbegeld will der Vorstand auf 60 M. für Männer und Frauen erhöht wissen. Jetzt arbeiten die Kaplane des christlichen Verbandes mit der Bitte, wir gäben nur 30 M., der christliche Verband 60 M. Sterbegeld. Dem müssen wir dadurch entgegen treten, daß wir nun auch für die Frauen statt 30 M. 60 M. Sterbegeld zahlen. — Unterrichtsreise wünschen auch wir; schaffen Sie uns nur Hilfskräfte! Den Teilnehmern an den Kursen gewähren wir Reisevergütung. Reise-Unterstützung einführen, diese die Zubehörung nach dem Westen prämiieren. Auch eine Umgehungsentschädigung würde bei den großen Entfernungen, um die es sich handelt, viel zu hohe Ausgaben verlangen. Eine eigentliche Wanderschaft kommt ja bei den Vergleuten kaum vor. Wir haben zwar ein Streikreglement, aber von einer wirklichen Regelung der Streikunterstützung sind wir noch weit entfernt. Die Karenzfrist darf jedenfalls nicht länger gefahrt werden als wie bier-zehn Tage. Einen allgemeinen Streik kann ja der Verband bei seiner jetzigen Finanzlage gar nicht inscenieren; denn ein solcher Streik ohne genügende Mittel würde uns von allen Gewerkschaften sehr übel genommen werden. Aber wenn wir in eine Zwangslage versetzt werden, wenn die Werksbesitzer uns zum äußersten drängen, dann allerdings würden wir mit der Sympathie und Unterstützung aller Gewerkschaften in den Kampf gehen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Jubiläen-Unterstützung halten wir durch die Gesetzgebung für erledigt. Wenn auch vor allem im fiskalischen Sippen-schen Reich noch heute die Reichsrente von der Anwartschafts-pension abgezogen wird, so hoffen wir doch mit Bestimmtheit, dieses lächerliche Unrecht durch die Gesetzgebung beseitigen zu können und wideracten einer Invalidenversicherung durch den Verband. Auch eine Kostens-Unterstützung kann der Central-vorstand nicht gewähren. Mit der Einrichtung einer Kranken-Zuschuß-lasse ist das Meuselwitzer Reibter vorgegangen. Bei uns laufen eine Menge von Unterstützungsgegesen tagtäglich ein. Auf diesem Gebiete ist auch jede Simulation ausgeschlossen. Die Kranken-Zuschußversicherung ist der wesentlichste Unterstützungsstweig und wäre ein besseres Nuzmittel für den Verband gewesen als die Arbeitslosen-Unterstützung. Wenn wir die Unterstützung erst von der vierten oder fünften Woche an geben, können wir auch hoffen, mit 5 Pf. Zuschlag auszukommen! (Lebhafte anhaltender Beifall und Hände-klatschen.)

Nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte wird auf Antrag Que beschloffen, in der Generaldiskussion sechs Vertreter des Ruhr-gebietes und von allen anderen Distrikten je einen Redner zu hören. P o l o r u y - Zwickau: Durch den vorjährigen Beschluß hat der Verband seine Einnahmen und seine Ausgaben auf zwei Jahre hinaus festgelegt. Dabei herrscht allgemein ein Unbehagen, die Empfindung, daß wir vor großen Ereignissen stehen, ungeheure Auswendungen, die wir machen müssen, nicht werden machen können. Den Vorstand, der voriges Jahr sich mit 20 Pf. begnügt und gegen einen Beitrag von 25 Pf. eingetreten ist, trifft die volle Ver-antwortung.

Auf der Straße-Essen: Der Grund, warum Westfalen für die Beitragssteigerung nicht zu haben war, ist, daß man ihm nicht mit genügender Beschicklichkeit die neu geplanten Unterstützungs-einrichtungen vorgelegt hat. Nächstes Jahr werden wir für 30 Pf. stimmen, auch wenn wir die besonders populäre Krankenunterstützung erst von der fünften Woche an erhalten. — Die Tafel des Ver-bandes hat bei uns sehr befreundet; sie war viel zu wenig scharf. (Hört! hört!) Jetzt nehmen die Werksbesitzer im Hinblick auf das silbliche Hühner wieder Lohndrehtionen vor. Sie haben es so weit gebracht, daß die Vergarbeiter ihnen lieber heute als morgen den Handschuh hinterwerfen wollen. (Lebhafte anhaltender Beifall.) Die Weiterberatung wird auf Dienstag vertagt.

15. Verbandstag der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker).

Hannover, den 23. Mai 1904.

(Vorbereitung.)

Im Saale des „Arbeitervereins“ trat heute nachmittags 6 Uhr der Verbandstag der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunker) zusammen. Außer den Mitgliedern des Centralrates, von denen nur der erkrankte Verbandsanwalt Dr. Nag Hirsch fehlte, waren 57 Delegierte erschienen. Die größte Zahl, 22, stellten davon die Maschinenbauer und Metallarbeiter. Den 22. und 23. stellten die 11 Delegierten folgen dann die Kaufleute (5), die Schuhmacher und Lederarbeiter (3), die Tischler (4), die Schneider (2), die Stuhl-arbeiter (2), die Klempner (2), die Töpfer (1), die Cigarren- und Tabakarbeiter (1), die Bauhandwerker (1), die graphischen Verufe (1), die Vergarbeiter (1) und die Frauen (1).

Die Verhandlungen wurden kurz nach 8 Uhr durch den Vor-sitzenden des Centralrates Kamin-Verlin eröffnet. Er gedachte der regen Thätigkeit, die in den letzten drei Jahren innerhalb der deutschen Gewerksvereine geherrscht habe. Die letzte Periode habe aber auch dem Verband oft böswillig aufgedrängte Kämpfe seitens der Gegner von rechts und links gebracht. Leider seien heftige Angriffe auch aus den eigenen Kreisen erfolgt. Er wende auf alles dies das Wort an: „Viel Feind, viel Ehr!“, müsse aber die Unterstützung aller Gewerksvereiner solchen Verfechtungen gegenüber fordern. Er erwartet, daß in bewährter Treue auch fürderhin jeder bemüht bleibe, die Größe und den Ruhm der deutschen Gewerksvereine zu stärken.

Redakteur Karl Goldschmidt brachte sodann ein Schreiben von Dr. Nag Hirsch zur Kenntnis der Delegierten. Da in einer Nachschrift die baldige Genesung des Erkrankten in Aussicht gestellt ist, beschloß die Versammlung ein Glückwunsch-telegramm. Darauf verlas der Vorsitzende eine große Zahl Schreiben und Telegramme. Eine Anzahl der geladenen Gäste entschuldigten ihr Fernbleiben. Vertreten werden sein: der Oberpräsident von Hannover, der Staatssekretär des Innern durch den vor-tragenden Rat Spielhagen, der Minister für Handel und Gewerbe durch Geh. Ober-Regierungsrat Reumann, der Magistrat und der Stadtdirektor (Reubürgermeister) Lamm durch Senator Fink, die Handelskammer durch Dr. Limburg usw.

Bei Festsetzung der Tagesordnung kam es zu einer langen Debatte. Nachdem einige unwesentliche Änderungen vor-genommen waren, stellte Ziegler-Düsseldorf (Metallarbeiter) den Antrag, als 4. Referat neben 1. „Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland“, 2. „Arbeiter-schutz in der Heimarbeit“ und 3. „Tarifverträge und Koalitionsfreiheit“ noch „Die deutsche Ar-beiter-Versicherung“ auf die Tagesordnung zu stellen. Die Meinungen darüber waren jedoch geteilt. Redakteur Gold-schmidt war der Ansicht, daß dieses Thema in genügender Weise bei der Frage der Anstellung eines Verbandssekretärs zur ständigen Vertretung beim Reichs-Versicherungsamt erörtert werden würde. Der Antragsteller und Zeyer-Düsseldorf (Metallarbeiter) wiesen demgegenüber darauf hin, daß die Unkenntnis der Ver-sicherungsgeetze noch sehr groß sei. Auch seien nur wenige Gewerk-vereiner in den gesetzlichen Vertretungen. Dem Verbandsredakteur werde zudem von den Gegnern vorgeworfen, er habe sich seiner Zeit beim Frankfurter Arbeitertag geäußert, die Hirsch-Dunker würden nur dann dort hingehen, wenn der Punkt „Arbeiter-versicherung“ gestrichen werde. Redakteur Goldschmidt befreit derartige Verurteilungen. Er sei bereit, wie über „Unfallversicherung“ und „Invalidenversicherung“ auch über „Krankensicherung“ eine Broschüre zu schreiben, halte aber jetzt die angeregte Verprechung nicht für angebracht. In der folgenden lebhaften Debatte kam die Ansicht zur Sprache, daß es wichtiger sei, das Thema in den einzelnen Vereinen und nicht auf dem Verbandstag zu erörtern. Der An-trag Ziegler wurde mit großer Majorität abgelehnt.

Bei der Wahl des Bureaus wurden zum 1. Vorsitzenden des Verbandstages Klavon-Berlin (Metallarbeiter), zum 2. bezog. 3. Vorsitzenden Sühner-Burg (Fabrikarbeiter) und Käfer-Rürnberg (Kaufleute) gewählt. Zu Schriftführern wählte die Versammlung Habliczer-Berlin (Metallarbeiter) und Rauer-Berlin (Klempner). Nach Ablehnung eines Antrags zur Beschäfti-gung und sonstigen Mitteilungen wurde die Vorbereitung der Tagung kurz nach 8 Uhr geschlossen und der Beginn der Hauptversammlung auf Dienstagvormittag 9 Uhr festgesetzt.

Aus den Vorlagen an die Delegierten geht hervor, daß die deutschen Gewerksvereine Ende 1903 eine Zahl von 110 025 Mitgliedern in sich vereinigten. Das Gesamtvermögen beträgt 100 127 M. Die Einnahmen und Ausgaben balancierten 1903 mit 43 595 M. Das Verbandsorgan „Der Gewerksverein“, das über ein Gesamtvermögen von 24 338 M. verfügt, weist in Einnahme und Ausgabe 52 936 M. auf. Der Voranschlag zum Verbandsbudget stellt sich auf 87 256 M. Einnahme und 24 756 M. Ausgabe, zu denen, falls der Verbandstag so beschließt, jährlich noch 3700 M. kommen, wenn der Verband die etwa 10 000 M. betragenden Kosten für den Verbandstag zu zahlen hat. Für das Verbandsorgan werden bei 24 000 Exemplaren Auflage 41 807 M. Einnahmen bei 37 736 M. Ausgaben in Anschlag gebracht.

Hannover, den 24. Mai 1904.

Erster Verhandlungstag.

Um 9¹/₂ Uhr eröffnete der erste Vorsitzende Klavon-Berlin die Tagung. Vortragender Rat Spielhagen als Vertreter des Reichskanzlers und des Staatssekretärs des Innern sprach den Dank für die Einladung aus und begründete die Anwesenheit namens seiner vorgesetzten Behörde. Ihn interessiere namentlich der Punkt 2 der Tagesordnung „Arbeiterschutz in der Heimarbeit“. Es handelte sich dabei um sehr wichtige aktuelle Arbeiterfragen.

Es folgten dann weitere Ansprachen des Senators Fink-Han-nover, des Geh. Oberregierungsrats Reumann als Vertreter des Handelsministers, des Regierungsrats Reumann als Vertreter des Staatsministers, des Staatssekretärs von Hannover, des Senators Fischer für die Stadt Linden.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Vericht über die Thätigkeit und Entwicklung der Gewerksvereine und des Verbandes seit dem 14. Verbandstage“ referierte im Anschluß an den gedruckt vorliegenden Bericht dessen Verfasser Redakteur Karl Goldschmidt. Bei der Erläuterung der einzelnen Punkte kam der Redner zunächst auf die Frage des Kölner Beschlusses über den bekannten Revers. Sie habe den Centralrat vier Monate beschäftigt. Dadurch, daß gemäß dem Kölner Beschluß einer der größten Gewerksvereine den Revers auf-gehoben habe, sei die Ansicht verbreitet worden, die Gewerksvereine wollten ihre Neutralität aufgeben und nach und nach in das social-demokratische Lager übergehen. Er erklärte demgegenüber, die Gewerksvereine würden sich auch künftig weder der einen, noch der anderen politischen Partei anschließen. Unre Gesellschaftsordnung sei das Resultat einer vieltausendjährigen Entwicklung. Es sei daher die Pflicht jedes Menschen, an dem Uebelnommenen weiter zu arbeiten und eine Ver-besserung aller Menschenwerte herbeizuführen. Die letzte Periode habe eine große Arbeitslosigkeit in der Zeit schwerer Krise zeitigt. Die Ein-

richtung der Arbeitslosenunterstützung habe sich aber voll und auf das glänzendste bewährt. Der Hilfe brauchte, der erhielt sie durch die Bruderhand, nicht durch die Armenverwaltung, die ihm die bürger-lichen Ehrenrechte nimmt. Fast 300 000 M. wurden gezahlt. Der Referent ging weiter auf den Kampf der Gewerksvereine gegen den Zolllarif ein. Ebenso besprach er die Maß-nahmen gegen die Fleischversteuerung, drückte seine Freude aus über die Befreiung des Reichsamts des Innern, die Arbeits-zeit für Frauen auf zehn Stunden im allgemeinen herabzusetzen, und begrüßte die Verfügung des Bundesrats betreffs der Stein-brucharbeiter sowie das Kinderbeschütz-Gesetz. Auch die Gewerbe-gerichts-Novelle habe vieles Gute gebracht. Das Recht, daß der Vorsitzende des Gewerbegerichts selbständig zwischen zwei streitenden Parteien eingreifen könne, sei überaus wichtig. Der Centralrat habe alle Gewerbevereine aufgeföhrt, bei Arbeitsstreitigkeiten sich zeitig an die Vorsitzenden der Gewerbegerichte zu wenden. Wenn erst der Streit entbrannt sei, sei die Einigung viel schwerer. Die Entwicklung der Gewerbevereine von 1901 bis 1904 sei eine zufriedenstellende. Es habe eine Vermehrung um 20,03 Proz. statt-gefunden. Es sei dringend zu wünschen, daß er sich weiter so hebe. Er erwähnte dabei die Gründung des Gewerbevereins deutscher Frauen, der schon über 1000 Mitglieder zähle.

In der Debatte forderte Eibel-Stadfulza (Stuhlarbeiter), die Gewerksvereine und der Verband sollen mehr Rücksicht auf die internationale Arbeiterbewegung nehmen. Namentlich die englischen Trades-Unions ständen nicht auf dem Boden der freien Gewerkschaften, sondern ganz auf dem der Gewerksvereine. Es sei noch nicht zu spät. Der Centralrat solle noch jetzt die notwendigen Schritte thun.

Ziegler-Düsseldorf (Metallarbeiter) ist der Ansicht, die Arbeiterversicherung trete in dem Thätigkeitsbericht nicht genügend in den Vordergrund. Auch mit der Entwicklung der Gewerbevereine sei er nicht so zufrieden. Die freien Gewerkschaften wären um über 28 Proz. gestiegen.

Sahn-Burg (Fabrikarbeiter) erklärte, die Gewerksvereine ent-wickelten sich langsam, sie wollten nicht fanatisieren und hinreißen, sondern sie appellierten an den gefunden Menschenverstand. Er beantragte, den Thätigkeitsbericht in 20 000 Exemplaren unter den Ortsvereinen zu verbreiten.

In seinem Schlusswort hob der Referent hervor, daß die Gewerksvereine den Klassenkampf nicht wollten, sondern sich auf den Boden einer ersten sozialen Weiterentwicklung stellten. Wenn internationale Kongresse nur Arbeiterfragen be-handelten, würden sich auch die Gewerbevereine an ihnen beteiligen. Der Antrag, den Thätigkeitsbericht in entsprechender Auflage zur Verbreitung zu bringen, wurde angenommen.

Kunmehr folgte das erste Referat des Verbandstages über „Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland“. Die Ausführungen des Referenten Redakteur Goldschmidt gaben die historische Entwicklung, die Reichstags-Debatten usw. wieder, ebenso wie die kurzen Ausführungen des Korreferenten Dornblüth-Bromberg (Metallarbeiter). Beide beantragten die Annahme einer längeren Resolution, deren wichtigsten Sätze folgender-maßen lauten:

1. Der XV. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerksvereine zu Hannover (Pfingsten 1904) richtet an den hohen Bundesrat die Bitte, dem hohen Reichstags recht bald Gesetzesvorlagen zu machen, wie sie der Vertreter des Herrn Reichskanzlers, Herr Graf v. Posadowsky am 30. Januar 1904 im Reichstage in Aussicht gestellt hat und zwar 1. betreffend die gesetzliche Anerkennung der Arbeiter-Vereine, wobei der Verbandstag ausdrücklich hervorhebt, daß diese Anerkennung allen Berufsvereinen ohne Unterschied zu teil werden müßte.

2. Betreffend die Errichtung von paritätischen Arbeitskammern richtet der Verbandstag an den hohen Bundesrat die Bitte, diese Institution unabhängig von jeder andren gesetzlichen Einrichtung als selbständige Organisation zu errichten, da die Aufgaben der paritätischen Arbeitskammern ein derartig großes Feld in sich schließen, daß sie keine Vermischung mit andren bestehenden Ein-richtungen vertragen. Der Verbandstag spricht weiter die Bitte aus, auch die staatlichen Betriebe den eventual zu errichtenden Arbeits-kammern anzuschließen, und erwartet, daß das Wahlrecht zu den Arbeitskammern auch auf die in der Industrie beschäftigten Ar-beiterinnen ausgedehnt wird, da dieselben nur so im stande wären, ihre Wünsche an maßgebender Stelle zum Ausdruck zu bringen.

Darauf trat um 12 Uhr die Mittagspause ein.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Briefzeile (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll, und die letzte Abonnementzahl beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beant-wortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

- R. J. 66. 1. Petroleum in kleinen offenen Gefäßen. 2. Geriebener weißer Jucker mit Schmelz vermischt. 3. Mann und Kumpfer. 4. Wermut, Majoran und Isländisch Moos. 5. Ungelöschter Kalk gepulvert. 6. Einige Tropfen Benzol usw. usw. — Luxemburg. Wo los! — Wägen. Außer der Saison. — H. S. Spandau 21. Uns ist keine derartige Firma be-kannt. — J. G. 100. 1. Es sind auch in beiden Ländern Meinungs-differenzen, die mit der Zeit wie Kinderkrankheiten überwunden werden. Mit der größeren Reife tritt dann die absolute Einheitslichkeit in ihre dauernden Rechte. 2. So wie in Paris 1900. — J. 100. 1. Amtsgericht in R. 2. Landgericht in Gera. — 888. Rein. 23. R. Berlin hat nur eine städtische Sparkasse. Sie meinen vielleicht die Nieder-Saxnmer Kreis-Sparkasse, die ihr Bureau Friedrich Karl-Ufer 5 hat. — 177. 1. Ja. 2. Nein. — Musik. Es ist der Titel einer Oper Wolfgang Amadeus Mozarts. Oosi fan tutto heißt: So thun alle. In dem Sinne: So machen es alle Frauen. — Waldemar 23. 1. Rein. 2. Ja.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7¹/₂ bis 9¹/₂ Uhr abends statt. Offener: 7 Uhr.

- T. S. 19. 1. Die Kündigung gilt, falls nichts anderes vereinbart ist, vom Tage der Kündigung ab. 2. Die Retourierung früherer Zusendungen ist unzulässig. — H. 100. Ja, die Frau kann auf Alimentation klagen. — S. S. 59. Eine solche Veräußerung können Sie vor einem Notar oder Gericht vornehmen. Sie ist aber ungültig, wenn die Uebertragung irgend Benachteiligung von Gläubigern (vor oder während einer Klage) hat. In solchem Falle hätte das übertragene Vermögen trotz des Vertrages. — T. O. R., Königsstraße. 1. u. 2. Rein. — C. Reichner. Rein. — S. 200. Ein Arzt, der Fremden darüber Auskunft giebt, ob eine von ihm behandelte Kranke in andren Umständen sich befand, würde nach zutreffender Ansicht der Verletzung aus § 300 Strafgesetzbuchs selbst dann schuldig ausgehen, wenn der Fremde eine Bekannte ist. Es giebt Ärzte, die anders denken. — H. S. 77. Handelt es sich um eine Zinknutsche, so fällt Ihnen der Betrag zu, sonst nicht. — P. M. S. Rein; der Klient kann gegen Zahlung der Gebühren Ausständigung der Handakten verlangen. — H. 23. 2. Zuständig für die Klage ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Herrschaft moht. Bieviel Herr Loyster zuteilt, ist ohne nähere Darlegung des Sachverhalts nicht zu beantworten. — Teufel. Eine Klage hätte Aussicht auf Erfolg. Vergleich „Arbeiterrecht“ Seite 200. — W. 23. 19. Voraussetzlich würde Ihre Klage abgewiesen werden, wenn Sie nicht nachweisen, daß Sie ausdrücklich vereinbart haben, der frühere Preis gelte nicht mehr, an seine Stelle trete ein angemessener. Lediglich die frühere Mitteilung, ich halte mich an die Offerte nicht mehr gebunden“ wäre gegenüber der Annahme der Bestellung unzulässig, falls dabei nicht eine Urrede wie die oben erwähnte getroffen ist. — W. S. 29. Nach der Praxis würden Sie für den zweiten Betrag, da Sie ihn angenommen haben, mitbezahlen haben. Der gelebete Preis liegt innerhalb der Lage. Es drängen aber auch etwa fünf Mark reichlich angemessen sein. — R. J. Brandenburg. Es liegt Ihnen nur amtliche Genehmigungspflicht zu. Zur Entziehung der Kammer hat der Wit kein Recht. — J. J. 101. Rein. — W. 39. 1. In 10 Jahren. 2. Die Verjährungsfrist für Verleumdungen beträgt fünf Jahre, der Strafantrag ist innerhalb drei Monaten nach erfolgter Kenntnis von der Verleumdung zu stellen. 3. Nichten Sie an den Magistrat, Abweisung für Invalidenversicherung, Verletr. 24a, den Antrag, Sie von der Verleumdungspflicht zu befreien. — M. R. 39. 3—1500 M. — S. R. 20. Unverständlich. Sie können jederzeit bis am 15. zum ersten kündigen und Gemäßung dessen, was Sie vereinbart haben, verlangen. — W. 23. 37. Erteilung eines Ausschlussentscheidungsheines ist erforderlich. Am schnellsten kommen Sie zum Ziel, wenn Sie einen Antrag in der Art stellen, wie er beispielsweise Seite 224 Nr. 19 des dem „Arbeiterrecht“ be-gegebenen Führers abgedruckt ist. Das Buch liegt in den öffentlichen Biblio-theken aus. Vielleicht empfiehlt sich auch persönliche Rücksprache mit dem Vormundschaftsrichter.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 25. Mai.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Fidelio.
Neues Opern-Theater. Der Hugenotten.
Deutsches. Der Hatter von Kirchfeld.
Berliner. Der jüngste Lieutenant.
Leffing, Kapfenreich.
Westen. Don Juan.
Volkstheater. Kamrad Lehmann.
Neues. Einen Zug will er sich machen.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater).
Ein Duell. — Ein Sonnenstrahl.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelms-Theater).
Pension Schöller.

Kleines. Fräulein Julie.
Weibens. Die 300 Tage.
Trianon. Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.
Central. Madame Bonivard. Vorher: Er.

Carl Weisk. Die Löwenbraut.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Winter-Garten. Spezialitäten.
Stipolo. Liebesgötter. Spezialitäten.
Gebr. Herrnsfeld. Gastspiel der Legation. Durch's Standesamt.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Volkstheater. Spezialitäten.
Hranja. Taubenstraße 48/49.
Um 8 Uhr: Die Insel Rügen.
Um 4 Uhr: Aus dem Haushalt der freien Natur.

Jubalidenstraße 57/62. Sternmarie. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Einen Jux will er sich machen.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Kabale und Liebe.

Central-Theater.

Abends 8 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Madame Bonivard.
Schwank in 3 Akten. Bisson u. Mars.
Vorher: Er.
Vorher: Einfaller von Oskar Reuter.
Donnerstag und Freitag: Ein toller Einfall.

Residenz-Theater

Heute und folgende Tage:
Abends 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Gerault und Robert Ghorven.
Deutsch von Alfred Palm.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres:
Ein tolles Jahr.
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Ranchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

7 1/2 Uhr: Gartenkonzert.
8 Uhr:
Die Mai-Spezialitäten
und Robert Steidl mit seiner Jubiläums-Revue.
9 Uhr:
Liebesgötter
mit Götterzug
und Sensations-Apotheose:
„Im Tempel der Glückseligkeit“.

Passage-Panoptikum.

Heute letzter Volkstag.
Jeder Erwachsene hat das Recht, ein Kind frei einzuführen.
Jedes Kind erh. ein Pfingstgeschenk.
Der phänomenale Riesenknabe:
Der lange Joseph.
16 Jahre alt, 217 cm hoch.
Eintritt 50 Pf. für die gesamte Ränge des Panoptikums ohne Extra-Entree.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Fräulein Julie.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Nachtasy.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunn. Badstr. 58.
Täglich:
Die Tochter des Heimkehrers.
Drei-aktiges in 7 Bild. u. 6. Heilige. Außerdem das Attraktionsprogramm u. a.:

Paul Coradai.

Ronello Truppe, die Könige der Luft.
Entree 30, nummerierter Platz 50 Pf.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Ein Duell.
Vorher: Ein Sonnenstrahl.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Pauline.
Freitagabend 8 Uhr:
Ein Duell.
Vorher: Ein Sonnenstrahl.

Max Klem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. — Künstliche Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.
Die Kasseöffnung ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Neue Welt.

Arnold Scholz.
Jeden Mittwoch:
Grosses Kinder-Freuden-Fest
verbund mit Dombourgen, Fackelpolonaise u. Gratisüberlegung.
Hauptgewinn für Mädchen: Hauptgewinn für Knaben:
Eine silberne Damen-Uhr Eine silberne Herren-Uhr
Spezialitäten-Vorstellung
Anfang: 4 Uhr. Entree: 15 Pf.
Morgen Donnerstag: Elite-Tag! Militär-Konzert.

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Insel Rügen.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
Aus dem Haushalt der freien Natur.
Sterntwarte
Invalidenstr. 57/62.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165.
Die vielbewunderten
zusammengewachsenen
Schwestern
Rosa und Josefa:
!! einzig dastehend in der Welt !!

Belle-Alliance-Theater.

(Jean Kren und Alfred Schönfeld.)
Im Theater:
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Kamrad Lehmann.
mit Guido Thielscher in der Titelrolle.
Von 6 Uhr an im feinsten illuminierten Sommergarten:
Grosses Max Schmidt-Konzert (44 Musiker)
und der italienischen Kapelle „Aroari“ (5 Damen und 5 Herren in Original-Nationaltracht).

Gehr. Herrnsfeld-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Gastspiel der Tegernseer.
Heute zum letztenmal:
Die lustige Bauernposse:
Durch's Standesamt
oder: Die schöne Mühlbäuerin von Tegernsee.
4 Bilder mit Gesang und Tanz von Carl Wittus. — Bühnen-Einlagen und Schlußplattler-Tänze.
Morgen:
Der Prozessionshansl.
Oberbayer. Volkstheater in vier Aufzügen von L. Ganghofer und O. Reuter.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Abends 8 Uhr:
Das erste Gebot.
Hierauf: Der Dieb.

Carl Weiss-Theater.

Bürgerliches Schauspielhaus.
Große Reanharterstr. 132.
Die Löwenbraut.
Posse in 3 Akten v. Schöller-Bernstein.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Die beliebteste Vorstellung.
Im Garten: Grosses Spezialitäten-Programm. Durchschlagender Erfolg. Saalarten günstig. Anf. 5 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Theater und Spezialitäten.
Der kalte Leichnam.
Der Stummelbaron.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Kasseleröffnung von 3 Uhr ab geöffnet.

Königstadt-Kasino

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstrasse.
Täglich im herrlichen Naturgarten:
Paul Caspari Leopold.
Aufzügen v. Carl Stephan, die feine Kanon, Hermann Hempel, Gesang, Lederer, C. u. E. Reinhardt, Role Brandt.
Dr. Fausts Geistererscheinungen.
Löwenmut, Posse mit Gesang in 1 Akt.
Anf. Wochent. 8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Schweizer-Garten

Am Königsplatz. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Im Saale: BALL.
Zum Schluss:
Ein falsches Lokal.
Große Gesangsposse mit Tanz.
Entree 30 Pf.

Reichshallen

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Morgens 7 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Horsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Central-Verband der Maurer.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Donnerstag, den 26. Mai, abends 6 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Arbeiter-Sekretärs G. Link über: „Die Bedeutung des Unfallversicherungs-Gesetzes für die Arbeiter.“ — 2. Verschiedenes.
Bei der überaus großen Wichtigkeit, welche gerade diese Materie der Gesetzgebung für die Arbeiter im allgemeinen hat, erlaube ich die Kollegen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die örtliche Verwaltung. J. N.: H. Neumann.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79.
Direkt Ringbahnstation.
Ob schön! Täglich Ob Regen!
im herrlichen Garten ob. gr. Saal:
ca. 30 erstklassige Kummern.
Jackson - Troupe, Akrobaten,
5 Personen.
The Beirotta, (sensat. Burleske) eccentric.
Die Berliner Lieblinge
Fritz Brand und Mita Roselli,
Mstr. Brown m. seinen Wunderhunden.
Gehr. Artissell.
M. d'Oretta mit seinen musikalischen
Elefanten — etc.
Kasseleröffnung. Volksbelustigungen.
Sonntag, Montag, Mittwoch
und Sonnabend:
Ball.

Sanssouci.

Stollbuscher Thor — Stat. der Hochbahn.
Täglich
im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche
Sänger.
Gossmanns
Konzert-Garten
SW, Kreuzbergstr. 48.
Heute Mittwoch:
Eretos
Militär-Konzert
Anfang 5 Uhr.
(Harde-Mitglied in Unif.)
Dirigiert: Herr Strophaul.

Humoristisches Künstler-Ensemble.

Anfang 8 Uhr. 14915
Freitags: Harburger Sänger.
Montags und Freitags: Kränzhöhen.

Schlosspark Wilhelminenhof

Oberspreewald.
Station Nieder-Schöneweide.
Jeden Sonntag, Mittwoch,
Donnerstag:
Grosser Elite-Ball.
Kasseleröffnung v. 2 Uhr an geöffnet.
Ausspannung, Volksbelustigungen
aller Art. Chr. Fennel. (49122)

Reichshallen

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Morgens 7 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Horsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Schweizer-Garten

Am Königsplatz. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Im Saale: BALL.
Zum Schluss:
Ein falsches Lokal.
Große Gesangsposse mit Tanz.
Entree 30 Pf.

Reichshallen

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Morgens 7 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Horsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Schweizer-Garten

Am Königsplatz. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Im Saale: BALL.
Zum Schluss:
Ein falsches Lokal.
Große Gesangsposse mit Tanz.
Entree 30 Pf.

Reichshallen

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: 8 Uhr.
Morgens 7 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Horsts
Norddeutsche
Humoristen
und
Quartett-Sänger.
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bons haben Gültigkeit.

Schweizer-Garten

Am Königsplatz. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Im Saale: BALL.
Zum Schluss:
Ein falsches Lokal.
Große Gesangsposse mit Tanz.
Entree 30 Pf.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Bureau: SO., Engel-Ufer 15 (Gewerkschaftshaus). Fernsprecher: Amt 4, Nr. 8578
Mittwoch, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Koppenstr. 29:
Außerordentl. General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Berichterstattung vom Verbandstag. Wahl des Ausschusses
Verbands-Angelegenheiten.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Die Ortsverwaltung.

Stock- und Celluloid-Arbeiter.

Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr.
Sigung der Branchen-Kommission
bei Borelas, Brückenstraße 7.
Der Obmann.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Morgen Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Ausserordentliche General-Versammlung
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstage.
2. Geschäftsbericht vom 1. Quartal.
3. Beratung der zum Verbandstag gestellten Anträge.
4. Abrechnung vom Stichtagsfest.
5. Verbandsangelegenheiten.
Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.

Frauen-Begräbniskasse der Schriftsetzergewerlichen zu Berlin

Donnerstag, den 26. Mai 1904, abends 6 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Lokal Zimmermann, Wilhelmstr. 2.
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Kassierers. 2. Wahl der Revisoren. 3. Verschiedenes.
J. N.: G. Offenwasser.

Central-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.
Donnerstag, den 26. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Bereins-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal L.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Bericht der Lokalkommission. 3. Die Stellungnahme der Kollegen zu den Beschlüssen vom 20. Mai. 4. Verschiedenes.
Jeder Kollege erscheine in dieser Versammlung!
Die Versammlung wird Punkt 1/2 9 Uhr eröffnet.
Gäste, auch Damen, willkommen!

Steinbildhauer.

Freitag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr:
Branchen-Abend
im Luisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße 16.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Bericht der Lokalkommission. 3. Die Stellungnahme der Kollegen zu den Beschlüssen vom 20. Mai. 4. Verschiedenes.
Jeder Kollege erscheine in dieser Versammlung!
Der Vorstand.

A. Pergandé

Dampf-Färberei u. chem. Waschanstalt
färbt in allen Farben:
reinst:
Damenkleider . . . 3,00 Mark. Damenkleider . . . 2,50-3,00.
Herrenanzug . . . 4,50 " Röcke . . . 1,50-2,00.
Ueberschieber . . . 3,00 " Jacketts . . . 1,25-1,50.
Bettdecken . . . 1,25 " Blusen . . . 0,75-1,25.
Tischdecken . . . 1,25-1,50. Sonnenschirme . . . 0,50 Mark.
Stoppdecken . . . 2,50 Mark. Herrenanzüge . . . 3,00
Pflanz- u. Wäschestoffe a Stk 1-1,50. Ueberschieber . . . 2,00-2,25.
Fabrik: Holzmarktstraße 21.
Hauptgeschäft: Waldemarstr. 52.
Bitte genau auf die Firma zu achten!
vis-a-vis Bethanien.
Filialen: Bergmannstraße 27, Waldemarstraße 62.
Annahmestellen: Maxstr. 15. Moabit, Klopstockstr. 9.
Telephon: Amt VII Nr. 3943. 40632

100 Stück 7 zöller

Wielitz-Briketts
kosten jetzt ab meinen Filialen 70 Pfg.,
für 10 Pfg. 14 Stück. 5157L

100 Stück 7 zöller Anna-Briketts

(gleiche Heizkraft wie Iso, Monopol, Henkels Werke etc. etc.)
65 Pfg., für 10 Pfg. 15 Stück.
Edmund Beese, Komtor: Schwedterstr. 43.

Extra-

Warenhaus

Mittwoch

Donnerstag

Preise **A. Wertheim**

Freitag

soweit der Vorrat reicht:

Porzellan

<i>weiss</i>	Speiseteller tief	15, flach 12 Pf.
	Dessertteller	9 Pf.
	Kompottteller	7 Pf.
	Terrinen	90 Pf.
	Kartoffelschüsseln	65, 75 Pf.
	Saucieren	42 Pf.
	Bratenschüsseln oval 6 Gr.	15 b. 95 Pf.
	Salatieren	28, 38 Pf.
	Schüsseln rund	35 Pf.

<i>weiss</i>	Kaffeekannen	25, 45 Pf.
	Zuckerdosen	6 Pf.
	Milchtöpfe	6, 10 Pf.
	Tassen	10 Pf.

Kaffeesevice
bunt dekoriert
8 teilig 2 Mk., 9 teilig 2.60

<i>dekoriert</i>	Speiseteller tief	22 Pf.
	Speiseteller flach	22 Pf.
	Dessertteller	17 Pf.
	Kompottteller	13 Pf.
	Tassen	25, 45 Pf.
	Dessertteller	15, 20 Pf.
	Kuchenteller	45, 70 Pf.
	Milchtöpfe	15 Pf.
	Milchtöpfe Satz 4 Stück	45 Pf.

Steingut

Brunnenbecher bunt	10 Pf.
Tassen bunt	12 Pf.
Schüsseln geteilt	30 Pf.
Butterdosen bunt u. weiss	38, 45 Pf.
Mehlspeiseform „	22, 38 Pf.

Brotplatten bunt u. weiss	30, 35 Pf.
Spülschalen weiss	10 Pf.
Satznapfe 4er gerippt, weiss	42 Pf.
Fruchtschalen bunt u. weiss	38, 95 Pf.
Fruchtteller bunt u. weiss	12 Pf.

Waschservice bunt dekoriert 5 teilig
2.70, 4.75, 6.75 Mk.

Majolika-
Blumentöpfe
70, 85, 95 Pf., 1.10 bis 3.60

Ein Posten durchbrochener

Körbchen u. Fruchtschalen 30 Pf. bis 2.25

Emaillierte Geschirre

Kasserollen ohne Ring 8 Grössen	20 bis 70 Pf.
Kasserollen mit Ring 7 Grössen	40 bis 1 Mk.
Schmortöpfe ohne Ring 8 Grössen	35 bis 1.25
Gaskochertöpfe mit Deckel hellblau 4 Grössen	65 bis 1.15, marmor. 70 bis 2 Mk.
Kuchenpfannen rund 7 Gr.	17 bis 50 Pf.
Setzeierpfannen rund 8 Gr.	45 bis 80 Pf.
Wasserkessel flach, Bod. 4 Grössen	65 bis 1.10
Wasserkessel m. Absatz 6 Grössen	65 bis 1.40

Topfdeckel 8 Grössen	8 bis 25 Pf.
Kaffeekannen 8 Grössen	40 bis 1 Mk.
Kaffeekannen dekoriert 6 Grössen	40 bis 1.10
Milchtöpfe dekoriert 6 Grössen	20 bis 60 Pf.
Maschinentöpfe 7 Grössen	7 bis 30 Pf.
Maschinentöpfe dekor. 7 Gr.	10 bis 40 Pf.
Küchenschüsseln tief	55 u. 70 Pf.
Schüsseln flach 8 Grössen	18 bis 75 Pf.
Waschgarnituren 5 teilig hellblau	7.50 Mk.

Toiletteneimer m. Deck. weiss	1.60, Rohrhenkel 2.90
Toiletteneimer hellblau od. marm.	3.25, deko. 4.50
Wasserkrüge 4 Grössen	60 bis 1.25
Garniturkrüge	1.60, Kugelform 1.10
Wannen oval 6 Grössen	1.35 bis 3.50
Wannen rund 5 Grössen	1.15 bis 2.60
Eimer mit Deckel, dekoriert	1.90 u. 2.40
Wassereimer grau	72 Pf.
Wassereimer hellblau	80, marmor. 85 Pf.

Wirtschafts-Artikel

2 Gasplätteln vernickelt, m. Kr. hitzer Garnitur	4.90
Plätteisen für Böden 4 Grössen	1.65 bis 1.95
Waschfässer Zinkblech 8 Grössen	7.75 bis 10.50
mit Wulst 8 Grössen	9.75 bis 13 Mk.
Waschzuber Zinkblech	9 u. 11 Mk.
Wäscheleinen	1.60 bis 3.25
Putzkomoden 2 Gr.	2.60 u. 3.50
Küchenbretter Buche 6 Gr.	10 bis 85 Pf.
Küchenbretter Ahorn 6 Gr.	25 bis 1.60

Eisschränke kleine aus Blech 12.25 Mk.
eichenartig { 1 türig 19 Mk., 23.50, 33 Mk., 39 Mk.
gestrichen { mit Butterkasten 31.50, 2 türig 56 Mk.

Putz- u. Wickskasten	42 u. 80 Pf.
Eierschränke 3 Grössen	42 bis 95 Pf.
Gazespinden 3 Gr.	5.50 bis 7.50
Tablets Weissblech 5 Grössen	10 bis 40 Pf.
Brotkasten 4 Gr.	1.25 bis 2.20
Frühstücksdosen	15 Pf.
Esslöffel Dtz.	1.30 Mk.
Teelöffel Dtz.	65 Pf.

Spirituskocher	30 u. 48 Pf.
Petroleumkocher emailliert	Loch 3.50, 4.50, Loch 6.75, 9.50
Topfreiniger	20 Pf.
Teppichkehrmaschinen	6.75
Reisebürsten „Blitzblank“	50 Pf.
Reisebürsten 3 Stück mit Karton	65 Pf.
Blumengitter	65 Pf.
Blumenampeln aus Draht	45 Pf.
Blumentopfhalter	40 Pf.

Ein Posten feiner **Porzellan-Nippes und Vasen** zur Hälfte des regulären Wertes.

Reichsgericht und schwarze Listen.

Vor einiger Zeit wurde gemeldet, daß das Reichsgericht sich gegen die schwarzen Listen ausgesprochen und einem auf die schwarze Liste gesetzten Arbeiter das Recht auf Schadenersatz zuerkannt habe. Jetzt liegt das betreffende Erkenntnis des Reichsgerichts in Sachen St. gegen A. u. Th. vor. Der Sachverhalt ist folgender: Der Kläger hat in der Zeit, wo er in der Eisengießerei der Beklagten als Gußruher in Arbeit gestanden, versucht, innerhalb der Fabrik in den Arbeitspausen und während der Arbeitszeit andre Arbeiter zu bestimmen, ebenfalls seiner Gewerkschaft beizutreten. Er soll dabei aufdringlich und rücksichtslos verfahren sein, so daß einzelne Arbeiter sich bei dem Werkmeister beschwerten, und dieser der Direktion Anzeige machte. Als der Direktor den Kläger zur Rede stellte, ist er laut und ungestüm geworden und hat ungehörige Äußerungen getan. Daraufhin, nicht wegen der Zugehörigkeit zu der Metallarbeitergewerkschaft, ist er entlassen worden. Der Kläger hat seiner Gewerkschaft angezeigt, er sei wegen seiner Zugehörigkeit und seiner Agitation für die Gewerkschaft entlassen worden. In gleicher Weise hat er die Sache in zwei Versammlungen dargestellt, die von der Gewerkschaft einberufen worden sind zur Beschlusfassung, ob er als Gemahregelter zu betrachten und während der Dauer seiner Arbeitslosigkeit von der Gewerkschaft zu unterstützen sei.

Die Beklagte hat diesen Sachverhalt dem Verbande Berliner Metallindustrieller angezeigt und beantragt, den Kläger bis auf weiteres zu sperren. Die Vertrauenskommission dieses Verbandes hat dem Antrag entsprochen. In einer zum Verbande gehörigen Fabrik, wo der Kläger inzwischen Arbeit gefunden hatte, wurde er infolge dessen entlassen, und im Arbeitsnachweis des Verbandes wurde ihm erklärt, er bekomme einen Arbeitsnachweis überhaupt nicht mehr. Er war darauf etwa 3 Monate arbeitslos und fand schließlich in einer Brauerei Arbeit. „Hiernach — sagt das Reichsgericht — kann nicht bezweifelt werden, daß das Verhalten der Beklagten für den dem Kläger erwachsenen Schaden kausal geworden ist, und daß ihre Absicht auf die Herbeiführung des diesen Schaden bedingenden Zustandes gerichtet war. Dies genügt, sofern die gegen den Kläger ergriffene Maßregel als eine unerlaubte Handlung zu erachten ist, zur Begründung der Haftung der Beklagten aus § 826 des B. G. B.“

Der Verband Berliner Metallindustrieller verfolgt neben andern Zwecken auch den, die Interessen seiner Mitglieder in Kämpfen, die zwischen ihnen und ihren Arbeitern über Lohn- und Arbeitsbedingungen entstehen, wahrzunehmen und durch gemeinschaftliches Vorgehen den Arbeitgebern zum Siege zu verhelfen. (Satzungen § 1 Ziffer 4, 5). Zu den Einrichtungen, die zugleich als Kampfmittel gegen die Arbeitnehmer dienen sollen, gehört auch die in § 1 Ziffer 3 und § 23 der Satzungen vorgesehene, durch eine besondere Geschäftsordnung geregelte Arbeitsnachweisstelle. Mag sie auch zunächst dazu bestimmt sein, den Mitgliedern die Gewinnung geeigneter Arbeitskräfte und arbeitstüchtigen Personen die Auffindung von Arbeitsgelegenheit zu erleichtern, so soll sie doch auch dem Verbande die Möglichkeit verschaffen, einzelne Arbeiter von sämtlichen dem Verbande angehörigen Werkstätten fern zu halten, sofern das zuständige Verbandsorgan — die Vertrauenskommission — dies als im Interesse der von ihr vertretenen Arbeitgeber liegend erachtet. Hiernach zielt die Bestimmung ab, monach bei den Verbandsmitgliedern — von gewissen hier bedeutungslosen Ausnahmen abgesehen — ausschließlich Arbeiter angenommen werden dürfen, die einen von der Arbeitsnachweisstelle erteilten Ausweis besitzen, und die — im Prozesse festgestellt — Einrichtung, monach die Mitglieder auch verpflichtet sind, Arbeiter, die sie auf Grund eines solchen Ausweises bereits in Dienst genommen haben, wenn die Nachweisstelle den Ausweis nachträglich zurückzieht und davon den Arbeitgeber benachrichtigt, sofort zu entlassen.

Die unmittelbare Wirkung dieser Einrichtung erstreckt sich nach den von der Vorinstanz für glaubhaft erachteten Angaben des Zeugen Rätzer (Blatt 159fg.) auf etwa neun Zehntel aller in Berlin und Umgebung bestehenden Etablissements der Metallindustrie. Mittelbar aber greift sie, wie das Berufungsgericht feststellt, noch viel weiter. Einmal hat nämlich die Verfassung oder Entziehung des Ausweises auch die Wirkung, daß es für den davon betroffenen Arbeiter sehr schwierig und oft unmöglich ist, bei einer der nicht zum Verbande gehörenden Fabriken von Berlin und Umgebung — das Berufungsgericht führt deren Seite 24 sechs auf — Arbeit zu finden, weil auch sie, wie Rätzer angibt, Rücksicht auf den Verband nehmen. Und weiter wird ein in dieser Weise gemahregelter Arbeiter vermöge der Beziehungen, die der Berliner Verband zu dem Gesamtverbande deutscher Metallindustrieller unterhält, auch bei keiner auswärtigen zu diesem Verbande gehörigen Fabrik angenommen.

Die Verhängung der Arbeitsperre hat hiernach für die Dauer ihres Bestandes Folgen, die der vollständigen Ausschließung des betreffenden Arbeiters von der Beschäftigung in einem größeren Betriebe der Metallbranche nahe kommen, und es kann mit Grund die Frage aufgeworfen werden, ob nicht eine Einrichtung, die einem Unternehmerverbande einen so eminenten Eingriff in die Betätigung der Arbeitskraft eines andern ermöglicht und bezw. die Betätigung der dadurch gegebenen Gewalt als gegen das Gesetz verstoßend anzusehen sei.

Das Reichsgericht erörtert dann, ob der Ausweis der Arbeitsnachweisstelle nicht eine Umgehung des § 113 der Gewerbe-Ordnung darstelle, durch den verhindert werden solle, daß ein abfälliges Urteil des bisherigen Arbeitgebers denjenigen, bei denen sich der Arbeiter um Beschäftigung bewirbt, ohne weiteres, d. h. ohne daß sie besondere Erkundigungen einziehen, zur Kenntnis gebracht werde.

„Es bedarf indessen für den vorliegenden Fall — fährt das Reichsgericht fort — keiner Beantwortung dieser Frage, denn auch wenn man sie verneint, so mußte doch jedenfalls die Art, wie der Verband von der selbstgeschaffenen Einrichtung Gebrauch gemacht hat, als gegen die guten Sitten verstoßend erachtet werden.“

„Wie das Reichsgericht bereits mehrfach ausgesprochen hat, muß auch in den Kämpfen, die der gewerbliche Wettbewerb und in besonderer Schärfe der Interessen- und Massenagenz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in gewerblichen Großbetrieben mit sich bringt, bei Verfolgung an sich erlaubter Zwecke die Einhaltung von Schranken in der Weise verlangt werden, daß als unzulässig nicht bloß Kampfmittel, die in an sich rechtswidrigen Handlungen bestehen, sondern auch solche, eine Schädigung des Gegners mit sich bringende Maßregeln anzusehen sind, die nach den allgemein bestehenden Sittenanschauungen schädlich oder doch unter den gegebenen Umständen als unbillig und ungerecht erscheinen.“

Nach demjenigen, was gestützt auf die tatsächlichen Feststellungen der Vorinstanz über die Wirkung einer von dem in Frage stehenden Verband verhängten Arbeitsperre bemerkt ist, enthält nun diese Maßregel einen sehr schweren Eingriff in das wirtschaftliche Leben des davon Betroffenen; denn es wird ihm die Gewinnung von Arbeitsgelegenheit auf einem gewerblichen Gebiet, das bezüglich der Zahl der darin beschäftigten Arbeiter in allererster Reihe steht, in weitestgehender Weise beschränkt und erschwert, der Übergang zu einem andern gewerblichen Gebiete aber ist auch für einen Arbeiter, der keine besondere Sachausbildung genossen hat, regelmäßig mit großen Schwierigkeiten verbunden, es gelingt ihm der Natur der Sache nach meist nicht sofort, in einem ihm zunächst fremden Gebiete eine für ihn geeignete Beschäftigung zu finden, und er muß sich fast immer mit geringererem Lohn begnügen, als er ihn in einem Arbeitsgebiete, für den ihm die durch längere Übung erworbenen Fertigkeiten und Kenntnisse zu nutzen kämen, erzielen haben würde.

Mit Rücksicht hierauf muß es für einen Arbeitgeberverband, der sich in den Stand gesetzt hat, seinen Maßnahmen eine so weit greifende Wirkung zu geben, wie es bei dem hier in Frage stehenden Verbande der Fall ist, als ein zwingendes Gebot der Gerechtigkeit und Billigkeit

erachtet werden, daß er zur Aussperrung eines einzelnen Arbeiters auf längere Zeit oder zeitlich unbegrenzt höchstens dann vorschreitet, wenn es sich um sehr schwere Verfehlungen desselben in dem Arbeitsverhältnis handelt und diese durch sorgfältige Ermittlungen festgestellt sind. Ob sich im gegebenen Falle bezüglich der Art, wie diese Ermittlungen angeestellt worden sind, Einwendungen erheben lassen, kann dahingestellt bleiben, da nach den Feststellungen der Vorinstanz der Vertrauenskommission des Verbandes vor ihrer Entscheidung hauptsächlich der tatsächliche Sachverhalt bekannt gewesen ist. Wohl aber muß nach diesen Feststellungen die von der Kommission verfügte Maßregel gegenüber dem Verhalten des Klägers als eine gegen die Billigkeit verstoßende Härte bezeichnet werden.

Es soll keineswegs verkannt werden, daß die Art, wie der Kläger während seiner Tätigkeit in der Fabrik der Beklagten andre Arbeiter zum Beitritt zur Gewerkschaft der Metallarbeiter zu bestimmen gesucht hat, durchaus ungehörig gewesen ist, ungehörig wegen der Zeit und des Ortes, wo er seine Verörungen unternahm, und wegen der Aufdringlichkeit und Rücksichtslosigkeit, mit der er verfuhr. Das gleiche gilt von seinem Verhalten gegenüber dem Direktor Rätzer, als dieser ihn wegen dieser Agitation zur Rede stellte. Es erscheint deshalb sehr erklärlich und berechtigt, daß der genannte Fabrikleiter die sofortige Entlassung des Klägers verfügte. Dagegen geht es viel zu weit, wenn das Landgericht angesprochen hat, schon das erwähnte Verhalten des Klägers lasse ihn als eine Persönlichkeit erscheinen, die sich überhaupt nicht dazu eigne, in Werkstätten, wo er mit einer größeren Anzahl von Arbeitern in Berührung komme, beschäftigt zu werden. Diese Beurteilung ist um so weniger gerechtfertigt, als nicht etwa festgestellt oder auch nur behauptet worden ist, daß der Kläger sich schon an andern Stellen, wo er gearbeitet, in gleicher Weise durch Agitation und unbotmäßiges Verhalten lästig gemacht habe und daher als ein Mensch zu betrachten sei, der auch durch Entlassung aus der Arbeit von einer oder mehreren Stellen nicht zu einem angemessenen Verhalten gebracht werden könne. Tatsächlich hat auch der Direktor Rätzer die erwähnten Vorgänge noch nicht als geeignet angesehen, eine Maßregelung des Klägers durch den Arbeitgeberverband zu rechtfertigen, er ist zu einer Anzeige an diesen erst vorgegangen, nachdem die Entlassung des Klägers (und noch zwei weiterer Arbeiter) Gegenstand der Verhandlungen in zwei Arbeiterversammlungen gewesen war.

„Natürlich ist nicht zu bestreiten, daß der Kläger auch durch die unrichtigen Angaben über den Grund seiner Entlassung in diesen Versammlungen unrecht gehandelt hat, allein eine besonders böswillige, auf die Schädigung seiner bisherigen Arbeitgeberin gerichtete Gesinnung oder eine willkürliche Verkommenheit ist auch hier in seinem Verhalten nicht zu Tage getreten.“

Unter diesen Umständen dürfte die Beklagte nicht beantragen, und die Vertrauenskommission des Verbandes, wenn sie gerecht und billig urteilen wollte, nicht beschließen, eine zeitlich unbegrenzte Arbeitsperre über den Kläger zu verhängen, und ihn damit so schweren Nachteilen, wie sie diese Maßregel nach den von dem Verbande geschaffenen Einrichtungen mit sich bringt, aussetzen.“

„Dar hiernach anzunehmen, daß gegen den Kläger eine von der Beklagten veranlaßte und zu vertretende, gegen die guten Sitten verstoßende unerlaubte Handlung im Sinne von § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches begangen worden sei, so erscheint der Klageanspruch dem Grunde nach gerechtfertigt.“

Das Reichsgericht ist also weit davon entfernt zu entscheiden, daß „Schwarze Listen“ grundsätzlich gegen die guten Sitten verstoßen und schadenersatzpflichtig machen. Es erklärt es vielmehr für eine von den Umständen jedes Falles abhängende tatsächliche Frage, ob ein Verstoß gegen die guten Sitten und Schadenersatzpflicht vorliegt. Bei dem Arbeitgeberverband der Metallindustriellen erachtet es, daß dieser Verband zur Aussperrung eines einzelnen Arbeiters auf längere Zeit oder zeitlich unbegrenzt höchstens dann vorschreiten kann, wenn es sich um schwere Verfehlungen desselben in dem Arbeitsverhältnis handelt, und diese durch sorgfältige Ermittlungen festgestellt sind.“

Zunehmend ist diese Entscheidung des Reichsgerichts beachtenswert in einer Zeit, wo die preussische Regierung gegen landwirtschaftliche Arbeiter wegen Vertragsbruchs, und sei er auch noch so entschuldbar, schwarze Listen mit dauerndem Ausschluß von der Arbeitsgelegenheit durch die Gewerkschaft einführte und ihre Durchführung mit Strafen erzwingen will. Nach obiger Ansicht des Reichsgerichts verstößt solche Gesetzgebung gegen die guten Sitten und würde deshalb, wenn ihr Inhalt durch Vertrag vereinbart würde, nichtig sein, und die Grundbesitzer den geschädigten Arbeitern gegenüber schadenersatzpflichtig machen.

Vierte General-Versammlung des Central-Verbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands.

Magdeburg, den 24. Mai 1904.
Am 1. und 2. Pfingstfeiertag tagte hier in der „Reichshalle“ die vierte Generalversammlung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands. Anwesend waren 19 Delegierte, die ebenso viele Orte vertraten. Der Verbands-Vorstand hatte die Kollegen Josephsohn und Schulze-Hamburg entsandt, ferner war die Generalkommission durch Regien, sowie das Gewerkschaftsamt von hier und die hiesige Vertretungsstelle der Handels- und Transportarbeiter vertreten.

Zu Vorgesetzten wurden gewählt Josephsohn-Hamburg und Köhler-Leipzig, zum Schriftführer Schulze-Hamburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorkisende den verstorbenen Kollegen Emil Rosenow und Wilhelm Swienty, die beide auf der vorigen General-Versammlung des Verbandes als Referenten fungiert hatten, einen warm empfundenen Nachruf.

Der Geschäftsbericht über die beiden Jahre 1902 und 1903 lag den Delegierten im Druck vor. Danach ist die Mitgliederzahl des Verbandes in diesem Zeitraum von 1888 auf 3054 gestiegen, davon 1540 männliche und 1514 weibliche. Die Einnahmen beliefen sich auf 41 288,20 M., die Ausgaben auf 42 088,85 M. Der Restenbestand war 4452,47 M. Das Defizit im letzten Geschäftsjahre ist durch Ausgaben für Streiks verursacht, die der Verband führen mußte und die insgesamt eine Ausgabe von 4678,05 M. erforderten, wovon 2921,71 M. aus der Verbandskasse bestritten werden mußten. Dem Vorstand wurde für die Geschäftsführung in den letzten zwei Jahren Entlastung erteilt. Eine Aufforderung des kaiserlich-staatlichen Amtes in Berlin zur Mitarbeit an einer Statistik über die Ergebnisse der kaufmännischen Stellenvermittlung hatte der Vorstand abgelehnt. Die Generalversammlung erklärte sich mit der Ablehnung einverstanden.

Sodann wurden die Anträge auf Änderung des Statuts beraten. Beschlossen wurde, einen Ausschuß einzusetzen und die Stellenlosen-Unterstützung zu erhöhen. Einen Antrag, den internationalen Kongress in Amsterdam zu beschicken, wurde zugestimmt, ebenso der Beschickung des nächsten deutschen Gewerkschaftskongresses durch zwei Delegierte. Zum Verbandsvorsitzenden und Redakteur des Verbandsorgans wurde Josephsohn-Hamburg einstimmig wiedergewählt. Als Sitz des Ausschusses wurde Berlin bestimmt.

Hierauf referierte das Verbandsmitglied Reichstags-Abgeordneter Lipinski-Leipzig über „Die nächsten Aufgaben für die Sozialreform im deutschen Handelsgewerbe“. Der Referent hatte seine Anschauungen in nachstehender Resolution zusammengefaßt, die einstimmig angenommen wurde.
„Die vierte Generalversammlung des Centralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands (Sitz Hamburg) erachtet einen planmäßigen weiteren Ausbau der Sozialreform für die Angestellten im Handelsgewerbe als eine dringende Aufgabe der Reichsgesetzgebung. Diese Aufgabe in weit schnellerem Tempo wie gewohnt ihrer Lösung entgegenzuführen, ist angesichts der mangelhaften wirtschaftlichen und gesundheitlichen Zustände unter

den Handelsangestellten eine gebieterische Notwendigkeit. Als wichtigste Forderungen sind dabei zunächst zu berücksichtigen: Reichsgesetzliche Einführung des Achtuhr-Ladenkloßes. Beschränkung der Arbeitszeit in Comptoiren auf täglich acht Stunden. Bei geteilter Arbeitszeit: Festsetzung einer Mittagspause von zwei Stunden, in Großstädten von zwei und einer halben Stunde.

Völlige sechsunddreißigstündige Sonntagsruhe für alle Handelsangestellten.

Obligatorischer Fortbildungsschul-Unterricht für Gehilfen und Lehrlinge unter 18 Jahren während täglich zweier Vormittagsstunden.

Schaffung einer Handelsinspektion unter Hinzuziehung von Gehilfen.

Ausdehnung der Unfallversicherung auf alle Handelsangestellten, Schaffung einer ausreichenden reichsgesetzlichen Versicherung aller Verbalangestellten gegen Alter und Invalidität, bei Verwahrung von Witwen- und Waisenrenten.

Beseitigung der Konkurrenzklauel.

Beseitigung der §§ 9 und 10 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

Die Generalversammlung erkennt an, daß die Reichstagskommission zur Vorbereitung des Gesetzesentwurfs über die Kaufmannsgerichte die Vorlage der verbündeten Regierungen wesentlich verbessert hat, und ersucht den Reichstag, den Entwurf dahin zu erweitern, daß

- 1. das Obligatorium für die Errichtung allgemein ausgesprochen wird;
- 2. den Frauen das passive Wahlrecht gewährt wird;
- 3. die Verfassungssumme von 300 auf 500 M. erhöht wird.

Die Generalversammlung erwartet, daß der deutsche Reichstag die Vorlage in Kürze verabschiedet und alle Versuche zurückweist, das Zustandekommen des Gesetzes zu verzögern, dessen Schaffung die Handlungsgehilfen seit mehr als einem Jahrzehnt verlangen und für das sich der Reichstag wiederholt einmütig ausgesprochen hat.“

Zum Schluß referierte Paul Lange-Leipzig über das Thema: „Kollektiver Arbeitsvertrag für Konsumvereine“. An diesen Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Beschlossen wurde eine Resolution, die es als eine Aufgabe der Gewerkschaften bezeichnet, an Stelle der besonderen Arbeitsverträge zwischen dem einzelnen Arbeitnehmer und dem einzelnen Arbeitgeber kollektive Arbeitsverträge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Organisation herbeizuführen. Besonders im Handelsgewerbe würde es für eine immer größere Mehrzahl von Handlungsgehilfen zur Notwendigkeit, durch die gewerkschaftliche Organisation zu einem kollektiven Arbeitsvertrag zu gelangen. Vor allem aber wären die aus der Arbeiterkraft hervorgegangenen Genossenschaften verpflichtet, mit den bestehenden Gewerkschaften hinsichtlich der Gestaltung dieser Verhältnisse zu verhandeln.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Von Delegierten aus Süddeutschland wurde der Wunsch ausgesprochen, die nächste Generalversammlung in einer süddeutschen Stadt, möglichst in München abzuhalten, und der Verbandstag sodann nach einem Schlußwort des Vorsitzenden, der zu eifriger Weiterarbeit für die Ausbreitung der Organisation aufforderte, mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Rixdorf, Arbeiter! Parteigenossen!
Auf zur Kommunalwahl!

Heute Mittwoch, in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags finden zwei Stadtverordneten-Erhaltwahlen für die 3. Abteilung statt.

Im 7. Bezirk, umfassend die Köpenicker Landstraße, die Eisen-, Friedels-, Gobrecht-, Laube-, Malinger-, Ranssen-, Pannier-, Reuter-, Werra-, Wildenbruchstraße und Reuterplatz, befindet sich das Wahllokal in der Turnhalle, Erststraße 26; unser Kandidat ist Genosse

Paul Ritsche, Steinarbeiter, Erststr. 8.
Im 10. Wahlbezirk, welcher die Hermannstr. von 1-98 und 107-258 sowie Regestraße umfaßt, befindet sich das Wahllokal im Kusthaus der Vereinsbrauerei, Hermannstraße 219. Hier ist ein Hausbesitzer zu wählen und ist unser Kandidat der Genosse

Dito Spreer, Eigentümer, Karlsgrabenstr. 8.
Wahlberechtigt ist jeder Preuße, welcher das 24. Lebensjahr vollendet hat, mindestens ein Jahr in Rixdorf wohnt, ein Einkommen von mehr als 800 Mark versteuert und in den Wählerlisten eingetragen ist.

Wir fordern daher auch alle diejenigen, welche zur Zeit der Aufstellung der Wählerlisten (Juli v. J.) in diesen Bezirken gewohnt haben und nach andern Bezirken verzogen sind, auf, ebenfalls von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Nur wenn jeder seine volle Schuldigkeit thut, können wir mit Ehren aus der Wahl als Sieger hervorgehen.

Lokales.

Die Heimstätten-Misere

wird schlimmer und schlimmer, je mehr das Frühjahr vorschreitet und der Sommer herannäht. Alle fünf Heimstätten sind jetzt voll besetzt, einzelne davon schon seit vielen Wochen, ja seit Monaten. Aufnahme kann längst nur noch erfolgen, wenn durch Entlassung ein Platz frei wird. Die Zahl der vorgemerkten Personen wächst fort und fort, und immer länger wird die Wartezeit, die den neugemeldeten zugemutet werden muß. Am 14. Mai waren vorgemerkt: in Blankenburg (genessende Frauen) 92 Personen, in Heinersdorf (genessende Männer) 31 Personen, in Blankensfelde und Malchow (beide für lungenseidende Frauen) 134 Personen, in Gättergoy (lungenseidende Männer) 178 Personen. Die Wartezeit betrug nun bereits: für Blankenburg 31 Tage, für Heinersdorf 11 Tage, für Blankensfelde und Malchow 24 Tage, für Gättergoy 51 Tage. Wer also am 14. Mai z. B. für Gättergoy vorgemerkt wurde, der hatte Aussicht, erst am 5. Juli ausgenommen zu werden.

In diese Misere hinein lüftet jetzt die frohe Volkstaste, daß die neue Heimstätte in Buch, die für lungenseidende Männer bestimmt ist, zum Herbst oder Winter 1904 „sicher“ fertig werden soll. In der letzten Sitzung des Heimstätten-Kuratoriums ist mitgeteilt worden, daß die Eröffnung im Oktober, spätestens im November, allerhöchstens im Januar erfolgen soll. Es ist in der That dringend zu wünschen, daß es diesmal nicht wieder bei dem bloßen Versprechen bleibt. Diese neue Heimstätte ist zwar bereits im September 1897 von den sozialdemokratischen Stadtverordneten gefordert und im März 1899 von der Stadtverordneten-Versammlung grundsätzlich genehmigt worden, aber die Nachfrist, daß sie schon (1) im Jahre 1904 fertig werden soll, ist trotzdem eine Ueberraschung und klingt fast wie ein Märchen. Der letzte Verwaltungsbericht des Heimstätten-Kuratoriums, der vom Dezember 1903 datiert war und im Februar 1904 veröffentlicht wurde, sprach davon, daß nach einer Versicherung der Baudeputation die Fertigstellung der für sämtliche Anstalten in Buch bestimmten Verwaltungscentrale für Herbst 1904 „zu gewärtigen sei“. Aber das Kuratorium hatte es daraufhin nicht wagen wollen, noch in den Etat von 1904 Betriebsmittel für die

neue Helmstücke einzustellen. Um so besser, daß es nun doch noch zu einer Eröffnung im Etatjahr 1904 kommen soll.

Es scheint, daß die Kritik, die bei der diesjährigen Etatberatung von sozialdemokratischen Stadtoberordneten an dem Heinfaltenwesen geübt worden ist, doch ihre Wirkung erhalten und zu einer Beschleunigung der Bauarbeiten geführt hat. Wir wollen nur hoffen, daß nicht noch im allerletzten Stadium der Bauausführung Magistrat und Stadtoberordneten-Versammlung eine so- und sovielle Wenderung des Bauentwurfes beschließen, durch die zwar wieder noch an den Baukosten ein paar Tausend Mark gespart würden, aber dafür auch die langersehnte Vollendung des Baues wieder noch um ein paar Monate verzögert würde.

Die städtischen Kauslisten, welche seit Jahren über ihre ungünstige Lage klagen, sollen nunmehr durch eine kleine Aufbesserung ihrer Bezüge erfreut werden. Der Magistrat hat verfügt, daß den Kauslisten für diejenige Lage, an denen die städtischen Dienststellen schon 1 Uhr mittags geschlossen werden, das Pflanzpensum (acht Vogen a 38 Pf.) voll bezahlt werden soll und ebenso an solchen Tagen, an welchen wegen Arbeitsmangel den Magistratskassisten nicht das volle Pensum übertragen werden kann. Im letzteren Falle soll jedoch bei zweimaliger Wiederkehr solcher „Müssen Tage“ im Monat Bericht erstattet werden — wegen Verminderung des Kauslistenpersonals.

Vor chemischen Präparaten, saurer Milch und Brenneffeln warnt die Polizei in folgender Veröffentlichung: Beim Beginn der heißen Jahreszeit pflegen durch Reizungsinjektionen und gedruckte Rundschreiben allerlei chemische Präparate, meist unter Phantasienamen und ohne Angabe der Zusammensetzung, als Zusätze zur Milch, um deren Gerinnung zu verzögern, empfohlen zu werden. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser Mittel wird dringend gewarnt. Es ist keine chemische Substanz bekannt, die im Handel wäre, die Milch frisch zu erhalten und vor dem Gerinnen zu bewahren, ohne ihr gleichzeitig gesundheitschädliche Eigenschaften zu verleihen. Das einzig empfehlenswerte Verfahren, um im Haushalte die Milch vor dem Säuerwerden möglichst lange zu schützen, ist: Die Milch so frisch wie möglich zu kaufen, sofort nach dem Ankauf sie bis zum Aufwallen aufzulösen und sie alsdann schnell abgeseiht an kühlem Orte in einem Gefäß mit überflüssigem Deckel, und zwar am besten ohne Umgießen in dem Gefäß, das zum Aufschließen diente, aufzubewahren. Milch, die kleineren Kindern gegeben wird, sollte vor Verabfolgung an sie jedesmal von einem Erwachsenen geloset werden, um festzustellen, ob sie auch nicht sauer oder bitter schmeckt. Wer Milch, die mit chemischen Konservierungsmitteln versetzt ist, einfließt, fälscht oder verkauft, hat Bestrafung auf Grund von § 31 der Polizeiverordnung vom 15. März 1902 und Verfolgung auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zu gewärtigen. Das in Produzenten- und Händlerkreisen hier und da noch übliche Verfahren, Brenneffeln in die Milch zu legen, um sie zu konservieren, fördert die Gerinnung der Milch viel mehr als sie es verhindert. Dies Verfahren ist schon aus Reinlichkeitsgründen durchaus zu verwerfen und ist außerdem geeignet, die Milch gesundheitschädlich zu machen.

Die Pfingstfeiertage brachten kein freundliches Wetter. An beiden Tagen war der Himmel stark bewölkt und die Temperatur so niedrig, daß die Frühkonzerte nur im Winterrod zu genießen waren. Unter solchen Umständen kam selbst bei Leuten, die in der Theorie der Abstinenzbewegung Konzeptionen zu machen geneigt sind, der steife Grog zu respektablen Ehren. Auch an den Nachmittagen wiesen die Biergärten manche Lücke auf, und nur einige große Lokale machten ihr Pfingstgeschäft. Im Westen war besonders nach den Terrassen am Halensee ein beinahe mörderischer Andrang. Es ist dies das neue von der Firma Schinger errichtete Vergnügungsinstitut, das im Geschäft des Königs Rebutadnezar erbaut ist. Alle Welt staunte ob der im echten Stuhl hergestellten Posaunenengel und der den Vabel-Bibel-Streit beleuchtenden Turmbauten. Was der Erksudirektor Schumann auf dem Wege des Balletts zur Popularisierung dieses wichtigen Streifens getan hat, das ist in Halensee unter Weisheit und Zement gesehen. Von Ehrfurchtschauern gepackt, opferten denn auch viele Tausende dort dem Moloch. Daß die Straßenbahnwagen im Sturm genommen wurden und der Eisenbahnverkehr nicht ohne zerrissene Leberzieher und zerbrochene Schirme von staten ging, versteht sich; dafür feierten wir Pfingsten. Glücklicherweise reichten die Rettungskräfte und im Schoße der Familie sein Abendbrot verzehren konnte.

Die Verkehrsstände, welche an den Pfingsttagen an einem beliebigen Ausflugsort herrschten, werden noch durch die folgende Meldung eines Berichterstatters beleuchtet: Der Bahnhof Finken-Lug war an den beiden Pfingstfeiertagen der Schauplatz wüster Szenen. Der Bahnsteig ist in seiner Länge von etwa 50 Meter durch einen Statetzgang zur Hälfte geteilt, nur drei schmale Einlässe gestatten den Gang zum Zuge. In unverantwortlicher Weise werden nun die Fahrgäste hinter dem Statel so lange festgehalten, bis der Zug eingelaufen ist. Erst dann werden an den Durchlässen die Ketten geöffnet, und nur rette sich, wer da kann! An den Pfingstfeiertagen war abends der Andrang ganz enorm, denn viele Hunderte standen in drangvoller Enge zusammengepfercht und harrieten des Augenblickes der Durchlassöffnung. Sobald dieser eingetreten, entsetzte sich die Besette in dem Menschen! Ohne Rücksicht auf Kinder, alte Leute etc. suchte jeder die „hohe Gasse“ zu passieren, um sich dann einen Platz im Wagen zu erkämpfen. Wer nicht standhaft war, wurde niedergedrückt, selbst über kleine Kinder und Frauen ging der Weg. In das Joch der vortwärtsdrängenden Menge mischte sich das Beschlagen und Jammer der zu Boden Getretenen; hörte man doch hier und da von Quetschungen aller Art, Armbrüchen, Beinverrenkungen etc. Da sich derartige Szenen an schönen Sonntagen stets wiederholen, so hat die Eisenbahn-Verwaltung die Pflicht, die verkehrswidrigen Einrichtungen des Bahnhofes Finkenlug, die auf keinem andern Vorortbahnhofe anzutreffen sind, schleunigst zu entfernen. Hoffentlich werden hierzu auch die Unfalls-, Schmerzensgeld- und Schadensersatzklagen gegen den Eisenbahnklub ihr Teil beitragen.

Ein Substanzreich wurde Montagabend um 9 1/2 Uhr gegen die Fahrgäste eines Dampfers auf der Obersee verübt. Der Dampfer „Germania“ von der Firma Kahn u. Herzer hatte auf der Rückfahrt von Hantels Ablage in der Nähe von Nieber-Schöneweide die unvollendete Brücke zu passieren, die dort für das Kabelwerk erbaut wird. Als der Dampfer vorsichtig durch das Bantwerk hindurchfuhr, goß ein Unbekannter von der Brücke herab einen Kessel voll mit über die Fahrgäste aus. Ein Schrei des Entsetzes und der Empörung rang sich durch die Luft und alles drang auf den Kapitän ein, mit dem Dampfer die Verfolgung des ruchlosen Substanzreichs aufzunehmen, der schnell in einen bereitgehaltenen Kahn stieg und in der Dunkelheit verschwand. Doch mußte der Dampfer notgedrungen in der Fahrtrichtung bleiben und die Verfolgung des Frevlers unterlassen. Die Kleider zahlreicher Fahrgäste sind durch die Unthat ruiniert worden und der Gestank auf dem Bordsteil des Schiffes war so entsetzlich, daß der Aufenthalt dort unmöglich wurde. Die Gendarmen sind noch am Abend von der abscheulichen That unterrichtet worden, doch hat man des Frevlers bisher nicht habhaft werden können.

Zu dem Gerüchte von einem Raubmorde gab ein Leichenfund Veranlassung, der am ersten Pfingstfeiertage, morgens 4 Uhr, in der Laubentlohnung an der verlängerten Senefelderstraße gemacht wurde. Nur genannter Zeit wurde dort in einem offenen Anbau der dem Wänter Müller gehörigen Laube von dessen Schwiegervater Kähn die Leiche des 56 Jahre alten Tischlergesellen Ernst Gobart entdeckt, der zuletzt in der Landberger Allee eine Schlafstelle inne hatte. Dem Toten fehlten Stiefel und Rock; die Kravatte, der Hut, das Notizbuch, das verchiedene Briefe enthielt, lagen zerstreut auf dem Erdboden und unter dem Eingang zur Laube stand eine geleerte Schnapsflasche. Der Tote lag auf dem Rücken, die Arme stark angezogen, die Hände seitwärts angegedrückt. Am Kehlkopf war eine Strangulationsmarke vorhanden; ein ziemlich starker Strick lag

unter der Leiche. Die Eingangstür zu dem Gärtchen war in den Angeln ausgehoben und gewaltsam zur Seite geschoben. Der Vorsteher des zuständigen Polizeireviere gab die Meldung von einem unmutmaßlichen Morde an das Polizeipräsidium, worauf sofort eine Gerichtskommission des Landgerichts I ersahen, die den geschilderten Tatbestand ermittelte und die Leiche in der Fundlage und am Fundorte photographieren ließ. Obgleich die Art des Mordes die Vermutung zuließ, daß Gobart das Opfer eines Verbrechens geworden ist, spricht doch eine ganze Reihe von Umständen dafür, daß G. Selbstmord verübt hat. Der außerordentlich kräftige Mann hat sich zweifellos nicht gewehrt, was bei einem an ihm verübten Verbrechen doch wohl der Fall gewesen wäre. Gobart ist verheiratet, lebte jedoch seit etwa vier Wochen — und zwar infolge eigener Schuld — von seiner Familie, die in unmittelbarer Nähe des Fundortes, Dunderstraße Nr. 3 wohnt, getrennt. Der Verstorbenen war dem Trunke ergeben und hatte schon öfter Selbstmordgedanken geäußert. So hat der ehemalige Logiswirt des G., der in der Frankfurter Allee 10 wohnende Tischler Gölde, der Polizei einen Brief des Verstorbenen übergeben, in welchem dieser mitteilt, daß er sich durch Erhängen das Leben nehmen werde. Gobart war auch seit einiger Zeit arbeitslos, bezog aber als Mitglied des Holzarbeiter-Verbandes Arbeitslosen-Unterstützung. Es meldeten sich im Laufe des Sonntagmittags Personen, die am Abend vorher Gobart am Hause der Laubentlohnung ohne Stiefel liegend gesehen haben wollen; außerdem hat Kähn gegen 8 Uhr morgens von seinem Fenster aus eine Person in der Nähe des späteren Fundortes gesehen. Während so die verschiedensten Umstände darauf hindeuten, daß ein Selbstmord vorliegt, ist der Befund des Strickes auffällig. Wenn die Schlinge auch gerissen sein sollte, so hätte sie immerhin an dem Haken, an dem sie befestigt gewesen, hängen bleiben müssen. Das ist jedoch nicht der Fall. Es ist aber auch ausgeschlossen, daß die Leiche nachträglich nach dem Fundorte geschleppt worden ist. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, werden aber hoffentlich Aufklärung bringen.

Durch einen Sturz von der Treppe ist in der Nacht zum Dienstag der 25 Jahre alte Arbeiter Friedrich Stalowski, der Langestr. 90 bei dem Arbeiter Will im ersten Stock des Quergebäudes wohnt, tödlich verunglückt. Der junge Mann hatte mit seinem Bruder einige Schankwirtschaften besucht und war etwas angetrunken, als er um 11 Uhr nach Hause ging. Um 12 1/2 Uhr fanden ihn zwei Arbeiter, die über ihm wohnten, tot im Handsturz liegen. Eine schwere Kopfwunde läßt darauf schließen, daß er von der schlechten Wendeltreppe herabgefallen war.

Auf traurige Weise hat die Kaufmannswitwe B. aus der Lothringersstraße ihr Leben verloren. Sie wurde schwer krank in das Krankenhaus in der Auguststraße eingeliefert und verstarb dort bereits nach wenigen Stunden. Die Obduktion hat ergeben, daß Frau B. ein Mittel gegen keimendes Leben in Anwendung gebracht hat und daran gestorben ist. Ihr achtjähriges Töchterchen befindet sich bei Verwandten in Pflege.

Eine Ausfälschung, deren drei Maurer sich schuldig machten, hat den Tod des Stationsassistenten Kähn auf dem Bahnhof Alexanderplatz mittelbar zur Folge gehabt. Die Maurer Emil Bape aus der Hirschfelderstraße 11 zu Schöneberg, Paul Winkler aus der Krummstraße 19 und sein Bruder Gustav Winkler aus der Bielestraße 9 waren Montagabend gegen 6 Uhr auf dem Schlesischen Bahnhof in einen Stadtbahnzug eingestiegen und hatten sich im Coupé gegen andere Fahrgäste unanständig benommen. Als sie auf deren Verlangen am Bahnhof Alexanderplatz festgesetzt werden sollten, gerieten sie mit dem Stationsassistenten und anderen Beamten in Streit. Eine Weile, nachdem die Namen der Frevler notiert und diese selbst entlassen waren, starb der Assistent plötzlich am Herzschlage. Im Laufe des gestrigen Tages wurden die Maurer verhaftet.

Ämlich wird über den tragischen Vorfall gemeldet: Von vier Personen, welche auf der Fahrt vom Schlesischen Bahnhof aus nach Alexanderplatz von drei Maurern belästigt wurden, hatten zwei Damen in Jannowitzbrücke das Abteil gewechselt, um sich weiteren Beleidigungen zu entziehen, eine andre Dame war in Alexanderplatz ausgehoben und machte dem Stationsassistenten Wobarg, welcher die Vertretung des Stationsassistenten Bernhard Kähn auf kurze Zeit übernommen hatte, Anzeige und beantragte, die beleidigenden Fahrgäste feststellen zu lassen. Wobarg forderte letztere deshalb auf, den Zug zu verlassen, wessen sie sich aber weigerten. Wobarg befahl nun zwei Thürschließer, sie mit Gewalt herauszuholen. Jetzt wandten sie sich gegen die Thürschließer und auch gegen den Stationsassistenten Bernhard Kähn, welcher durch den Zwischenfall veranlaßt, seine Dienstpauze noch nicht angetreten hatte. Einer der Thürschließer erhielt im Gesicht viele Kratzwunden, anscheinend auch einen Stich am linken Ohr und der linken Wange. Kähn wurde mit großer Gewalt gegen ein eisernes Treppengeländer gedrängt, am Halse gewürgt, auf den Kopf und die Brust geschlagen. Erst nach Eintreffen von Schulleuten und thätlichem Eingreifen derselben ließen die Exzedenzen von der Schlägerei ab und wurden dann von diesen und den Bahnpolizeibeamten festgesetzt und danach wieder entlassen. Kähn war nun nach dem Fernbahnhof gezwungen, um sich von der Aufregung zu erholen. Er genoß in dem Dienstraum noch Kaffee, wurde dann aber von heftigem Luftmangel überfallen. Nach Verlauf von etwa 40 Minuten nach der Schlägerei verschied er plötzlich. Der herbeigerufene Bahnarzt konnte nur noch den eben eingetretenen Tod feststellen. Der königlichen Staatsanwaltschaft war der Vorfall und besonders der Ausgang desselben durch das zuständige Polizeirevier sofort angezeigt. Dem Vernehmen nach sind die Exzedenzen wieder verhaftet worden. Die Leiche des Stationsassistenten Kähn ist zur Untersuchung nach dem Leichenschauhaus geschafft worden. Kähn hinterläßt eine Frau und vier Kinder und seinen alten Vater. Die weitere Untersuchung wird fortgesetzt.

Selbstmord des Raubmörders Piller. Der eine der beiden Mörder des Antschers Schemel, der Mechaniker Piller, hat sich in seiner Zelle erhängt. Er hatte sich mit seinem Taschentuch eine Schlinge um den Hals gelegt und diese an der Thür des Ofens festgenietet. Die Beaufsichtigung des zweiten Mörders, Jopp, wurde sofort verhängt. — Jopp ist jetzt nach Moabit gebracht worden.

Noble Bekanntschaft. Von einem Berliner Theaterdirektor erzählt man sich in den Schauspielercafés eine amüsante Geschichte. Jüngst empfängt der Bühnengewaltige einen Schauspieler bei sich in der Wohnung. Da das Telefon auf dem Schreibtisch läutet, unterbricht plötzlich der Direktor das Gespräch und sagt entzündlich: „Pardon, mein lieber Freund, excuses un moment!“ Darauf greift er nach dem kombinierten Hör- und Sprechrohr und ruft: „Hier ist!... Wer da?... Ah, Sie sind es? Sehr erfreut, Durchlaucht... Aber gewiß Durchlaucht... sehr gern, sehr gern mache ich mir das Vergnügen, liebe Durchlaucht... Servus...“ Dann, als wäre nicht das geringste vorgefallen, legt der Direktor das kombinierte Hör- und Sprechrohr wieder beiseite und, zu seinem Schauspieler sich wieder wendend, sagt er gelassen: „Aber mein lieber Freund... ja, wo waren wir denn gleich stehen geblieben?“ — Der Zufall will, daß der Mime am nächsten Tage einem guten Bekannten begegnet, einem Brettelmenschen. „Hör mal“, fragt er ihn, „was ist denn eigentlich mit Ihrem Direktor passiert? Ich klinge ihn gestern nachmittags wegen eines Freibillets an, und er tituliert mich in einem fort Durchlaucht?“

Auf der Rennbahn ist Montagnachmittag der Lieutenant v. Soderberg 3. Garde-Monatenregiment zu Potsdam schwer verunglückt. Er stürzte bei einem Hürdenprung, zog sich eine Gehirnerschütterung zu und wurde bewußlos mit einem Kinnzischen Rettungswagen nach der Privatklinik des dirigierenden Arztes des Elisabeth-Krankenhauses Professor Dr. Nieme in der Wänterburgerstraße gebracht. Dienstagmorgen kam der Verunglückte zur Besinnung und fiel in einen stürkenden Schlaf. Die Ärzte hoffen, ihn am Leben zu erhalten.

Auch ein Opfer des Krieges. Aus einem Eisenbahnzug gebrungen und schwer verunglückt ist gestern morgen um 6 1/2 Uhr eine

junge Russin, die 24 Jahre alte Offiziers-Tochter Gulba Mink. Die junge Dame ist tiefstimmig geworden, weil ihr Vater in den Krieg wandte in Berlin besuchte, um sie auf andre Gedanken zu bringen. In der Nähe von Köpenick sprang die Kranke aus dem Speisewagen und zog sich außer andren Verletzungen einen Bruch beider Beine zu. Sie wurde nach Anlegung eines Verbandes mit dem Zug nach dem Bahnhof Friedrichstraße und von dort mit einem Koffspitzen Rettungswagen nach der Igl. Klinik in der Ziegelstraße gebracht.

Streifenperrung. Die Corneliusbrücke einschließlich des Kreuzdammes der Corneliusstraße und des Pflanzweges von Rurfürstendamm bis Reithstraße wird behufs Impflasterung vom 25. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Ein großes Feuer kam vorgestern in der Forsterstr. 40, einem von mehr als 30 Parteien bewohnten Hause, aus noch unaufgeklärter Ursache in den Nachmittagsstunden auf dem Boden des Hauses zum Ausbruch. Bei Anbruch der Feuerwehre stand schon der Dachstuhl des Quergebäudes in großer Ausdehnung in Flammen. Die Treppen und die Bodenkäume waren total verqualmt, wodurch der Angriff sehr erschwert wurde. Brandinspektor Dr. Brandfeld ließ wegen der großen Gefahr für die angrenzenden Gebäude sofort aus mehreren Schlauchleitungen von Dampfstrahlen des 8. und 6. Juges Wasser geben. Nach etwa dreißigminütiger angelegtester Vorfahrt konnte die Gefahr als beseitigt gelten. Der Dachstuhl des Quergebäudes ist ausgebrannt. Zahlreiche Mieter, die zum größten Teil nicht daheim waren, und erst abends bei ihrer Rückkehr vom Pfingstausflug zu ihrer Ueberraschung von dem Brande erfuhren, sind durch den Verlust von Hausrat geschädigt worden. Leider sind auch Räumlichkeiten der 2. Compagnie infolge der Einwirkung des Qualmes ernstlich erkrankt und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Großfeuer brach am dritten Pfingstfeiertag in Zegel aus. Dort brannte vormittags das Eckhaus Schlieperstr. 27 und Schönebergerstraße 63 in großer Ausdehnung. Die Berliner Feuerwehre wurde um Hilfe angegangen. Sie entsandte den 16. Dampfstrahlzug unter Leitung des Brandmeisters Dannehl. Als dieser an der etwa eine Stunde entfernten Brandstelle erschien, stand der Dachstuhl des Eckhauses in ganzer Ausdehnung in Flammen. Die freiwilligen Feuerwehren des Ortes sowie der Nachbarorte hatten acht Schlauchleitungen vorgenommen und gaben kräftig Wasser. Den vereinten Anstrengungen gelang es, die Flammen auf das Eckhaus zu beschränken. In diesem befindet sich die Gastwirtschaft von H. Hamuschke, in der sich beim Ausbruch des Feuers zahlreiche Gäste befanden.

Die Ausstellung von Lehrmitteln für den Zeichenunterricht, die in den Pfingsttagen in Charlottenburg (Hardenbergstr. 6, Notthaus) abgehalten wird, ist am Dienstag eröffnet worden. Den Anlaß, diese Lehrmittel-Ausstellung zu veranstalten, gab die Jahresversammlung des „Landesvereins Preußen der für höhere Lehranstalten geprüften Zeichenlehrer“, die in der Pfingstwoche in Charlottenburg tagt, um über Fragen der Förderung des Zeichenunterrichts sowie der Pflege des Kunstsinns durch die Schule zu beraten. Aber die Ausstellung ist nicht allein für die Teilnehmer dieser Versammlung bestimmt, sondern für alle Freunde des Zeichnens. Der Besuch kann auch Eltern, die den jetzigen Betrieb des Zeichenunterrichts lernen wollen, empfohlen werden. Auch den Laien wird die Ausstellung, die recht gut besichtigt ist, erlernen lassen, welche Fortschritte der Zeichenunterricht in neuerer Zeit gemacht hat, welche Ziele er sich heute steckt und auf welchen Wegen er sie zu erreichen sucht. Wer den Zeichenunterricht, der früher üblich war, in seiner Jugend erlitten hat, der wird die Ausstellungsräume in einer aus Freude und Reid gemischten Empfindung durchwandern. Er wird überrascht davon sein, welche Hilfsmittel heute dem Schüler und dem Lehrer für das Zeichnen zur Verfügung stehen, wie weit der Reallogische Satz, daß das absolute Fundament aller Erkenntnis die Anschauung ist, in dem modernen Zeichenunterricht bereits zu seinem Rechte kommt, in welchem Umfange der Zeichenlehrer durch die bessere Methode, die jetzt Geltung erlangt hat, die Forderung „Jurid zur Natur“ zu erfüllen sucht. Die Leser des „Vorwärts“ wissen, daß selbst die Berliner Gemeindefschulen seit der Einführung des neuen Lehrplans einen Hauch dieses Geistes zu verspüren bekommen haben. Unre Kinder zeichnen und malen jetzt nach der Natur. Die Lehrmittel, die in solchem Zeichenunterricht benutzt werden, können nicht mehr die bloßen Abbilder der zu zeichnenden Objekte sein: als „Vorlagen“ sind an die Stelle der toten Abbilder die Objekte selber getreten. Gezeichnet und gemalt wird in den Schulen nach den einfachen Gegenständen des täglichen Lebens, ferner nach Blättern und Blumen, nach Früchten, nach ganzen Pflanzen, nach präparierten Fischen, Amphibien, Insekten, nach ausgestopften Säugetieren und Vögeln usw. Die Methode zur Erziehung von Auge und Hand, die dabei angewandt wird, der Wandel von Formen- und Farbensauffassung, der sich im Zeichenunterricht unserer Schulen immer mehr Bahn bricht, werden ihre legendäre Wirkung über die Schule hinaus für das Leben haben. Besonders den Kindern der Großstadt ist ein solcher Zeichenunterricht notwendig. Was schon im Anfang erreicht worden ist, hat im vorigen Jahre eine Ausstellung von Zeichenarbeiten gelehrt, die in einer Berliner Gemeindefschule zu sehen war! Eine ähnliche Ausstellung ist jetzt in den Räumen der Charlottenburger Kaiser Friedrich-Schule (Stefaniedstraße 25, am Bahnhof Sabinusplatz) veranstaltet worden, um auch hier zu zeigen, wie die neue Methode sich bisher bewährt hat. Auch diese Ausstellung sollten alle Freunde des Zeichnens besuchen. Die Ausstellung in der Kaiser Friedrich-Schule ist noch geöffnet am Mittwoch 11—3 Uhr; der Zutritt ist unentgeltlich. Die Ausstellung im Notthaus wird noch am Mittwoch 11—3 Uhr und am Donnerstagvormittag 8—10 Uhr geöffnet sein; auch hier steht der Eintritt jedem unentgeltlich frei.

Der deutsche Verein für Volkshygiene hält seine diesjährige Generalversammlung am 4. Juni in Frankfurt a. M. im Palmengarten ab. Zur Verhandlung kommen: Die Einführung von Sommerferien für die Kaufleute (Referent: Dr. E. Fromm-Kaufmann a. M.). Die systematische Durchführung von Schillerausflügen in den Ferien als Ergänzung der Ferienkolonien (Referent: Schuldirektor Dr. Beyer-Leipzig). Die Verforgung der Städte mit einwandfreier Säuglingsmilch (Referent: Prof. Dr. Osertag-Berlin). Das genaue Programm wird von der Geschäftsstelle des Vereins, Berlin W. 30, Maystr. 7, verschickt.

Auf dem fünften Bundesstag des Radfahrerbundes Solidarität, der in den Pfingsttagen in Erfurt abgehalten wurde, waren 60 Delegierte anwesend. Ein Korko war den Delegierten verboten worden, was ja bei der Haltung, welche die Polizei Arbeitern gegenüber einnimmt, nicht im geringsten verwundern darf. Der Bund zählt zur Zeit etwa 20 000 Mitglieder, von denen die Hälfte in den beiden letzten Jahren eingetreten ist. Im Jahre 1903 wurden 15 840,58 M. eingenommen und 15 633,06 M. ausgegeben. Der Bundesstag beschloß gegen 6 Stimmen, daß vom 1. Oktober d. J. ab an einem Orte nur ein Bundesverein bestehen darf, doch soll dem Verein in Großstädten gestattet werden, sich in Sektionen zu gliedern. Weiter wurde folgender Antrag zum Beschluß erhoben: „Der Bundesstag findet alle 2 Jahre statt. Die Wahl der Delegierten erfolgt gaweise, auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter und zwar so, daß jeder Gau mindestens einen Delegierten entsendet. Für einen weiteren Delegierten ist eine Mindestzahl von 251 Mitglieder nötig, so daß Gauen von 1 bis 500 Mitgliedern einen, von 501 bis 1000 Mitgliedern zwei, von 1001 bis 1500 Mitgliedern drei Delegierte wählen.“

Als Unfallunterstützung sollen vom Bunde fortan gewährt werden: im ersten Jahre der Mitgliedschaft pro Woche 6 M., im zweiten Jahre 7,50 M., und darüber hinaus 9 M. Bei Unfällen mit tödlichem Ausgang kann eine Unterstützung in Höhe von 100 M. gewährt werden. Für Unfälle, die eine Krankheitsdauer unter vier Tagen zur Folge haben, wird keine Unterstützung gewährt.

Ferner wurde zur Frage des Reichstages beschlossen, daß der Bund einen eignen Rechtsanwaltschaften stellen soll. Das Gehalt des Geschäftsführers wurde auf 2000 M. erhöht; A. L. H. a. u. wurde zum Vorsitzenden, S. a. s. zum Geschäftsführer wiedergewählt. Der Sitz

Achtung, Bäckerstreik!

Bürger, Arbeiter und besonders Ihr Hausfrauen!

Unterstützt die streikenden Bäckerei-Arbeiter in ihrem schweren Kampfe zur Eringung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Kauft nur Brot und andre Backwaren aus den Bäckereien, in welchen unsre bescheidenen Forderungen erfüllt werden.

Nur dort sind die Forderungen bewilligt, wo die mit dem Stempel des Verbandes der Bäcker, Mitgliedschaft Berlin, und der Unterschrift:

Karl Heschold, Rosenthalerstraße 11-12
versehenen Plakate aushängen.

Wir bitten das geehrte Publikum, streng auf obiges zu achten, da von vielen Bäckermeistern versucht wird, durch Aushängen von nachgeahmten und gefälschten Plakaten die Bevölkerung zu täuschen und irrezuführen.

Wir appellieren an das Rechtsgefühl des Brot konsumierenden Publikums, diese Versuche der Täuschung, die von den Bäckermeistern unternommen werden, zu nichte zu machen.

Wir hoffen, dass uns die Bevölkerung auch ferner wie bisher in unserm berechtigten Kampfe unterstützen wird!

Wir machen das verehrte Publikum darauf aufmerksam, daß eine ganze Reihe Bäckermeister und Händler die Forderungen entweder zurückziehen oder durchbrechen. Wir haben daher diesen Leuten unsre Plakate entzogen.

Viele Meister nehmen, durch die Innungen scharf gemacht, unsre Plakate aus den Fenstern und machen den Kunden gegenüber allerhand Ausreden.

Lasse sich daher niemand täuschen!

Arbeiter, Hausfrauen! Kauft nur dort, wo die Plakate mit unserm Stempel aushängen.

Die Streikleitung.

Bäckermeister, die ihre Bewilligungen zurückgezogen haben oder denen die Plakate von uns entzogen sind:

- | | | |
|--|--|---|
| Berlin. | Schöneberg. | Wilmersdorf. |
| G. Weber, Breslauerstr. 11. | Karl Krusche, Sedanstr. 61. | N. Jofat, Rosinenstr. 12a. |
| Böhme, Schleiermacherstr. 11. | Joseph Wagener, Siegfriedstr. 4. | D. Weimann, Schloßstr. 85. |
| Taentze, Ritterstr. 40 und Breitenstr. 20. | Charlottenburg. | G. Wanske, Potsdamerstr. 14. |
| Karl Dyalle, Frankfurter Allee 80. | Peter Eichhorn, Berlinerstr. 50. | W. Dähne, Sophie-Charlottenstraße 15a. |
| G. Geier, Polmannstr. 7. | Hermann Witte, Joachimsthalerstraße 89/90. | W. Zwick, Wilmersdorferstr. 66a. |
| G. Gold, Wilhelmstr. 39. | H. Siebold, Kaiser Friedrichstraße 59. | W. Güttel, Wilmersdorferstr. 117. |
| August Hoffmann, Petersburgerstraße 33. | C. Grundmann, Rosinenstr. 10. | G. Haase, Florastr. 10. |
| W. Zent, Schwedterstr. 21. | Sebald Vänisch, Kaiser Friedrichstraße 59. | G. Uhlmann, Kaiser Friedrichstr. 9. |
| Karl Wagner, Schenkenstr. 4. | Johann Spisbart, Vestalozstr. 76. | G. Klose, Schläterstr. 12. |
| Zedlatsch, Blumenstr. 64. | Paul Lehmann, Vestalozstr. 69. | C. Bloß, Wilmersdorferstr. 123. |
| G. Zehde, Auguststr. 22. | H. Schmidt, Knobelstr. 8. | C. Geisler, Wilmersdorferstr. 158. |
| Hr. Goefft, Brüderstr. 34. | Adolf Daniel, Schloßstr. 20. | W. Rudwied, Sophie-Charlottenstraße 89. |
| J. Schön, Mühlenstr. 51. | Hermann Otto, Spielhagenstr. 14. | G. Wolff, Friedrich Karstr. 12. |
| G. Breitkopf, Köpenickerstr. 111. | Wag. Barisch, Holtenauerstr. 18. | G. Randzio, Wallstr. 24. |
| Kühn, Chamissoplatz 6. | H. Wälder, Vestalozstr. 12. | J. Donner, Christstr. 33. |
| Gubner, Rückersstr. 6. | G. Kühne, Weinackerstr. 14. | Rob. Lieble, Vestalozstr. 82. |
| Geinrich Schmelzer, Wilhelmshafenstr. 39. | W. Gorries, Christstr. 15. | Paul Kiech, Knobelstr. 42. |
| Levin, Neue Königstr. 5. | Freih. Moberg, Dandelmannstr. 12. | W. H. Vorath, Syrestr. 46. |
| Goldbergerstr. 22. | Albert Heinrich, Blumendammstr. 43. | Dauine Kuhn, Scharenstr. 8. |
| Dinsstr. 11. | Wilhelm Schloffer, Sophie-Charlottenstr. 99. | G. Stief, Wilmersdorferstr. 127. |
| Schließhate, Lustigstr. 64. | Wilhelm Trems, Drangenstr. 4. | Otto Bachmann, Englischestr. 29. |
| Karl Schneider, Antwerpenerstr. 1. | H. Lüd, Spandauerstr. 20. | Lichtenberg. |
| H. Brühns, Hagelbergerstr. 29. | Joseph Schierke, Kaiser Friedrichstraße 47. | Nagel, Wilhelmstr. 75. |
| Warduhn, Raunigstr. 40. | H. Wad, Potsdamerstr. 10a. | Friedrichsberg. |
| Unrodt, Adlerstr. 70. | Hermann Handold, Stuttgarter-Platz 21. | Bruno Kreichmer, Bärteistr. 27. |
| Albrecht, Meyerstr. 17. | G. Eichhorn, Schillerstr. 114. | Pankow. |
| (Dieser Herr beteiligt sich hervorragend an den bekannten Drohungen und sucht andre Meister zur Zurückziehung der Bewilligung zu veranlassen.) | J. Witt, Potsdamerstr. 43. | Müller, Mühlenstr. 32. |
| | G. Krause, Schläterstr. 17. | Britz. |
| | G. Vosse, Wilmersdorferstr. 158. | Schulz, Schmitz 45. |

Obige Zurückziehungen aus Charlottenburg sind fast sämtlich von einer Hand geschrieben und nach einem Schema abgefaßt. Diese Thatsache sowie die Erklärungen von einer ganzen Reihe Bäckermeister lassen darauf schließen, daß diese Zurückziehungserklärungen auf starke Beeinflussungen zurückzuführen sind. Viele haben die schriftliche Erklärung abgegeben, daß sie diese erzwungenen Zurückziehungen für ungültig erklären.



WAARENHAUS HERMANN TIETZ

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49.

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Vorzugs-Preise

Soweit der Vorrat reicht.

Glas		Porzellan		Steingut	
Glasteller gepresst	5 Pf.	Butterdosen decorirt	65 Pf.	Vorratstonnen Zwiebel	35 Pf.
Compotiären	8 28 35 45 Pf.	Handleuchter decorirt	18 Pf.	Essig u. Oel Zwiebel	35 Pf.
Butterdosen	35 22 Pf.	Kaffeeteller farbig	10 Pf.	Salz- u. Mehl-Mesten Zwiebel	75 Pf.
Käseglocken	45 38 Pf.	Compotiären gross	10 Pf.	Gewürztonnen Zwiebel	15 Pf.
Citronenpressen	10 Pf.	Zahnstocherbehälter	12 Pf.	Satz Salatiären	68 Pf. 95 Pf.
Compotiären geschliffen	35 70 80 90 Pf.	Eierbecher weiss, Goldrand	4 Pf.	Toiletteneimer mit Bügel	3 ²⁵
Glasteller geschliffen	20 18 Pf.	Kaffeekanne roccoco weiss	45 Pf.	Waschbecken gross	85 Pf., 1 ³⁵
Zuckerschalen geschliffen	35 Pf.	Kaffeekanne decorirt	65 Pf.	Teller tief und flach, mit Druckmuster	8 Pf.
Käseglocken geschliffen	45 75 Pf.	Teller tief u. flach	15 18 Pf.	Dessertteller mit Druckmuster	7 Pf.
Hotelflaschen crystal geschliffen	75 Pf.	Terrinen sortirt	1 ²⁵	Compotiären farbig	22 Pf.
Sturzflaschen mit Glas, geschliffen	45 Pf.	Ragoutschüsseln	68 85 Pf.	Ein Posten Gewürzschränke	
Bier- u. Selterbecher mit Goldrand	7 Pf.	Saucieren	55 Pf.	mit 6 Tonnen, weiss mit Gold, statt 1,50	95 Pf.
Theebecher mit Bordüre	10 Pf.	Platten oval	55 70 85 Pf. 1 ¹⁰	Waschgarnituren decorirt	1 ³⁵ 2 ⁵⁰ 4 ²⁵ 6 ⁵⁰ 9 ⁵⁰
Gambinusbecher	8 Pf.	Tassen decorirt	18 Pf.	Ein Wagon Majolikawaaren	
Viktoriabecher geschliffen, mit Goldrand	25 Pf.	Tassen weiss	8 Pf.	Blumenkübel	15 20 Pf. 2 ⁰⁰ 2 ²⁵ 2 ⁵⁰
Biertulpen geschliffen	23 Pf.	Tafelservice weiss Goldrand auch decorirt 30teilig	17 ⁵⁰	Schirmständer	3 ⁷⁵ 4 ⁷⁵
Wassergläser crystal, geschliffen 22 Pf. m. Bordüre	25 Pf.	Tafelservice weiss Goldrand auch decorirt 80teilig	55 ⁰⁰	Bowlen mit Teller	statt 3,25 1 ⁵⁰
Rotweingläser crystal	25 Pf.	Kaffeeservice für 6 Personen	2 ⁵⁰ 3 ⁵⁰	Jardiniären gross	95 Pf.
Rheinweingläser crystal	25 Pf.	Kaffeeservice für 12 Personen	6 ²⁵	Speinöpfe mit Deckel	55 Pf.
Madeiragläser crystal	20 Pf.	Dessertteller ff. decorirt, Wert 45 Pf. jetzt	32 Pf.		
Champagnergläser hoch, crystal	28 Pf.	Satz Töpfe, Wert bis 2,95	1 ²⁵ 1 ⁵⁰		

Ein Posten **Reise-Schuhbürsten** Auftrags- und Glanzbürsten statt 2,00 **55 Pf.** polirt mit Etui statt 2,50 **65 Pf.**

Verantw. Redacteur: Paul Wittner, Berlin. Für den Anzeigenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Springer & Co., Berlin SW.

